

Amtsblatt



für den Landkreis
Jerichower Land

10. Jahrgang

Burg, 30.12.2004

Nr.: 23

Inhalt

A Landkreis Jerichower Land

1. Satzungen, Verordnungen und Richtlinien

- 500 Verordnung des Landkreises Jerichower Land über das Landschaftsschutzgebiet (LSG) „Elbtal-
aue“592
- 501 Richtlinie zur Schülerbeförderung im Landkreis Je-
richower Land598
- 502 Entgeltordnung der Kreisvolkshochschule des
Landkreises Jerichower Land 601
- 503 Satzung zur Aufhebung der Satzungen für die
Kreisvolkshochschule, die Kreismusikschule und
das Kreismuseum als steuerbegünstigte Betriebe
gewerblicher Art 603

2. Amtliche Bekanntmachungen

- 504 Bekanntmachung über die öffentliche Auslegung
eines Antrages auf Erteilung einer Leitungs- und
Anlagenrechtsbescheinigung - Trinkwasserleitung
Gommern - Vogelsang, Ortsnetz Vogelsang ... 604
- 505 Bekanntmachung über die öffentliche Auslegung
eines Antrages auf Erteilung einer Leitungs- und
Anlagenrechtsbescheinigung - Trinkwasserleitung
Pietzpuhl - Stegelitz, Trinkwasserortsnetz Pietzpuhl
..... 605
- 506 Bekanntmachung über die öffentliche Auslegung
eines Antrages auf Erteilung einer Leitungs- und
Anlagenrechtsbescheinigung – Rohrwasserleitung
I, II und III Wasserwerk Burg 606
- 507 Bekanntmachung über die öffentliche Auslegung
eines Antrages auf Erteilung einer Leitungs- und
Anlagenrechtsbescheinigung – Trinkwasserleitung
Pietzpuhl – Stegelitz (Gemarkung Stegelitz) ... 607
- 508 Jahresrechnung 2003 des Landkreises Jerichower
Land608

3. Sonstige Mitteilungen

- 509 Mitteilung über die Bataillonsübung „Determined
Fuselier
608
- 510 Einsatzübung GÜZ Pilotprojekt der Logistikbrigade
100, Unna, in der Zeit vom 09.01. - 24.01.2004 609

B. Verwaltungsgemeinschaften, Städte und Gemeinden

1. Satzungen, Verordnungen und Richtlinien

- 511 Satzung über die Festsetzung des Beitragssatzes
2003/2004 zur Erhebung wiederkehrender Stra-
ßenausbaubeiträge in der Abrechnungseinheit Ho-
henseeden609
- 512 Satzung über die Verwaltungskosten im eigenen
Wirkungskreis (Verwaltungskostensatzung) der
Gemeinde Parey-Elbe.....610
- 513 Satzung über die Benutzung des von der Gemein-
de Wahlitz verwalteten Friedhofs (Friedhofssat-
zung)618
- 514 Satzung über die Gebühren für die Nutzung des
Friedhofs (Friedhofsgebührensatzung) 624
- 515 Zweite Nachtragshaushaltssatzung und Bekannt-
machung der zweiten Nachtragshaushaltssatzung
2004 der Gemeinde Biederitz626
- 516 Satzung über die Erhebung von Erschließungsbei-
trägen in der Gemeinde Gübs627
- 517 Entschädigungssatzung der Gemeinde Zabakuck
.....633
- 518 1. Satzung zur Änderung der Entschädigungssat-
zung der Gemeinde Karow634
- 519 2. Satzung zur Änderung der Entschädigungssat-
zung der Gemeinde Kade634
- 520 3. Satzung zur Änderung der Entschädigungssat-
zung der Gemeinde Demsin635

521 1. Satzung zur Änderung der Entschädigungssatzung der Gemeinde Brettin	635
522 Entschädigungssatzung der Gemeinde Brettin .	636
523 Entschädigungssatzung der Gemeinde Demsin	637
524 Entschädigungssatzung der Gemeinde Kade ...	639
525 Entschädigungssatzung der Gemeinde Karow ..	640
526 Entschädigungssatzung der Gemeinde Klitsche	641
527 Entschädigungssatzung der Gemeinde Roßdorf	643
528 Entschädigungssatzung der Gemeinde Schlagenthin	644
529 Satzung der Stadt Möckern für Sondernutzung an öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen (Sondernutzungssatzung).....	646
530 Gebührensatzung der Stadt Möckern für Sondernutzungen von öffentlichen Straßen (Sondernutzungsgebührensatzung)	650
531 Satzung der Stadt Möckern über die Erhebung einer Hundesteuer.....	653
532 Haushaltssatzung und Bekanntmachung der Haushaltssatzung 2005 der Gemeinde Möser	656
2. Amtliche Bekanntmachungen	
533 Bekanntmachung über den Satzungsbeschluss zur vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes „Brunnenbreite II“, Möser.....	658
534 Bekanntmachung über die Verlängerung der Geltungsdauer der Satzung über die Veränderungssperre für den Bereich des Bebauungsplanes „Am Fenn“	658
535 Bekanntmachung über die Auslegung der 2. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Hohenwarthe	659
536 Bekanntmachung der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanes „Grabenbruch“, Gemeinde Lostau	659
537 Bekanntmachung der öffentlichen Auslegung einer 2. vereinfachten Änderung des Vorhaben- und Erschließungsplanes „Sandstücken“, Gemeinde Schermen	659
538 Bekanntmachung über die Aufhebung des Feststellungsbeschlusses zum geänderten Flächennutzungsplan der Gemeinde Hohenwarthe	660
539 Bekanntmachung über den Aufstellungsbeschluss des Bebauungsplanes „Parkplatz an der Trogbrücke“, Gemeinde Hohenwarthe	660
540 Bekanntmachung zur Auflösung der Zweckvereinbarung zwischen der Stadt Genthin und der Verwaltungsgemeinschaft Stremme-Nordfiener (gewerberechtliche Aufgaben)	662

541 Bekanntmachung zur Auflösung der Zweckvereinbarung zwischen der Stadt Genthin und der Verwaltungsgemeinschaft Stremme-Nordfiener (standesamtliche Aufgaben)	662
542 Bekanntmachung der Gemeinde Möser Umbenennung eines Teilstückes der August- Bebel- Straße in „Winterseck“ Verwaltungsgemeinschaft Möser	662
543 Bekanntmachung über die 3. Auslegung der 1. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Hohenwarthe	663
544 Abstimmungsbekanntmachung – Gemeinde Wulkow	664
545 Abstimmungsbekanntmachung – Stadt Jerichow.....	665
546 Öffentliche Bekanntmachung der Gemeinde Wulkow über die Jahresrechnung 2003 und die Entlastung des Bürgermeisters für das Haushaltsjahr 2003.....	667
547 Bekanntmachung über die Auslegung der 2. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Schermen	667
548 Bekanntmachung der Gemeinde Lostau, Widmung eines Teils des Wirtschaftsweges 034_008, Verwaltungsgemeinschaft Möser	667
549 Gemeinsame Abstimmungsbekanntmachung der Gemeinden Brettin, Demsin, Kade, Karow, Klitsche, Roßdorf, Schlagenthin, Zabakuck	668
550 Berichtigung zur gemeinsamen Bekanntmachung über die Auslegung der Beteiligtenverzeichnisse und die Erteilung von Abstimmungsscheinen für den Volksentscheid am 23. Januar 2005	670
551 Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Bildung der Verwaltungsgemeinschaft Möckern-Fläming - Gemeinschaftsvereinbarung und Genehmigungsverfügung	671
552 Vereinbarung über die Bildung der Verwaltungsgemeinschaft Biederitz-Möser und Genehmigungsverfügung	677
3. Sonstige Mitteilungen	
C. Kommunale Zweckverbände	
1. Satzungen, Verordnungen und Richtlinien	
553 1. Änderung zur Satzung über die Erhebung von Beiträgen und Gebühren für die Abwasserbeseitigung des Wasserverbandes Burg (Gebiet „Neu“) Abwasserbeseitigungsabgabensatzung	680
554 3. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die dezentrale Abwasserbeseitigung im Wasserverband Burg (Gebiet „Alt“)	683
555 4. Änderung zur Satzung über die Erhebung von Beiträgen und Gebühren für die Abwasserbeseitigung (Schmutzwasser) des Wasserverbandes Burg	

(Gebiet „Alt“) Abwasserbeseitigungsabgabensatzung	684
556 Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die öffentliche Wasserversorgung des Trinkwasser- und Abwasserverbandes Genthin (TAV) -Wassergebührensatzung-	685
2. Amtliche Bekanntmachungen	
557 Bekanntmachung des Beschlusses der Verbandversammlung des Wasserversorgungsverbandes „Im Bürger Land“ zum Wirtschaftsplan	687
558 Bekanntmachung des Beschlusses zum Jahresabschluss 2003 des Trinkwasser- und Abwasserverbandes Genthin	687
3. Sonstige Mitteilungen	

D. Regionale Behörden und Einrichtungen

1. Satzungen, Verordnungen und Richtlinien	
559 Haushaltssatzung des Zweckverbandes „Regionale Planungsgemeinschaft Magdeburg“ 2005	689
2. Amtliche Bekanntmachungen	
560 Offenlegungsgebiete der Gemarkungen Gommern, Lostau, Woltersdorf	691
3. Sonstige Mitteilungen	

E. Sonstiges

1. Amtliche Bekanntmachungen	
2. Sonstige Mitteilungen	

A Landkreis Jerichower Land

1. Satzungen, Verordnungen und Richtlinien

500

Verordnung des Landkreises Jerichower Land über das Landschaftsschutzgebiet (LSG) „Elbtalaue“

Auf der Grundlage der §§ 29, 32, 39 und 62 des Naturschutzgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (NatSchG LSA) vom 23. Juli 2004 (GVBl. LSA Nr. 41/2004), wird rechtsverbindlich festgesetzt:

§ 1

Schutzgegenstand

(1) Das in § 2 beschriebene Gebiet in den Gemarkungen Jerichow, Kletznick, Ferchland, Derben, Neuderten, Parey, Zerben, Ihleburg, Parchau, Burg-Blumenthal, Schartau, Niegripp und Hohenwarthe im Landkreis Jerichower Land wird zum LSG „Elbtalaue“ rechtsverbindlich festgesetzt.

(2) Das LSG hat eine Größe von ca. 7.607 ha.

§ 2

Geltungsbereich

(1) Das LSG ergibt sich aus der Übersichtskarte im Maßstab 1 : 100.000, die als Anlage zu dieser Verordnung mit veröffentlicht ist. Der genaue Grenzverlauf ist in einem aus neunzehn Einzelkarten bestehenden, nicht veröffentlichten Kartensatz (topographische Karten im Maßstab 1 : 10.000) dargestellt, der Bestandteil dieser Verordnung ist. Die Grenze verläuft auf der dem Gebiet abgewandten Seite der in den Karten dargestellten Punktreihe.

(2) Bei Auftreten eines Widerspruchs zu der mit veröffentlichten Karte im Maßstab 1 : 100.000 gilt die eingetragene Grenze auf den neunzehn nicht veröffentlichten Karten im Maßstab 1 : 10.000.

(3) Eine Ausfertigung der Verordnung wird beim Landkreis Jerichower Land, als untere Naturschutzbehörde, aufbewahrt und kann dort von jedermann während der Geschäftszeiten kostenlos eingesehen werden.

§ 3

Schutzzweck

(1) Das LSG wird geprägt durch geomorphologische Vielfalt, die praktisch den gesamten Formenreichtum dieses Landschaftstyps aufweist. Der Schutzzweck des LSG besteht in der Erhaltung der Relikte der natürl-

chen Flussaue und der Pflege und Entwicklung der durch die Elbe und ihre Nebenflüsse geprägten und historisch gewachsenen Landschaften.

Der Charakter des LSG entspricht zum überwiegenden Teil der naturräumlichen Landschaftseinheit der Elbtalaue. Insbesondere wird er bestimmt durch:

1. die Elbe als ökologische Leitlinie und den noch weitgehend naturnahen Uferbereichen der Stromelbe mit ihren hochsommerlich trockenfallenden Ufern und Bühnenfeldern mit Sand- und Schlammbänken, Dünenbildungen und Steilufern;
2. ausgedehnte Waldbestände im nord-östlichen Bereich, Feldgehölze, Hecken und Kopfbaumgruppen;
3. flächenhaften Trocken-, Halbtrocken- und Magerrasen;
4. eine Vielzahl von natürlichen und künstlichen Gewässern wie Altarme der Elbe, Kolke, nährstoffreiche Stillgewässer, Flutrinnen, Tagebaurestlöcher, naturnahe Fließgewässer, Gräben und den daran gebundenen unterschiedlichen Schwimmblatt- und Verlandungszonen;
5. Dauergrünland, besonders im Überflutungsgebiet der Elbe, welches durch Nasswiesen und mesophile Stromtalwiesen geprägt ist;
6. Überreste ehemals großflächig vorkommender Hartholzauenwälder und kleinflächiger Weichholzauen;
7. die im LSG integrierten Naturschutzgebiete „Taufwiesenberge“ und „Bucher Brack - Bölsdorfer Haken“ und zahlreiche besonders geschützte Biotope;
8. weiträumige Wiesenflächen, die als Rast- und Ruheplätze der Zugvögel und als Lebensraum bestandsgefährdeter Arten der Avifauna von besonderer Bedeutung sind;
9. eine aufgrund der vorhandenen Vielzahl der unterschiedlichen Lebensräume entwickelte Flora und Fauna;
10. Schutzgebiete nach der Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie) im Schutzgebietssystem NATURA 2000 im Land Sachsen-Anhalt.

(2) Die Schutzziele der Verordnung des LSG sind:

1. die Erhaltung und Entwicklung des Charakters des Gebietes, insbesondere
 - der Weich- und Hartholzau,
 - der naturnahen Wiesenflächen,
 - der Hecken, Feldgehölze und Kopfbaumgruppen,
 - von wild lebenden Tieren der besonders und streng geschützten Arten an ihren Nist-, Brut-, Wohn- oder Zufluchtsstätten,
 - von wild lebenden Pflanzen der besonders und streng geschützten Arten an ihren Standorten,
 - die Elbe als naturnahes Fließgewässer und seiner Altarme sowie der dazugehörigen natürlichen gewässerbegleitenden Vegetation, den Flutrinnen und Ausuferungen,
 - der Elbaue,
 - der stehenden Gewässer und ihrer Verlandungszonen,
 - den Baggerseen als Ersatzlebensräume,
 - der Dünen;
2. die Förderung der Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes und die Pflege, Belebung und Gliederung des Landschaftsbildes als Lebensgrundlage des Menschen und Voraussetzung für seine Erholung, die Erhaltung bzw. Verbesserung der Ruhe der Natur und die Eignung des geschützten Gebietes für die ungestörte Erholung in Natur und Landschaft;
3. die Nutzung der Funktion des Gebietes als Pufferzone für die Naturschutzgebiete, Naturdenkmale und gesetzlich geschützten Biotope nach § 37 NatSchG LSA;
4. die Freihaltung des LSG von Bebauung und von fortschreitender Versiegelung von Flächen;
5. der Erhalt der Vielfalt, Eigenart und Schönheit der Natur und Landschaft des Gebietes.

§ 4 Verbote

(1) Nach § 32 Abs. 2 NatSchG LSA sind alle Handlungen verboten, die den Charakter des Gebietes verändern oder dem besonderen Schutzzweck zuwiderlaufen.

(2) Verboten sind insbesondere:

1. die Errichtung, Erweiterung oder wesentliche Änderung von baulichen Anlagen aller Art, insbesondere Hoch- und Tiefbauarbeiten in Verbindung mit Baustelleneinrichtungs- und Lagerflächen, auch wenn die Handlungen keiner baurechtlichen Genehmigung bedürfen oder nur vorübergehender Art sind;
2. Gewässer- und Feuchtflächen aller Art, wie z. B. Altgewässer, Tümpel, Weiher, Teiche, Nassstellen, Röhrichte, Sümpfe, Moore, Gräben, Fließgewässer mit Ausuferungen und Auen oder die hieran gebundene Vegetation oder Tierwelt zu verändern, zu beeinträchtigen oder zu beseitigen;
3. die geologisch bedeutsamen Erscheinungen, wie z. B. Steilufer, Abbruchkanten oder Dünen zu verändern, zu beeinträchtigen oder zu beseitigen;
4. die Bodengestalt durch Abgrabungen oder Aufschüttungen zu verändern;
5. die Ruhe und den Naturgenuss durch Lärm zu stören, insbesondere durch Tonwiedergabegeräte, Modellflugzeuge und -rennboote, Wassermotorräder, Motocross und Offroadfahrten sowie Motorsportveranstaltungen jeglicher Art außerhalb ausgewiesener Plätze und Strecken;
6. das Benutzen von Wasserfahrzeugen jeglicher Art in den Altwässern der Elbe und den Baggerseen Parchau, Blumenthal und Ferchland, ausgenommen sind die Baggerelbe und die Alte Elbe bei Derben;
7. Stege und Festmacheinrichtungen für Wasserfahrzeuge und andere schwimmende Anlagen außerhalb bestehender Anlagen;
8. das Reiten außerhalb von ausgewiesenen Reitwegen;
9. Zelte, Wohnwagen oder sonstige transportable Unterkünfte und Anlagen außerhalb dafür zugelassener Plätze aufzustellen bzw. zu errichten;
10. Anpflanzung nicht heimischer und nicht standortgerechter Gehölze sowie Weihnachtsbaumkulturen;
11. das Abbrennen von Wiesen-, Schilf-, Stilllegungs- und Unlandflächen;
12. Grünland in Acker umzuwandeln;
13. das Entfachen von Lagerfeuern oder anderen Feuern, ausgenommen Brauchfeuer;
14. die Beseitigung von Feldrainen, Hecken, Solitärbäumen und Flurgehölzen aller Art;
15. die Errichtung, Erweiterung und Änderung von Hochspannungsleitungen und Windkraftanlagen;
16. das Befahren von Flächen außerhalb von Wegen und Straßen mit Kfz aller Art, außer zur land-, forst- und fischereiwirtschaftlichen Bodennutzung sowie zur Durchführung von Aufgaben, zu denen eine gesetzliche Pflicht zur Unterhaltung besteht;
17. Golfplätze anzulegen;
18. das Angeln am Westufer des „Klietznicker See“ bei Klietznick (Gebiete sind durch gestrichelte schwarze Linie entlang der Uferlinie in der topographischen Karte M 1:10.000 gekennzeichnet)

§ 5 Genehmigungsvorbehalte

(1) Im LSG bedürfen folgende Handlungen der schriftlichen Genehmigung durch die untere Naturschutzbehörde:

1. außerhalb der dem öffentlichen Verkehr gewidmeten oder für diesen zugelassenen Straßen, Wege und Plätze mit Kraftfahrzeugen zu befahren oder diese sowie Anhänger abzustellen; ausgenommen zur land-, forst- und fischereiwirtschaftlichen Bodennutzung oder Aufgaben zur Unterhaltung, zu denen eine gesetzliche Pflicht besteht;
 2. Schilder aller Art anzubringen, soweit sie sich nicht auf den Natur- und Landschaftsschutz, die Gefahrenabwehr, den Gewässerschutz einschließlich der Kennzeichnung wasserwirtschaftlicher Anlagen, den ordnungsgemäßen Forst-, Jagd- und Angelbetrieb oder die Verkehrsregelung beziehen oder Wander-, Rad- und Reitwege kennzeichnen;
 3. das Fallschirmspringen durchzuführen;
 4. das Anlegen von Start- und Landeplätzen für Hubschrauber und Heißluftballons;
 5. Wander-, Sport- oder andere gesellige Veranstaltungen mit mehr als 50 Personen durchzuführen.
- (2) Die Genehmigung kann auf schriftlichen Antrag erteilt werden, wenn der Charakter des LSG und der besondere Schutzzweck (§ 3) nicht beeinträchtigt werden.

§ 6

Bestehende behördliche Genehmigungen

Bestehende behördliche Genehmigungen werden durch diese Verordnung nicht berührt.

§ 7

Freistellungen

Zugelassen bleiben:

1. die land-, forst- und fischereiwirtschaftliche Bodennutzung der bisher genutzten Flächen (Ausnahme bildet die Angelverbotszone am „Klietznicker See“ bei Klietznick), die ordnungsgemäße Unterhaltung von Gewässern I. und II. Ordnung und der Hochwasseranlagen sowie die ordnungsgemäße Ausübung der Jagd einschließlich der hierzu erforderlichen Benutzung von Kraftfahrzeugen;
2. die Unterhaltung und Pflege der landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen und gewerblichen Produktionsstätten mit ihren Wohn- und Wirtschaftsanlagen und den dazugehörigen gärtnerischen Außenanlagen;
3. sonstige Maßnahmen, zu deren Durchführung eine gesetzliche Verpflichtung besteht; sie sind hinsichtlich des Zeitpunktes und der Ausführung vor Beginn der Arbeiten mit der zuständigen Naturschutzbehörde abzustimmen. Diese Abstimmung entfällt bei Gefahr im Verzuge oder bei der Abwendung einer gegenwärtigen Gefahr;
4. die widmungsgemäße Nutzung der Bundeswasserstraßen als Verkehrsweg und die der Erfüllung der hoheitlichen Aufgaben der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes bezüglich der Bundeswasserstraßen dienenden Maßnahmen;
5. geplante Nutzung der in den Karten 17 und 19 des nicht veröffentlichten Kartensatzes im Maßstab 1 : 10.000 freigestellten Flächen für den Bodenabbau;
6. die bisherige Nutzung einschließlich der Unterhaltung und Instandsetzung baulicher Anlagen.

§ 8

Befreiungen

- (1) Von den Verboten dieser Verordnung kann die zuständige Naturschutzbehörde nach Maßgabe des § 58 NatSchG LSA auf Antrag Befreiung gewähren, wenn
1. die Durchführung der Vorschrift im Einzelfall
 - a) zu einer nicht beabsichtigten Härte führen würde und die Abweichungen mit den Belangen des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu vereinbaren sind oder

- b) zu einer nicht gewollten Beeinträchtigung von Natur und Landschaft führen würde oder
- 2. überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit die Befreiung erfordern.

§ 9

Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen

- (1) Das Aufstellen von Schildern zur Kenntlichmachung des Landschaftsschutzgebietes und seiner Wege sowie zur weiteren Information über das LSG und zum Verhalten im Landschaftsschutzgebiet ist von den Eigentümern und Nutzungsberechtigten der Flächen nach § 57 Abs. 1 NatSchG LSA zu dulden.
- (2) Gemäß § 29 Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe b und Abs. 2 NatSchG LSA können Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen gegenüber Eigentümern und Nutzungsberechtigten angeordnet werden, die von diesen gemäß § 57 Abs. 1 NatSchG LSA zu dulden sind.

§ 10

Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig im Sinne des § 65 Abs. 1 Nr. 1 NatSchG LSA handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig
 - 1. einem Verbot gemäß § 4 Abs. 2 Nr. 1 bis 18 dieser Verordnung zuwiderhandelt, ohne dass eine Befreiung nach § 8 der Verordnung gewährt wurde;
 - 2. ohne schriftliche Genehmigung eine der in § 5 Abs. 1 Nr. 1 bis 5 dieser Verordnung bezeichneten Handlung vornimmt;
 - 3. einer nach § 9 Abs. 1 dieser Verordnung bestehenden Duldungspflicht zuwiderhandelt.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann gemäß § 65 Abs. 2 Nr. 3 NatSchG LSA mit einer Geldbuße bis zu zehntausend Euro geahndet werden.

§ 11

Aufhebung anderer Rechtsvorschriften

Mit Inkrafttreten dieser Verordnung tritt folgende Verordnung außer Kraft:

Verordnung des Landkreises Jerichower Land über die einstweilige Sicherstellung des Landschaftsschutzgebietes „Elbtalaue“ vom 19. Januar 2000 (Amtsblatt für den Landkreis Jerichower Land vom 02. Februar 2000 Nr. 3/2000), geändert durch die Verordnung des Landkreises Jerichower Land zur Verlängerung der Gültigkeitsdauer der Verordnung des Landkreises Jerichower Land über die einstweilige Sicherstellung des Landschaftsschutzgebietes „Elbtalaue“ vom 19. Januar 2000 (Amtsblatt für den Landkreis Jerichower Land vom 17. Januar 2003 Nr. 1/2003).

§ 12

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung im Amtsblatt für den Landkreis Jerichower Land in Kraft.

Burg, den 13.12.2004

gez. Lothar Finzelberg
Landrat



501

Richtlinie zur Schülerbeförderung im Landkreis Jerichower Land

Präambel

Zur näheren Ausgestaltung des § 71 Schulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt wird aufgrund des Kreistagsbeschlusses vom 08.12.2004 folgende Richtlinie erlassen:

§ 1

Grundsätze

- (1) Der Landkreis entscheidet nach Ermessen, ob Beförderungen angeboten oder den Erziehungsberechtigten der Schülerinnen und Schüler die notwendigen Aufwendungen für den Schulweg erstattet werden.
- (2) Schulweg im Sinne dieser Richtlinie ist der kürzeste Weg (Fußweg) zwischen der Wohnung des Schülers und der nächstgelegenen Schule des gemäß § 34 Abs. 1 Schulgesetz LSA gewählten Bildungsganges. In besonderen Ausnahmefällen kann auf Antrag der Erziehungsberechtigten der Schülerinnen und Schüler davon abgewichen werden.
Als Wohnung ist der nicht nur vorübergehende gewöhnliche Aufenthalt des Schülers an Unterrichtstagen anzusehen.
Der Schulweg beginnt an der Haustür des Wohngebäudes und endet am nächstgelegenen Eingang des Schulgrundstückes.
Schulweg im Sinne dieser Richtlinie ist nicht der Weg, der im Zusammenhang mit Klassen- oder Schulwanderungen und Klassen- oder Schulfahrten etc. steht.
- (3) Wird von Seiten des Landkreises eine zumutbare Beförderung angeboten, entfällt der Anspruch auf Erstattung der notwendigen Aufwendungen für den Schulweg.

§ 2

Pflichtaufgaben

- (1) Für die im Kreisgebiet wohnenden Schülerinnen und Schüler besteht ein gesetzlicher Anspruch auf Beförderung zur Schule oder für ihre Erziehungsberechtigten ein Anspruch auf Erstattung der notwendigen Aufwendungen für den Schulweg, wenn der Schulweg zur
 - a) Allgemeinbildenden Schule

- für Schülerinnen und Schüler der Grundschulen 1. bis 4. Schuljahrgang (inklusive Vorklassen)	mehr als 1,5 km
...	
- für Schülerinnen und Schüler der Sekundar- und Gesamtschulen sowie Gymnasien 5. bis 10. Schuljahrgang	mehr als 3 km
 - b) Berufsbildenden Schule

- für Schülerinnen und Schüler des 1. Schuljahrganges derjenigen Berufsfachschulen, die keinen mittleren Schulabschluss (Realschulabschluss) voraussetzen	mehr als 4 km
- für Schülerinnen und Schüler des schulischen Berufsgrundbildungsjahres und des Berufsvorbereitungsjahres	mehr als 4 km
- für Schülerinnen und Schüler der Abendsekundarschulen 9. und 10. Schuljahrgang (inklusive Vorbereitungskurs)	mehr als 4 km
- (2) betrügt.
Die Beförderungs- oder Erstattungspflicht besteht in jedem Fall, wenn Schülerinnen und Schüler wegen einer dauernden oder vorübergehenden Behinderung befördert werden müssen. Voraussetzung für diesen Beförderungs- oder Erstattungsanspruch ist die vorherige Einreichung eines entsprechenden amtsärztlichen Attestes durch die Erziehungsberechtigten der betreffenden Schülerinnen und Schüler, sofern die Notwendigkeit einer Beförderung durch die Art der dauernden oder vorübergehenden Behinderung nicht offensichtlich ist.

§ 2 a

Freiwillige Aufgaben

Der Landkreis Jerichower Land gewährt auf Antrag einen Zuschuss zur Schülerbeförderung mit bereits vorhandenen Linien und Bussen in Höhe von 50 % der Fahrtkosten, wenn der Schulweg:

1. für Schülerinnen und Schüler, die Gymnasien bzw. Fachgymnasien im Landkreis Jerichower Land im Schuljahrgang 11 bis 12 bzw. 11 bis 13 besuchen und
2. für Schülerinnen und Schüler von berufsbildenden Schulen, welche über kein eigenes Einkommen im Sinne von Lehrlingsentgelt verfügen,

mehr als 4 km beträgt.

§ 3 Schulwegzeit

- (1) Die maximale, regelmäßige Schulwegzeit (Geh- und Fahrzeit, ohne Warte- und Umsteigezeiten) darf hin und zurück gesamt:

a) bei Schülerinnen und Schülern gem. § 2 Abs. 1 a)	
erster Anstrich	90 Minuten
b) bei Schülerinnen und Schülern gem. § 2 Abs. 1 a)	
zweiter Anstrich	150 Minuten

 nicht überschreiten.
- (2) Ausgenommen von diesen Regelungen sind alle anderen Schülerinnen und Schüler (§ 2 Abs. 1 b)
- (3) Bei Vorhaltung eines Beförderungsangebotes sind für die anspruchsberechtigten Schülerinnen und Schüler Stehplätze ebenso zumutbar wie Sitzplätze.

§ 4 Erstattung notwendiger Aufwendungen

- (1) Sofern für Schülerinnen und Schüler des Landkreises Jerichower Land vom Träger der Schülerbeförderung kein oder kein zumutbares Angebot an Beförderungsleistungen zur nächstgelegenen Schule des von ihnen gemäß § 34 Abs. 1 Schulgesetz Land Sachsen-Anhalt gewählten Bildungsganges im Rahmen der Schülerbeförderung vorgehalten bzw. angeboten wird, besteht unter Berücksichtigung der Vorgaben des § 71 SchulG LSA und der vorliegenden Richtlinie für die Erziehungsberechtigten Anspruch auf Erstattung der notwendigen Aufwendungen für den Schulweg.
- (2) Grundsätzlich wird die Alternative der Erstattung der notwendigen Aufwendungen, insbesondere für die nachfolgend aufgeführten Bereiche nach vorheriger Zustimmung des Landkreises nur zur Anwendung kommen, wenn von Seiten des Landkreises weder ein normales Beförderungsangebot vorgehalten, noch eine Spezialbeförderung eingerichtet wird:
 - für "Grundschulen mit festen Öffnungszeiten" gemäß § 4 Abs. 6 SchulG LSA
 - für Ganztagschulen gemäß § 5a Abs. 6 und § 12 Abs. 1 SchulG LSA
 - für außerunterrichtliche Veranstaltungen der Schulen gemäß § 12 Abs. 2 SchulG LSA
 - für außerschulische Betreuungsangebote der Schüler am Schulort sowie
 - für Schulen, mit Ausnahme der Sonderschulen, die ihren Sitz außerhalb des Kreisgebietes haben.
 Des Weiteren wird auf die nachstehenden Regelungen der §§ 5 bis 8 ergänzend verwiesen.
- (3) Unabhängig von der Länge des Schulweges entstehen Fahrtkosten (Aufwendungen), wenn der Schulweg nach den objektiven Gegebenheiten besonders gefährlich oder nach den örtlichen Verhältnissen für Schüler ungeeignet ist.

Der Schulweg ist insbesondere dann besonders gefährlich, wenn er überwiegend entlang einer verkehrsreichen Straße ohne Gehweg oder begehbaren Randstreifen führt oder wenn eine besonders verkehrsreiche Straße ohne besondere Sicherung für Fußgänger überquert werden muss.

Der Schulweg ist nicht besonders gefährlich oder ungeeignet, wenn innerhalb der Entfernungsgrenzen gemäß § 2 an seiner Stelle ein anderer Fußweg zumutbar ist (Schulersatzweg), bei dem diese Gründe nicht vorliegen.

Die Entscheidung hierüber trifft nach Prüfung durch die und auf Vorschlag der NJL der Träger der Schülerbeförderung.

§ 5 Wirtschaftlichste Beförderung

- (1) Die Erstattung der notwendigen Aufwendungen bezieht sich nicht auf die Übernahme der tatsächlich entstandenen Schülerfahrkosten. Schülerfahrkosten im Sinne dieser Richtlinie sind nur die Kosten, die für die wirtschaftlichste Beförderung von Schülern notwendig entstehen.
- (2) Durch den Träger der Schülerbeförderung kommen in Betracht:
 1. öffentliche Verkehrsmittel
 2. durch den Träger der Schülerbeförderung angemietete geeignete Kraftfahrzeuge eines zuverlässigen Beförderungsunternehmers oder geeignete Kraftfahrzeuge des Trägers der Schülerbeförderung (Schülerspezialverkehr)
 3. die von den Erziehungsberechtigten oder dem Schüler gestellten Fahrzeuge (Privatfahrzeuge).
- (3) Der Träger der Schülerbeförderung entscheidet über die wirtschaftlichste Beförderung.
- (4) Wirtschaftlichste Beförderung ist die Beförderung, die für den Träger der Schülerbeförderung die geringsten Kosten zur Folge hat und für den Schüler unter Berücksichtigung der Interessen des Gesamtverkehrs zumutbar ist.

Die Benutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln ist in der Regel die wirtschaftlichste Beförderung; sie hat grundsätzlich Vorrang vor den anderen Beförderungsarten.
- (5) Im Rahmen der wirtschaftlichsten Beförderung ist unter Berücksichtigung des Alters des Schülers auch die Benutzung mehrerer Beförderungsmittel für den Schulweg zumutbar.

§ 6

Beförderung mit öffentlichen Verkehrsmitteln

- (1) Bei Beförderung mit öffentlichen Verkehrsmitteln sind Schülerfahrkosten nur die Kosten, die nach dem genehmigten Beförderungsentgelt unter Berücksichtigung möglicher Fahrpreismäßigungen für die preisgünstigste Verkehrsverbindung zwischen Wohnung und Schule notwendig entstehen.
- (2) Die Erstattung höherer Fahrkosten ist ausgeschlossen, wenn der Schüler eine andere als die vom Träger der Schülerbeförderung festgelegte wirtschaftlichste Beförderungsart wählt.

Stellt der Träger der Schülerbeförderung Fahrausweise für öffentliche Verkehrsmittel zur Verfügung, entfällt jegliche Erstattung notwendiger Aufwendungen für den Schulweg.

§ 7

Schülerspezialverkehr

Ist die Beförderung mit öffentlichen Verkehrsmitteln nicht möglich oder unwirtschaftlicher als eine vom Träger der Schülerbeförderung vorgenommene Einrichtung eines Schülerspezialverkehrs (inklusive Sammeltaxen und Mietwagen) oder ist die Benutzung dieser Verkehrsmittel nicht zumutbar, sind Schülerfahrkosten nur die Kosten, die bei der Beförderung mit einem Schülerspezialverkehr notwendig entstehen. Hierzu zählen nur die Kosten für die günstigste, dem Schüler zumutbare Streckenführung.
Bei Nichtbenutzung des Schülerspezialverkehrs entfällt jegliche Erstattung notwendiger Aufwendungen für den Schulweg.

§ 8

Beförderung mit Privatfahrzeugen

- (1) Ist die Beförderung mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder mit Schülerspezialverkehren nicht möglich oder ist die Benutzung dieser Verkehrsmittel nicht zumutbar, so hat der Träger der Schülerbeförderung die Kosten einer Beförderung mit Privatfahrzeugen zu tragen, sofern nur durch diese Art der Beförderung der regelmäßige Schulbesuch gewährleistet ist.
- (2) Die Benutzung eines Privatfahrzeuges ist in der Regel nur von der Wohnung bis zur nächstgelegenen Haltestelle eines öffentlichen Verkehrsmittels oder eines Schülerspezialverkehrs notwendig.
- (3) Für Fahrten unmittelbar bis zur Schule oder zum Unterrichtsort können die Fahrkosten nur erstattet werden, wenn auch bei Benutzung eines Privatfahrzeuges für die Fahrt zu einer Haltestelle die Benutzung der anderen Verkehrsmittel unzumutbar bleibt.
- (4) Bei Beförderung mit einem Privatfahrzeug sind Schülerfahrkosten nur die Kosten, die durch die kürzeste verkehrszulässige Streckenführung notwendig entstehen.

§ 9

Wegstreckenentschädigung

- (1) Die Wegstreckenentschädigung beträgt bei genehmigter, notwendiger Benutzung eines
 1. Personenkraftwagens 0,13 EUR
 2. Moped/Motorrad 0,05 EURfür jeden tatsächlich gefahrenen Kilometer.

- (2) Bei der Benutzung von Privatfahrzeugen wird eine Mitnahmeentschädigung für jeden regelmäßig mitgenommenen weiteren Schüler, der die Voraussetzungen für die Erstattung der Fahrkosten für die Mitnahmestrecke erfüllt, in Höhe von 0,01 EUR je Kilometer gewährt. Die Geltendmachung eines eigenen Erstattungsanspruches der Erziehungsberechtigten des mitgenommenen Schülers ist ausgeschlossen.
- (3) Mit der Wegstreckenentschädigung sind alle sonstigen Aufwendungen im Zusammenhang mit der Benutzung eines Privatfahrzeugs abgegolten. Dies gilt auch für Leerfahrten von Begleitpersonen.

§ 10

Fristen/Genehmigungen

- (1) Notwendige Beförderungen sind grundsätzlich rechtzeitig, schriftlich vorher beim Träger der Schülerbeförderung zu beantragen. Entsprechende Anträge werden vom Träger der Schülerbeförderung ausgegeben.
- (2) Bewilligungszeitraum ist in der Regel das Schuljahr. Der Antrag auf Fahrkostenübernahme muss unverzüglich zu Beginn des Bewilligungszeitraumes (4 Wochen nach Beginn des Schuljahres bzw. der Umschulung) beim Träger der Schülerbeförderung gestellt werden. Bei späterer Antragstellung erfolgt die Übernahme (Erstattung) der Beförderungskosten mit dem ersten Tag des Folgemonats der Antragstellung.
- (3) Die notwendig entstandenen Kosten (Original-Fahrkarten bzw. Aufstellung über die ausschließlich für die Schülerbeförderung notwendigen Fahrten mit Kilometerangaben - beides von der Schule zu bestätigen -) sind beim Träger der Schülerbeförderung spätestens bis zum 30.09. eines jeden Jahres für das abgelaufene Schuljahr geltend zu machen.

§ 11

Inkrafttreten

Diese Richtlinie tritt am 1. August 2005 in Kraft. Gleichzeitig wird die Schülerbeförderungsrichtlinie vom 2. Juli 1997 mit den Änderungen vom 19. November 1997 und vom 12. Dezember 2001 außer Kraft gesetzt.

Burg, 17.12.2004

gez. Lothar Finzelberg
Landrat

502

Entgeltordnung der Kreisvolkshochschule des Landkreises Jerichower Land

Auf der Grundlage des § 2, Abs. 4, der Satzung der Kreisvolkshochschule des Landkreises Jerichower Land, wird folgendes bestimmt:

§ 1

Entgeltpflicht

Für die Teilnahme an Veranstaltungen der Kreisvolkshochschule werden privatrechtliche Entgelte nach dieser Entgeltordnung erhoben.

§ 2

Anmeldung

1. Die Teilnahme an einer Veranstaltung der Kreisvolkshochschule bedarf der vorherigen Anmeldung. In Ausnahmefällen entscheidet der Leiter der Kreisvolkshochschule.
2. Die Entgelte, einschließlich der in § 4 benannten Sachkosten, sind grundsätzlich vor Beginn der Veranstaltung zu entrichten. Bei Kursen gemäß § 3 Abs. 2.2 bis spätestens 14 Tage nach Beginn. Die Zahlung erfolgt grundsätzlich bargeldlos.

§ 3

Entgelte

1. Grundsätzlich ist das Entgelt in voller Höhe zu entrichten. Nach Beginn der Veranstaltung ist das Entgelt abzüglich der bereits erfolgten Stunden zu entrichten.

2. Die Entgelte werden wie folgt aufgeschlüsselt:

2.1	Einzelveranstaltungen (max. zwei Unterrichtsstunden) pro Veranstaltung	3,00 EUR
2.2	Kurse/Lehrgänge, Vortragsreihen und Arbeitskreise (mind. drei Unterrichtsstunden) die gemäß Erwachsenenbildungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt gefördert werden und nicht unter Ziffer (2.3) Sonderentgelt I aufgeführt sind, pro Unterrichtsstunde (45 min.)	1,65 EUR
2.3	Sonderentgelt I Entgelt pro Unterrichtsstunde (45 min.)	
	- Schreibtechnik / Bürotechnik	2,00 EUR
	- EDV → Grundlagen der EDV	2,75 EUR
	→ jeder weitere EDV-Kurs	3,00 EUR
	- Sprachenkurse	1,65 EUR
	- Präventivkurse im Bereich Gesundheit	3,50 EUR
	- andere Kurse im Bereich Gesundheit	3,00 EUR
	- Entgelt pro Semester für längerfristige Arbeitskreise im Bereich Kunst (z.B. Theaterwerkstatt)	20,00 EUR

Beträgt die Teilnehmerzahl weniger als 7 bzw. 10 Personen, so erhöht sich das Entgelt im umgekehrten Verhältnis zur Abnahme der Teilnehmerzahl. Ermäßigungen gemäß § 5 entfallen.

2.4 Sonderentgelt II
Andere, nicht nach dem jeweils gültigen Gesetz zur Förderung der Erwachsenenbildung (EBG – LSA) geförderte Bildungsmaßnahmen sind so zu berechnen, dass die Ausgaben für anfallende Honorare, Fahrt-, Material- und andere sächliche Kosten mindestens gedeckt sind.

2.5 Prüfungsgebühr
Das Entgelt für Prüfungen richtet sich nach dem Entgelt der prüfenden Stelle. Für den anfallenden Prüfungsaufwand werden 4,00 EUR pro Prüfung und Teilnehmer berechnet.

2.6 Verwaltungsgebühr
Die Bestellung von Lehrbüchern für Teilnehmer von KVHS-Kursen kann durch Sammelbestellungen über die KVHS erfolgen. Entstehende Kosten werden auf den Teilnehmer umgelegt. Für den anfallenden Verwaltungsaufwand werden 2,00 EUR pro Teilnehmer und Lehrbuch berechnet.

3. Der Leiter der KVHS kann anordnen, dass für Bildungsmaßnahmen, die dazu geeignet sind, die Profilierung der KVHS zu fördern, Entgelte niedriger festgesetzt werden oder ganz entfallen. Veranstaltungen, für deren Leitung kein Honorar gezahlt wird, können gebührenfrei durchgeführt werden.

§ 4 Sachkosten

Sachkosten werden im Umlageverfahren von den Teilnehmern erstattet.

§ 5 Entgeltermäßigung

1. Bezieher von Arbeitslosengeld, Studenten, Auszubildende, Wehr- und Zivildienstleistende sowie Empfänger von Rentenbezügen oder Erziehungsgeld erhalten eine Ermäßigung von 20%.
2. Bezieher von Arbeitslosengeld II sowie Erwerbsunfähige erhalten eine Ermäßigung von 30 %.
3. Die Bestimmungen von Abs. 1 und 2 gelten nur bei Vorlage entsprechender Nachweise.

4. Bei Bildungsmaßnahmen mit einem Entgelt unter 15,00 EUR sowie Kurse, bei denen Entgelte nach § 3 Abs. 2 Nr. 2.1 und 2.4 (Sonderentgelt II) zu entrichten sind, entfallen Ermäßigungen nach Abs. 1 und 2. Auf Sachkosten werden keine Ermäßigungen gewährt. Kurse im Bereich Gesundheit können ebenfalls nicht ermäßigt werden.
5. Der Wegfall von Ermäßigungsgründen ist unverzüglich der KVHS anzuzeigen. Eventuelle Nachforderungen sind vorbehalten.
6. In begründeten Fällen (wenn dies für den Kursteilnehmer aus beruflichen, integrativen, gesundheitlichen o.ä. Gründen erforderlich ist) kann der Leiter der KVHS auf Antrag eine Ermäßigung bzw. Entgeltbefreiung anordnen.

§ 6 Entgelterstattung

1. Teilnehmerentgelte werden zurückerstattet:
 - ◆ in voller Höhe, wenn eine angekündigte und bereits bezahlte Bildungsveranstaltung abgesagt werden muss,
 - ◆ anteilig, entsprechend den geleisteten Unterrichtsstunden, wenn die Bildungsmaßnahme nicht weitergeführt werden kann.
2. Kursteilnehmer können auf schriftlichen Antrag die Entgelte für längerfristige Kurse (mindestens 20 Unterrichtsstunden) anteilig zurückerstattet bekommen, wenn sich ergibt, dass eine Teilnahme aus Gründen wie längerfristige Krankheit, berufliche Verhinderung u.ä. nicht möglich ist. Die Gründe müssen im Erstattungsantrag nachgewiesen bzw. glaubhaft gemacht werden.
3. Ein kostenfreier Rücktritt ohne wichtigen Grund im Sinne der Ziff. 1 und 2 ist nicht möglich.

§ 7 Ausnahmeregelung

Für einzelne Veranstaltungen kann im Lehrgangsangebot der Kreisvolkshochschule ein von dieser Entgeltordnung abweichendes Entgelt festgelegt werden.

§ 8 Gleichstellung

Personen- und Funktionsbezeichnungen in dieser Entgeltordnung gelten jeweils in männlicher und weiblicher Form.

§ 9 Inkrafttreten

Diese Entgeltordnung tritt am Tag nach der Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig wird die Entgeltordnung vom 17.01.2002 außer Kraft gesetzt.

Burg, den 17. Dezember 2004

gez. Lothar Finzelberg
Landrat

(Siegel)

Satzung zur Aufhebung der Satzungen für die Kreisvolkshochschule, die Kreismusikschule und das Kreismuseum als steuerbegünstigte Betriebe gewerblicher Art

Auf der Grundlage des § 6 Abs. 3 Landkreisordnung für das Land Sachsen-Anhalt in Verbindung mit § 8 der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt wird gem. Beschluss des Kreistages vom 08.12.2004 folgende Satzung erlassen:

Die Satzungen für die Kreisvolkshochschule, für die Kreismusikschule „Joachim a Burck“ und für das Kreismuseum als steuerbegünstigte Betriebe gewerblicher Art des Landkreises Jerichower Land vom jeweils 18.12.2003 werden mit Wirkung vom 23.12.2003 aufgehoben.

§ 2

Diese Änderungssatzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Burg, den 23. Dezember 2004

gez. Lothar Finzelberg
Landrat

(Siegel)

2. Amtliche Bekanntmachungen

504

Landkreis Jerichower Land
Der Landrat

Bekanntmachung über die öffentliche Auslegung eines Antrages auf Erteilung einer Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigung

Auf der Grundlage des § 9 des Grundbuchbereinigungsgesetzes (GBBerG) vom 20.12.1993 (BGBl. S. 2192) in Verbindung mit § 6 der Verordnung zur Durchführung des Sachenrechts (Sachenrechts-Durchführungsverordnung - SachenR-DV) vom 20.12.1994 (BGBl. I S. 3900) hat der nachfolgend genannte Antragsteller beim Landkreis Jerichower Land als untere Wasserbehörde für folgende Anlage die Erteilung einer Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigung beantragt.

Bezeichnung der Anlage:	Trinkwasserleitung Gommern - Vogelsang, Ortsnetz Vogelsang
Antragsteller:	WBW mbH Wassergesellschaft Börde-Westfläming mbH, PF 14 30, 39004 Magdeburg

Die Bescheinigung begründet eine beschränkte persönliche Dienstbarkeit für die nachfolgend genannten Grundstücke zu Gunsten des Antragstellers. Sie umfasst das Recht, in eigener Verantwortung und auf eigenes Risiko die belasteten Grundstücke für den Betrieb, die Instandsetzung und Erneuerung der Anlage zu nutzen, Wasser in einer Leitung über das Grundstück zu führen sowie die Grundstücke zu betreten.

Die Bescheinigung erstreckt sich auf folgende Flurstücke:

Gemarkung:	Flur:	Flurstück(e):
Gommern	1	17, 25/2, 10015, 10032, 10065, 10066, 10093
Gommern	2	10040
Gommern	3	493/2, 501/2, 504/2, 505/2, 508/2, 534/1, 547/1, 548/1, 549/1, 550/3, 550/5, 551/1, 552/1, 553/1, 554/1, 555/2, 557/1, 558/1, 559/1, 560/1, 567/1, 569/9, 569/17, 571/1, 579/2, 580, 581/14, 603, 604/1
Gommern	10	99/7, 10011

Gemäß § 7 der SachenR-DV werden die Antragsunterlagen in der Zeit vom **10. Januar 2005 bis 9. Februar 2005** beim Landkreis Jerichower Land, untere Wasserbehörde, Brandenburger Straße 100, 39307 Genthin während der Sprechzeiten, und bei der Stadt Gommern, Liegenschaftsamt, Walter-Rathenau-Straße 4, 39245 Gommern, dienstags von 9.00 bis 12.00 Uhr und 13.00 bis 17.00 Uhr sowie Donnerstags von 9.00 bis 12.00 Uhr und 13.00 bis 16.00 Uhr öffentlich ausgelegt.

Widerspricht ein Grundstückseigentümer rechtzeitig während dieser Frist, wird die Bescheinigung mit einem entsprechenden Vermerk erteilt.

Burg, 9. Dez. 2004

Im Auftrag

gez. Girke

505

Landkreis Jerichower Land
Der Landrat

Bekanntmachung über die öffentliche Auslegung eines Antrages auf Erteilung einer Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigung

Auf der Grundlage des § 9 des Grundbuchbereinigungsgesetzes (GBBerG) vom 20.12.1993 (BGBl. S. 2192) in Verbindung mit § 6 der Verordnung zur Durchführung des Sachenrechts (Sachenrechts-Durchführungsverordnung - SachenR-DV) vom 20.12.1994 (BGBl. I S. 3900) hat der nachfolgend genannte Antragsteller beim Landkreis Jerichower Land als untere Wasserbehörde für folgende Anlage die Erteilung einer Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigung beantragt.

Bezeichnung der Anlage:	Trinkwasserleitung Pietzpuhl - Stegelitz, Trinkwasserortsnetz Pietzpuhl
Antragsteller:	WBW mbH Wassergesellschaft Börde-Westfläming mbH, PF 14 30 , 39004 Magdeburg

Die Bescheinigung begründet eine beschränkte persönliche Dienstbarkeit für die nachfolgend genannten Grundstücke zu Gunsten des Antragstellers. Sie umfasst das Recht, in eigener Verantwortung und auf eigenes Risiko die belasteten Grundstücke für den Betrieb, die Instandsetzung und Erneuerung der Anlage zu nutzen, Wasser in einer Leitung über das Grundstück zu führen sowie die Grundstücke zu betreten.

Die Bescheinigung erstreckt sich auf folgende Flurstücke:

Gemarkung:	Flur:	Flurstück(e):
Pietzpuhl	1 3	3/40, 54/3, 3/42, 3/43, 3/44, 3/45, 3/46, 10012, 10010 10021, 10027, 34/12, 34/15, 9/2, 24/1, 24/2, 24/3, 24/4, 26/4, 26/5, 26/6, 34/29, 34/30, 34/31, 34/32, 34/33, 34/34, 41/1, 33/1, 33/4, 33/5, 33/6, 33/7, 33/8, 33/9, 114/36, 64/45

Gemäß § 7 der SachenR-DV werden die Antragsunterlagen in der Zeit **vom 10. Januar 2005 bis 9. Februar 2005** beim Landkreis Jerichower Land, untere Wasserbehörde, Brandenburger Straße 100, 39307 Genthin (Telefon 0 39 33 – 9 49 74 01), und in der Verwaltungsgemeinschaft Möser, Liegenschaftsamt, Brunnenbreite 7/8, 39291 Möser (Tel. 03 92 22 – 9 08 26) jeweils zu den Sprechzeiten öffentlich ausgelegt.

Widerspricht ein Grundstückseigentümer rechtzeitig während dieser Frist, wird die Bescheinigung mit einem entsprechenden Vermerk erteilt.

Genthin, 9. Dez. 2004

Im Auftrag

gez. Girke

506

Landkreis Jerichower Land
Der Landrat

Bekanntmachung über die öffentliche Auslegung eines Antrages auf Erteilung einer Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigung

Auf der Grundlage des § 9 des Grundbuchbereinigungsgesetzes (GBBerG) vom 20.12.1993 (BGBl. S. 2192) in Verbindung mit § 6 der Verordnung zur Durchführung des Sachenrechts (Sachenrechts-Durchführungsverordnung - SachenR-DV) vom 20.12.1994 (BGBl. I S. 3900) hat der nachfolgend genannte Antragsteller beim Landkreis Jerichower Land als untere Wasserbehörde für folgende Anlage die Erteilung einer Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigung beantragt.

Bezeichnung der Anlage:	1. Rohwasserleitungen I, II und III Wasserwerk Burg mit den Brunnen 11, 12, 13, 14 und 15 einschließlich Sonder- und Nebenanlagen (Steuerkabel und Trafostation) 2. Trinkwasserleitung WW Burg - Hochbehälter Möser einschließlich Sonder- und Nebenanlagen (Entleerungsleitung) 3. Spülwasserleitung WW Burg/Schlammabsetzbecken in der Gemarkung Burg
Antragsteller:	TWM Trinkwasserversorgung Magdeburg GmbH, Herrenkrugstraße 140, 39114 Magdeburg

Die Bescheinigung begründet eine beschränkte persönliche Dienstbarkeit für die nachfolgend genannten Grundstücke zu Gunsten des Antragstellers. Sie umfasst das Recht, in eigener Verantwortung und auf eigenes Risiko die belasteten Grundstücke für den Betrieb, die Instandsetzung und Erneuerung der Anlage zu nutzen, Wasser in einer Leitung über das Grundstück zu führen sowie die Grundstücke zu betreten.

Die Bescheinigung erstreckt sich auf folgende Flurstücke:

Gemarkung:	Flur:	Flurstück(e):
Burg	11	474/1, 830/474
	14	185/2, 186/1, 189/1, 190/1, 193/1, 197/1, 206/1, 292
	18	18/3, 75/2, 75/3, 188/21, 213/72
	20	26, 31, 34/1, 34/2, 57/16, 79/35, 80/36, 148/16, 149/16, 150/16, 165/37, 193/25, 194/25, 10013
	21	36/1, 45/2, 56/1, 57/1, 188/4, 189/1, 189/3, 190/1, 190/2, 190/7, 192/3, 192/5, 192/7, 194/14, 194/15, 194/6, 293/30, 296/53, 632/192, 634/192, 635/185, 636/185, 637/184, 640/183, 643/189, 644/186, 671/183
	22	348/2, 349/2, 416/2, 807/2
	23	152/2, 155/4, 159/3, 10088, 10089, 2647/159, 2847/152, 2848/152, 2877/163, 2888/172, 2890/177
	24	63, 59/1, 59/2, 59/3, 64/1, 66/1, 88/2, 88/4, 89/3, 96/22, 96/23, 96/24, 189/3, 190/4, 191/4, 193/6, 194/5, 194/7, 195/5, 208/4, 209/3, 214/1, 256, 257, 258/1, 316, 1381/216, 1382/214
	31	1/1, 1/2, 15/5, 15/6, 103/1, 108/1, 113/1, 118/1, 128/1,

		320/1, 329/1, 330/1, 337/1, 338/1, 345/1, 346/1, 353/1, 354/1, 360/1, 361/1, 368/1, 369/1, 376/1, 377/1, 385/1, 392/1, 395, 399/1, 404/1, 423/1, 431/1, 436/1, 447/1, 452/1, 455/1, 460/1, 461/1, 466/1, 468/1, 474/1, 479/1, 486/1, 487/1, 492/1, 499/1, 535/1, 562/415, 563/415, 570/121, 575/1, 576/1, 577/1, 581/18, 588/15, 593/1, 631/133, 633/148, 635/148, 637/153, 639/158, 641/163, 643/168, 645/173, 647/178, 649/183, 651/194, 674/251, 675/251, 676/251, 680/245, 683/234, 686/222, 689/216, 690/216, 693/209, 694/209, 697/209, 700/199, 706/94, 708/17,
	33	10, 196/1, 196/3, 367/3, 10007
	36	11/1, 170/1, 171/6, 10045
	37	10/2, 10/3, 10/4, 10/5, 10/6, 10/7, 10/8, 10/9, 10/10, 10/11, 10/12, 1264/11
	48	2/1, 10074, 10075

Gemäß § 7 der SachenR-DV werden die Antragsunterlagen in der Zeit vom **10. Jan. 2005** bis **09. Feb. 2005** beim Landkreis Jerichower Land, untere Wasserbehörde, Brandenburger Straße 100, 39307 Genthin (Telefon 0 39 33 – 9 49 74 01), und bei der Stadt Burg, Bauamt, In der Alten Kaserne 2, 39288 Burg (Telefon 03921 921 434), 2. OG, Schaukasten, jeweils zu den Dienstzeiten öffentlich ausgelegt.

Widerspricht ein Grundstückseigentümer rechtzeitig während dieser Frist, wird die Bescheinigung mit einem entsprechenden Vermerk erteilt.

Burg, den 20. Dez. 2004

Im Auftrag

gez. Girke

507

Landkreis Jerichower Land
Der Landrat

Bekanntmachung über die öffentliche Auslegung eines Antrages auf Erteilung einer Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigung

Auf der Grundlage des § 9 des Grundbuchbereinigungsgesetzes (GBBerG) vom 20.12.1993 (BGBl. S. 2192) in Verbindung mit § 6 der Verordnung zur Durchführung des Sachenrechts (Sachenrechts-Durchführungsverordnung - SachenR-DV) vom 20.12.1994 (BGBl. I S. 3900) hat der nachfolgend genannte Antragsteller beim Landkreis Jerichower Land als untere Wasserbehörde für folgende Anlage die Erteilung einer Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigung beantragt.

Bezeichnung der Anlage:	Trinkwasserleitung Pietzpuhl – Stegelitz (Gemarkung Stegelitz)
Antragsteller:	WBW mbH Wassergesellschaft Börde-Westfläming mbH, PF 14 30, 39004 Magdeburg

Die Bescheinigung begründet eine beschränkte persönliche Dienstbarkeit für die nachfolgend genannten Grundstücke zu Gunsten des Antragstellers. Sie umfasst das Recht, in eigener Verantwortung und auf eigenes Risiko die belasteten Grundstücke für den Betrieb, die Instandsetzung und Erneuerung der Anlage zu nutzen, Wasser in einer Leitung über das Grundstück zu führen sowie die Grundstücke zu betreten.

Die Bescheinigung erstreckt sich auf folgende Flurstücke:

Gemarkung:	Flur:	Flurstück(e):
Stegelitz	1	58, 53, 52, 133/48, 46, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 87, 88, 98, 99, 122, 91, 125, 90
	8	1
	9	126/111, 1

Gemäß § 7 der SachenR-DV werden die Antragsunterlagen in der Zeit vom **10. Jan. 2005** bis **09. Feb. 2005** beim Landkreis Jerichower Land, untere Wasserbehörde, Brandenburger Straße 100, 39307 Genthin, und bei der Stadt Möckern, Sekretariat des Bürgermeisters, Am Markt 10, 39291 Möckern, jeweils zu den Dienstzeiten öffentlich ausgelegt.

Widerspricht ein Grundstückseigentümer rechtzeitig während dieser Frist, wird die Bescheinigung mit einem entsprechenden Vermerk erteilt.

Burg, 20. Dez. 2004

Im Auftrag

gez. Girke

508

Landkreis Jerichower Land
Der Landrat

Jahresrechnung 2003 des Landkreises Jerichower Land

Der Kreistag hat am 08.12.2004 folgenden Beschluss gefasst:

Gemäß § 65 LKO LSA in Verbindung mit § 108 Abs. 3 GO LSA wird die Jahresrechnung 2003 des Landkreises Jerichower Land mit einem Ergebnis von

– Summe bereinigte Solleinnahmen	90.313.048,32 EUR
– Summe bereinigte Sollausgaben	96.300.290,02 EUR
– Sollfehlbetrag	5.987.241,70 EUR

bestätigt.

Dem Landrat wird gemäß § 65 LKO i.V. mit § 108 Abs. 3 GO LSA die Entlastung erteilt.

Die Jahresrechnung 2003 liegt gemäß § 65 LKO in Verbindung mit § 108 Abs. 5 GO LSA in der Zeit vom 03.01.2005 bis 12.01.2005 während der Dienststunden in der Kreisverwaltung in Burg, In der Alten Kaserne 4, Zimmer 110 öffentlich aus.

Burg, den 13.12.2004

gez. Lothar Finzelberg

3. Sonstige Mitteilungen

509

Landkreis Jerichower Land
Der Landrat

Bataillonsübung „Determined Fuselier“, der niederländischen Streitkräfte

in der Zeit vom 10.01. bis 21.01.2005

Die Niederländischen Streitkräfte beabsichtigen, in der Zeit vom 10.01. bis 21.01.2005 eine Bataillonsübung durchzuführen.

In den Grenzen des Übungsraumes liegen die Stadt Genthin, VGem Stremme-Nordfiener, VGem Jerichow und die Gemeinde Elbe-Parey.

An der Übung nehmen	200	Soldaten teil.
Beteiligte Fahrzeuge:	129	Radfahrzeuge
	1	Kettenfahrzeuge
	-	Luftfahrzeuge

Die Bevölkerung wird aufgefordert, sich von Einrichtungen der übenden Truppe fernzuhalten.

Zur Schadensabwicklung geben die Verwaltungsgemeinschaften nähere Auskünfte.

Ersatz für Übungsschäden sind möglichst innerhalb von 5 Tagen nach Abschluss der Übung bei der zuständigen Verwaltungsgemeinschaft geltend zu machen.

Antragsformulare hierfür sind bei den Verwaltungsgemeinschaften erhältlich.

Im Auftrag

gez. Brendel

510

Landkreis Jerichower Land
Der Landrat

Einsatzübung GÜZ Pilotprojekt der Logistikbrigade 100, Unna, in der Zeit vom 09.01. - 24.01.2004

Die Kdr LogBrig 100 beabsichtigt, in der Zeit vom 09.01.2005 - 24.01.2005 eine Truppenübung durchzuführen.

In den Grenzen des Übungsraumes liegen die Verwaltungsgemeinschaften:

Stadt Burg, Stadt Genthin, VGem Stremme-Nordfiener, Gemeinde Elbe-Parey, VGem Jerichow, VGem Gommern, VGem Fläming-Fiener, VGem Biederitz, VGem Möser und die VGem Möckern.

An der Übung nehmen	750	Soldaten teil.
Beteiligte Fahrzeuge:	299	Radfahrzeuge
	3	Kettenfahrzeuge
	-	Luftfahrzeuge

Die Bevölkerung wird aufgefordert, sich von Einrichtungen der übenden Truppe fernzuhalten.

Zur Schadensabwicklung geben die Verwaltungsgemeinschaften nähere Auskünfte.

Ersatz für Übungsschäden sind möglichst innerhalb von 5 Tagen nach Abschluss der Übung bei der zuständigen Verwaltungsgemeinschaft geltend zu machen.

Antragsformulare hierfür sind bei den Verwaltungsgemeinschaften erhältlich.

Im Auftrag

gez. Brendel

B. Verwaltungsgemeinschaften, Städte und Gemeinden

1. Satzungen, Verordnungen und Richtlinien

511

Satzung

über die Festsetzung des Beitragssatzes 2003/2004 zur Erhebung wiederkehrender Straßenausbaubeiträge in der Abrechnungseinheit Hohenseeden

Auf Grund der §§ 4 und 6 der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt vom 05.10.1993 (GVBl. LSA S. 568), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13.11.2003 (GVBl. LSA S. 318) i.V. mit den §§ 6 und 6a des Kommunalabgabengesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KAG LSA) vom 13.12.1996 (GVBl. LSA S. 405) zuletzt geändert durch Gesetz vom 18.12.2003 (GVBl. LSA S. 370), hat der Gemeinderat der Gemeinde Hohenseeden in seiner Sitzung am 19.02.2001 die Satzung zur Erhebung wiederkehrender Straßenausbaubeiträge für die Abrechnungseinheit Hohenseeden beschlossen.

Auf der Grundlage dieser Satzung erhebt die Gemeinde Elbe-Parey für den Ortsteil Hohenseeden wiederkehrende Beiträge für den Abrechnungszeitraum 2003/2004.

Der Beitragssatz ist jährlich in einer gesonderten Satzung gemäß § 7 der Straßenausbaubeitragssatzung der Gemeinde Hohenseeden zu beschließen.

§ 1 Entstehung

- (1) Durch Ankündigungsbeschluss vom 11.02.1998 hat die Gemeinde Hohenseeden die Erarbeitung der Straßenausbaubeitragssatzung angezeigt und bekannt gemacht.
Die Satzung für wiederkehrende Straßenausbaubeiträge in der Abrechnungseinheit Hohenseeden ist somit **ab 14.02.1998** in Kraft.
- (2) Gemäß § 8 der Straßenausbaubeitragssatzung entsteht der Beitragsanspruch mit Ablauf des 31. Dezember für das abgelaufene Jahr.

§ 2 Beitragssatz

- (1) Die Gemeinde Elbe-Parey, Ortsteil Hohenseeden, erhebt gemäß § 6 der Straßenausbaubeitragssatzung wiederkehrende Beiträge für Investitionsaufwendungen, die durch das Vorhalten von Verkehrsanlagen gemäß den Festlegungen der Satzung entstehen.
- (2) Der Beitragssatz für das Abrechnungsjahr 2003/2004 ermittelt sich aus den tatsächlichen Investitionsaufwendungen der Jahre 2003 und 2004.
- (3) Der Beitragssatz für das Abrechnungsjahr 2003/2004 beträgt **0,07703 €/m²**.
- (4) Die Beitragspflichtigen erhalten vor dem Beitragsbescheid ein Anhörungsschreiben zur Abgleichung der Bemessungsgrundlagen sowie als Information über den zu erwartenden Beitrag.
- (5) Vorausleistungen für wiederkehrende Beiträge wurden für 2003/2004 nicht erhoben.

§ 3 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Elbe-Parey, 15.10.2004

Mannewitz
Bürgermeisterin

Siegel

Auf Grund der §§ 4, 6 und 91 Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt (GO LSA) vom 05. Oktober 1993 (GVBl. LSA 568), in der z.Z. geltenden Fassung und auf Grund der §§ 2 und 4 des Kommunalabgabengesetzes (KAG-LSA) in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Dezember 1996 (GVBl. LSA S. 405), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 18.12.2003 (GVBl. LSA S. 370) hat der Gemeinderat der Gemeinde Elbe-Parey am 23. November 2004 die folgende Satzung erlassen:

Satzung über die Erhebung von Verwaltungskosten
im eigenen Wirkungskreis (Verwaltungskostensatzung) der Gemeinde Elbe-Parey

§ 1
Allgemeines

- (1) Als Gegenleistung für Amtshandlungen und sonstige Verwaltungstätigkeiten (im nachfolgenden: Verwaltungstätigkeiten) im eigenen Wirkungskreis der Gemeinde Elbe-Parey werden nach dieser Satzung Gebühren und Auslagen – im nachfolgenden: Kosten – erhoben, wenn die Beteiligten hierzu Anlass gegeben haben. Verwaltungstätigkeiten sind auch Entscheidungen über förmliche Rechtsbehelfe.
- (2) Kosten werden auch erhoben, wenn ein auf Vornahme einer kostenpflichtigen Verwaltungstätigkeit gerichteter Antrag abgelehnt oder nach Aufnahme der Verwaltungstätigkeit vor der Entscheidung zurückgenommen wird.
- (3) Die Erhebung von Kosten auf Grund anderer Rechtsvorschriften bleibt unberührt.

§ 2
Höhe der Kosten – Kostentarif

- (1) Die Höhe der Gebühren bemisst sich nach dem Kostentarif, der Bestandteil dieser Satzung ist.
- (2) Auslagen nach § 6 werden grundsätzlich in der Höhe erhoben, in der sie tatsächlich entstanden sind; in den Fällen des § 6 Abs. 2 Nr. 8 ist die Höhe der Auslagen an Hand des Kostentarif, der Bestandteil dieser Satzung ist, zu ermitteln.

§ 3
Bemessungsgrundsätze

- (1) Ist für den Ansatz einer Gebühr durch den Kostentarif ein Rahmen (Mindest- und Höchstsatz) bestimmt, so sind bei der Festsetzung der Gebühr das Maß des Verwaltungsaufwandes sowie der Wert des Gegenstandes zur Zeit der Beendigung der Verwaltungstätigkeit oder die Bedeutung der Verwaltungstätigkeit für den Gebührenschuldner zu berücksichtigen.
- (2) Werden mehrere gebührenpflichtige Verwaltungstätigkeiten nebeneinander vorgenommen, so ist für jede Verwaltungstätigkeit eine Gebühr zu erheben.
- (3) Wird ein Antrag auf Vornahme einer Verwaltungstätigkeit
 - a) ganz oder teilweise abgelehnt oder
 - b) zurückgenommen, bevor die Verwaltungstätigkeit beendet ist,so kann die Gebühr bis auf ein Viertel des vollen Betrages ermäßigt werden.
- (4) Wird ein Antrag wegen Unzuständigkeit abgelehnt oder beruht er auf unverschuldeter Unkenntnis, so kann die Gebühr außer Ansatz bleiben.
- (5) Wird eine zunächst abgelehnte Verwaltungstätigkeit auf einen Rechtsbehelf hin vorgenommen, so wird die für die Ablehnung erhobene Gebühr angerechnet.

§ 4
Rechtsbehelfsgebühren

- (1) So weit ein Rechtsbehelf erfolglos bleibt, beträgt die Gebühr für die Entscheidung über den Rechtsbehelf das Eineinhalbfache der Gebühr, die für die angefochtene Verwaltungstätigkeit anzusetzen

war, mindestens jedoch 10,20 EURO. Für die Zurückweisung eines nicht gebührenpflichtigen angefochtenen Verwaltungsaktes bestimmt sich die Gebühr nach dem Maß des Verwaltungsaufwandes. Sie beträgt 9,20 € für jede angefangene halbe Arbeitsstunde, jedoch mindestens 10,20 €.

- (2) Wird dem Rechtsbehelf teilweise stattgegeben oder wird er ganz oder teilweise zurückgenommen, so ermäßigt sich die aus Abs. 1 ergebende Gebühr nach dem Umfang der Abweisung oder der Rücknahme, im Falle der Rücknahme auf höchstens 25 v. H.
- (3) Wird der Rechtsbehelfsbescheid ganz oder teilweise aufgehoben oder zurückgenommen, so sind die gezahlten Rechtsbehelfskosten ganz oder teilweise zu erstatten, es sei denn, dass die Aufhebung allein auf unrichtigen oder unvollständigen Angaben desjenigen beruht, der den Rechtsbehelf eingelegt hat.

§ 5 Gebührenbefreiungen

- (1) Gebühren werden nicht erhoben für
 1. mündliche Auskünfte, soweit damit kein erheblicher Zeitaufwand verbunden ist,
 2. Zeugnisse und Bescheinigungen in folgenden Angelegenheiten:
 - a) Arbeits- und Dienstleistungssachen
 - b) Besuch von Schulen
 - c) Zahlung von Ruhegehältern, Witwen- und Waisengeldern, Krankengeldern, Unterstützung und dergleichen aus öffentlichen und privaten Kassen,
 - d) Nachweise der Bedürftigkeit,
 3. Amtshandlungen und sonstige Verwaltungstätigkeiten, die die Stundung, Niederschlagung oder den Erlass von Verwaltungskosten betreffen,
 4. steuerliche Unbedenklichkeitsbescheinigungen für die Vergabe öffentlicher Aufträge,
 5. Amtshandlungen und sonstige Verwaltungstätigkeiten, zu denen in Ausübung öffentlicher Gewalt eine andere Behörde im Lande, eine Behörde des Bundes oder die Behörde eines anderen Bundeslandes Anlass gegeben hat, es sei denn, dass die Gebühr einen Dritten zur Last zu legen ist,
 6. Maßnahmen der Amtshilfe.
- (2) Von der Erhebung einer Gebühr kann über die in Abs.1 genannten Fällen hinaus ganz oder teilweise abgesehen werden, wenn daran ein öffentliches Interesse besteht.

§ 6 Auslagen

- (1) Werden bei der Vorbereitung oder bei der Vornahme von Amtshandlungen oder sonstigen Verwaltungstätigkeiten Auslagen notwendig, die nicht bereits mit der Gebühr abgegolten sind, so hat der Kostenschuldner sie zu erstatten. Dies gilt auch, wenn eine Gebühr nicht zu entrichten ist. Auslagen hat der Kostenschuldner auch dann zu erstatten, wenn sie bei einer anderen am Verfahren beteiligten Behörde entstanden sind.
- (2) Als Auslagen werden insbesondere erhoben:
 1. Postgebühren für Zustellungen und Nachnahmen sowie für die Ladung von Zeugen und Sachverständigen. Wird durch Bedienstete der Gemeinde zugestellt, so werden die für die Zustellung durch die Post mit Zustellungsurkunde entstehenden Postgebühren erhoben.
 2. Telegraphen-, Fernschreib- und Telefaxgebühren sowie Gebühren für Ferngespräche.
 3. Kosten öffentlicher Bekanntmachungen.
 4. Zeugen- und Sachverständigengebühren.

5. Bei Dienstgeschäften entstehende Reisekosten.
 6. Beträge, die anderen Behörden oder anderen Personen für ihre Tätigkeit zu zahlen sind.
 7. Kosten der Beförderung oder Verwahrung von Sachen.
 8. Schreibgebühren für weitere Ausfertigungen, Abschriften, Durchschriften, Auszüge, Kosten für Fotokopien, Lichtpausen und Vervielfältigungen nach den im Kostentarif vorgesehenen Sätzen.
- (3) Beim Verkehr mit den Behörden des Landes und beim Verkehr der Gebietskörperschaften (einschl. Gemeinden) im Lande untereinander werden Auslagen nur erhoben, wenn sie im Einzelfall den Betrag von 25,51 EURO übersteigen.

§ 7 Kostenschuldner

- (1) Zur Zahlung der Kosten ist verpflichtet,
 1. wer zu einer Verwaltungstätigkeit Anlass gegeben hat,
 2. wer die Kosten durch eine der Gemeinde gegenüber abgegebene oder ihr mitgeteilte Erklärung übernommen hat,
 3. wer für die Kostenschuld eines anderen kraft Gesetzes haftet.
- (2) Kostenpflichtiger nach § 4 ist derjenige, der den Rechtsbehelf eingelegt hat.
- (3) Mehrere Kostenschuldner sind Gesamtschuldner.

§ 8 Entstehung der Kostenschuld

- (1) Die Gebührenschuld entsteht mit der Beendigung der Verwaltungstätigkeit oder mit der Rücknahme des Antrages.
- (2) Die Verpflichtung zur Erstattung der Auslagen entsteht mit der Aufwendung des zu erstattenden Betrages.

§ 9 Festsetzung, Fälligkeit und Vollstreckung

- (1) Gebühren und Auslagen werden durch Bescheid festgesetzt. Sie werden mit Bekanntgabe der Kostenschuldner fällig, wenn nicht der Bescheid einen anderen Zeitpunkt bestimmt.
- (2) Amtshandlungen und sonstige Verwaltungstätigkeit können von der vorherigen Zahlung der Kosten oder von der Zahlung oder Sicherstellung eines angemessenen Kostenvorschusses abhängig gemacht werden. Soweit der Vorschuss die endgültige Kostenschuld übersteigt, ist er zu erstatten.
- (3) Gebühren und Auslagen werden im Verwaltungszwangungsverfahren nach dem Verwaltungsvollstreckungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt vom 23. Juni 1994 (GVBl. LSA S. 719) in der jeweils geltenden Fassung vollstreckt.

§ 10 Billigkeitsmaßnahmen

Ansprüche aus dem Abgabenschuldverhältnis können entsprechend § 13 a KAG-LSA ganz oder teilweise gestundet werden, wenn die Einziehung bei Fälligkeit eine erhebliche Härte für Schuldner bedeuten würde und der Anspruch durch die Stundung nicht gefährdet erscheint. Ist deren Einziehung nach Lage des Einzelfalles unbillig, können sie ganz oder zum Teil erlassen werden.

§ 11 Anwendung des Verwaltungskostengesetzes

Die Vorschriften des Verwaltungskostengesetzes des Landes Sachsen-Anhalt gelten sinngemäß, soweit die Regelungen des KAG-LSA nicht ausdrücklich entgegenstehen.

§ 12 In-Kraft-Treten

Diese Satzung tritt an dem Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.
Gleichzeitig wird die Satzung vom 12.02.2001 außer Kraft gesetzt.

Elbe-Parey, 23.11.2004

Mannewitz
Bürgermeisterin

Kostentarif zur Verwaltungskostensatzung (§ 2) der Gemeinde Elbe-Parey vom 23.11.2004

Gebühren (§ 3 Verwaltungskostensatzung) und Pauschbeträge für Auslagen (§ 6 Abs. 2 Nr. 8 Verwaltungskostensatzung)

Lfd. Nr.	Gegenstand		Gebühr/ Pauschbetrag Euro
A	Allgemeine Verwaltungskosten		
1.	Abschriften und Ausfertigungen Abschriften und Ausfertigungen, sofern sie nicht durch Ablichtung hergestellt werden je angefangene Seite		
1.1.	im Format DIN A 5		2,05
1.2.	im Format DIN A 4		3,07
1.3.	in größeren Formaten oder bei schwierigen Abschriften wie z.B. fremdsprachliche oder wissenschaftliche Texte oder Tabellen		3,07 - 33,23
2.	Fotokopien, Lichtpausen und Drucke		
2.1.	Fotokopien und Lichtpausen, schwarz-weiß		
2.1.1.	bis zum Format DIN A 4 je Seite		0,61
	ab 10 Seiten je Seite		0,31
	ab 50 Seiten je Seite		0,15
	ab 100 Seiten je Seite		0,06
2.1.2.	bis zum Format DIN A 3 je Seite		1,53
	ab 10 Seiten je Seite		0,77
	ab 50 Seiten je Seite		0,38
	ab 100 Seiten je Seite		0,15
2.2.	Fotokopien farbig		
2.2.1.	bis zum Format DIN A 3 je Seite		3,07
	ab 10 Seiten je Seite		1,53
	ab 50 Seiten je Seite		0,77
	ab 100 Seiten je Seite		0,38
2.3.	Vervielfältigungen mit Bürodruckgeräten bis zum Format DIN A 4 bei einer Auflage		
2.3.1.	bis zu 10 Stück je Seite		0,13 - 0,33
2.3.2.	bis zu 50 Stück je Seite		0,06 - 0,20
2.3.3.	bis zu 100 Stück je Seite		0,06 - 0,13
2.3.4.	über 100 Stück je Seite		0,03 - 0,15
3.	Amtliche Beglaubigungen, Zeugnisse, Bescheinigungen und Ausweise		
3.1.	Beglaubigungen		
3.1.1.	Beglaubigungen von Abschriften, Ablichtungen, Vervielfältigungen und Negativen		

3.1.1.1.	je Seite der Erstaussfertigung	3,58
3.1.1.2.	je Seite der Mehraussfertigung	1,53
3.1.2.	Beglaubigungen von Unterschriften oder Handzeichen	3,58 - 20,45
3.2.	Bescheinigungen, Ausweise, Zeugnisse	
3.2.1.	Ausstellung von Bescheinigungen, Ausweisen und Zeugnissen auf Antrag	3,07 - 66,47
3.2.2.	Bescheinigung der Echtheit einer Urkunde zur Versendung im Ausland (Legalisation) je Urkunde	7,67
4.	Akteneinsicht/Aktenüberlassung	
4.1.	Einsichtgewährung in Akten und amtliche Unterlagen, außerhalb eines anhängigen Verfahrens wenn die Einsicht beaufsichtigt werden muss	6,14 - 69,02
4.1.1.	in anderen Fällen je Akte oder Unterlage	3,07
4.1.2.	Einsichtgewährung in Akten und amtliche Unterlagen, soweit sie nicht zur Einsichtnahme öffentlich ausgelegt sind und sich nach einer anderen Tarifnummer keine andere Gebühr ergibt je Akte oder Unterlage	1,53
4.2.	Überlassung von Akten für die Verfolgung zivilrechtlicher Ansprüche oder Interessen oder über abgeschlossene Verfahren	17,90
5.	Auskünfte	
5.1.	mündliche Auskünfte aus amtlichen Unterlagen, soweit damit ein erheblicher Zeitaufwand verbunden ist	6,14 - 135,49
5.2.	schriftliche Auskünfte	
5.2.1.	aus Register und Karteien, soweit die Anfrage nicht ohne besondere Ermittlungen beantwortet werden kann	6,14 - 40,90
5.2.2.	aus Register und Karteien, soweit die Anfrage ohne besondere Ermittlungen beantwortet werden kann	3,07
5.2.3.	zum Besoldungs- und Versorgungsrecht, soweit die Auskunft nicht auf Grund eines bestehenden oder früheren Dienst- oder Arbeitsverhältnisses in eigener Besoldungs- oder Versorgungsangelegenheit ersucht wird	10,23 - 135,49
5.2.4.	Schriftliche Auskunft zur Marktforschung und für wirtschaftliche Dispositionen und Prognosen	5,11
5.2.4.1.	Grundgebühr	1,53
5.2.4.2.	zzgl. je angefangene Seite	
5.2.5.	sonstige Auskünfte aus amtlichen Unterlagen, soweit damit ein erheblicher Zeitaufwand verbunden ist	11,22 - 204,52
	soweit ein Einsatz von Datenverarbeitungsanlagen oder Bürocomputern erforderlich wird zusätzlich je Maschinenstunde	11,22 - 511,29
5.2.6.	Nachforschung nach dem Verbleib einer Überweisung, soweit die Nachforschung ergeben hat, dass der in Frage stehende Betrag dem Empfänger gutgeschrieben bzw. an ihn abgeführt worden ist	6,14
5.2.7.	Feststellungen aus Konten und Akten nach Zeitaufwand je angefangene halbe Arbeitsstunde	9,20 - 23,01
6.	Abgabe von Druckstücken und ähnlichen	

6.1.	Ortssatzungen, Tarife, Straßen- und Wahl- bezirksverzeichnisse und dergleichen für jede angefangene Seite jedoch mindestens	0,15 1,02
6.2.	Stadtpläne bis zur Größe	
6.2.1.	1 : 5.000	10,23
6.2.2.	1 : 10.000	2,56
6.2.3.	1 : 15.000	1,53
6.2.4.	1 : 25.000	1,02
7.	Aufnahme von Verhandlungen Schriftliche Aufnahme von Verhandlungen, eines Antrages oder einer Erklärung (Niederschrift), die von Privatpersonen zu deren Nutzen beantragt wird; ausgenommen die Niederschrift über die Erhebung von Rechtsbehelfen nach Zeitaufwand je angefangene halbe Stunde	9,20 - 23,01
7.1.	Fundsachen Aufbewahrung einschließlich Aushändigung an den Verlierer, Eigentümer oder Finder a) bei Sachen bis zu 500 € Wert b) bei Sachen über 500 € Wert c) bei Tieren	1,53 2 % v. 511,29 25,56
8.	Sonstige Verwaltungstätigkeiten, die nach Art und Umfang in der Gebührensatzung nicht näher bestimmt werden können und die mit einem erheblichen Zeitaufwand verbunden sind je angefangene halbe Arbeitsstunde	9,20 - 23,01
B	Besondere Verwaltungskosten	
9.	Haupt- und Finanzverwaltung	
9.1.	Bearbeitung von Bürgerschaftsanträge	
9.1.1.	bis zu einem Bürgschaftsbetrag von 5.000,00 €	10,23
9.1.2.	für jede weiteren angefangenen 5.000,00 €	5,11
9.2.	Aufstellung über den Stand des Steuerkontos für jedes Haushaltsjahr	1,02
9.3.	Zweitausfertigungen von Steuer- oder sonstigen Quittungen	1,02
9.4.	Bescheinigung über öffentliche Abgaben früherer Jahre für jedes Jahr	2,56
10.	Vermögens- und Bauverwaltung	
10.1.	Vorrangseinräumungs-, Pfandentlassungs- und sonstige Erklärungen zu Gunsten von Grundpfandrechten Dritter, insbesondere gegenüber Auflassungsvormerken und Vorkaufsrechten sowie Belastungsgenehmigungen	
10.1.1.	bis zu 5.000,00 € des Nominalbetrages des vortretenden, höchstens jedoch des zurücktretenden Grundpfandrechts oder des betroffenen Teilbetrages	10,23
10.1.2.1.	für jede weiteren angefangenen 5.000,00 €	5,11
10.2.	Löschungsbewilligungen zu Gunsten von Grundpfandrechten Dritter	
10.2.1.	bis zu 5.000,00 € des Nominalbetrages des vortretenden, höchstens jedoch des zurücktretenden Grundpfandrechtes	10,23
10.2.2.	für jede weiteren angefangenen 5.000,00 €	5,11
10.3.	Löschungsbewilligungen, Vorrangseinräumungs-,	

	Pfandentlassungs- und sonstige Erklärungen für Rechte ,die nicht unter Tarifnummer 10.1. und 10.2.		10,23 - 51,13
10.4.	Ausstellung eines Zeugnisses über das Nichtbestehen bzw. die Nichtausübung eines Vorkaufrechts (Negativzeugnis) nach § 28 Abs. 1 Satz 3 BauGB		5,11 - 28,12
10.5.	Abgabe von Verdingungsunterlagen bei öffentlichen Ausschreibungen für Leistungen mit einem Wert von		
10.5.1.	bis 5.000,00 €		2,56
10.5.2.	über 5.000,00 € - 10.000,00 €		5,11
10.5.3.	über 10.000,00 € - 25.000,00 €		7,67
10.5.4.	über 25.000,00 € - 50.000,00 €		10,23
10.5.5.	über 50.000,00 € - 125.000,00 €		12,78
10.5.6.	über 125.000,00 € - 250.000,00 €		15,34
10.5.7.	über 250.000,00 € - 500.000,00 €		20,45
10.5.8.	über 500.000,00 €		30,68
10.6.	Abgabe von Bauleitplänen bis zur Größe von		
10.6.1.	0,2 m ²		1,53
10.6.2.	0,5 m ²		2,05
10.6.3.	1,0 m ²		4,09
10.6.4.	über 1,0 m ²		5,11
10.7.	Abgabe von Flächennutzungsplänen		20,45
10.8.	Genehmigung und Überwachung von Arbeiten, die für die Rechnung Dritter von Unternehmen an Straßen, Plätzen, Kanälen und sonstigen Anlagen ausgeführt werden, je angefangene halbe Stunde der Beaufsichtigung einschließlich Anmarschweg von der Dienststelle oder von der vorhergehenden Baustelle (So weit die vorhergehende Baustelle weiter entfernt liegt als die Dienststelle, ist für die Berechnung des Zeitaufwandes nur der Weg von der Dienststelle bis zur Baustelle zu Grunde zu legen.)		9,20 - 23,01
10.9.	Feststellungen, Besichtigungen, Gutachten, Bauleitungen, Auszüge, technische Arbeiten, und zwar für Büroarbeiten je angefangene halbe Arbeitsstunde Außenarbeiten je angefangene halbe Arbeitsstunde einschließlich Anmarschweg von der Dienststelle bzw. von der vorhergehenden Baustelle (So weit die vorhergehende Baustelle weiter entfernt liegt als die Dienststelle, ist für die Berechnung des Zeitaufwandes nur der Weg von der Dienststelle bis zur Baustelle zu Grunde zu legen.)		9,20 - 23,01 9,20 - 23,01
10.10.	(städtebauliche) Beratung zur Gestaltung von Bauvorhaben nach Zeitaufwand je angefangene halbe Arbeitsstunde bis zu 500,00 €		9,20 - 23,01 15,34
11.	Büchereiwesen		
11.1.	Versäumnisgebühr je Buch und Woche		0,51
11.2.	Buchvorstellungen je Buch		0,26
11.3.	Ersatzausstellungen von Lesekarten		
11.3.1.	für Erwachsene		1,02
11.3.2.	für Jugendliche		0,51
12.	Archiv		
12.1.	für familiengeschichtliche Auskünfte je angefangene halbe Arbeitsstunde		9,20 - 23,01

12.2.	Schriftliche Auskunft aus Urkunden und alten Akten je Seite für jede weitere Ausfertigung, wenn sie im gleichen Arbeitsgang gefertigt wird Daneben kann die Gebühr nach Tarifstelle 13.1. erhoben werden	2,05 0,51
12.3.	Benutzung des Archivs	
12.3.1.	für einen Tag	5,11
12.3.2.	für eine Woche	15,34
12.3.3.	für längere Zeit bis zu	51,13

513

Satzung über die Benutzung des von der Gemeinde Wahlitz verwalteten Friedhofs (Friedhofssatzung)

Aufgrund der §§ 6 Abs. 1 und 8 Abs. der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt (GO-LSA) vom 05.10.1993 (GVBL. LSA S. 568), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes zur Änderung der Landeshaus-
haltsordnung LSA hat der Gemeinderat der Gemeinde Wahlitz in seiner Sitzung am 28.10.2004 folgende
Friedhofssatzung beschlossen:

Allgemeine Vorschriften

§ 1

Geltungsbereich

Diese Friedhofssatzung gilt für den im Gebiet der Gemeinde Wahlitz liegenden Friedhof. Er umfasst zur Zeit
die Flurstücke 117/22 und 123/1 der Flur 2, Gemarkung Wahlitz, mit einer Größe von 5.048 m².

§ 2

Leitung und Verwaltung

- (1) (1) Der Friedhof in Wahlitz befindet sich in Eigentum der Kirchengemeinde Wahlitz. Es wurde gemäß Vertrag zwischen der Evangelischen Kirchengemeinde Wahlitz und der Gemeinde Wahlitz vom der Gemeinde zur Verwaltung und Nutzung übertragen.
- (2) Mit der Wahrnehmung der laufenden Verwaltungsaufgaben kann der Gemeinderat Wahlitz die Verwaltungsgemeinschaft Biederitz beauftragen.
- (3) Die Verwaltung des Friedhofes richtet sich nach dieser Friedhofssatzung und den allgemeinen gesetzlichen Vorschriften.

§ 3

Benutzung des Friedhofes

- (1) Der Friedhof ist bestimmt zur Bestattung aller Personen, die bei ihrem Ableben ihren Wohnsitz im Bereich der Gemeinde Wahlitz hatten sowie derjenigen, die bei ihrem Tode ein Recht auf Beisetzung in einer bestimmten Grabstätte besaßen.
- (2) Ausnahmen bedürfen der schriftlichen Genehmigung der Friedhofsverwaltung.

§ 4

Verhalten auf dem Friedhof

- (1) Der Friedhof erfordert ein der Würde des Ortes entsprechendes Verhalten. Die Anordnungen der mit der Aufsicht beauftragten Personen sind zu befolgen.
- (2) Der Friedhof ist dauernd für den Besuch geöffnet. Aus besonderem Anlass kann der Friedhof ganz oder teilweise für den Besuch vorübergehend geschlossen werden.
- (3) Kinder unter 10 Jahren dürfen den Friedhof in Begleitung Erwachsener und unter deren Verantwortung betreten.
- (4) Auf dem Friedhof ist es nicht gestattet:
 - a. die Wege mit Fahrzeugen aller Art zu befahren ausgenommen Kinderwagen und Rollstühle sowie Fahrzeuge der für den Friedhof zugelassenen Gewerbetreibenden

- b. Waren aller Art, insbesondere Blumen und Kränze und gewerbliche Dinge anzubieten und dafür zu werden,
- c. an Sonn- und Feiertagen und an Werktagen in der Nähe einer Bestattung störende Arbeiten durchzuführen,
- d. gewerbemäßig ohne Genehmigung zu fotografieren,
- e. Druckschriften ohne Genehmigung zu verteilen,
- f. verrottbare Abfälle außerhalb des dafür bestimmten Platzes abzulegen und unverrottbare Abfälle zu deponieren,
- g. den Friedhof und seine Einrichtungen und Anlagen zu verunreinigen oder zu beschädigen, Einfriedungen und Hecken zu übersteigen und Rasenflächen, Grabstätten und Grabeinfassungen unberechtigt zu betreten,
- h. zu lärmern und zu spielen,
- i. Hunde ohne Leine laufen zu lassen,
- j. Ansprachen und musikalische Darbietungen außerhalb von Bestattungen ohne Genehmigung zu halten.

§ 5

Gewerbliche Arbeiten auf dem Friedhof

- (1) Steinmetze, Bildhauer, Gärtner und Bestatter bedürfen für die dem jeweiligen Berufsbild entsprechenden gewerblichen Tätigkeiten auf dem Friedhof der Genehmigung durch die Friedhofsverwaltung.
- (2) Auf ihren Antrag hin werden nur solche Gewerbetreibenden zugelassen, die in fachlicher und persönlicher Hinsicht zuverlässig sind und entsprechend den gewerblichen Bestimmungen eine Gewerbeurlaubnis nachweisen können. Ein Antragsteller des Handwerkes oder des Gartenbaus hat nachzuweisen, dass er selbst oder sein fachlicher Vertreter eine Meisterprüfung oder einen vergleichbaren anerkannten beruflichen Abschluss abgelegt hat.
- (3) Sonstigen Gewerbetreibenden kann die Ausübung anderer als in Abs. 1 genannten Tätigkeiten gestattet werden, wenn dies mit dem Friedhofszweck zu vereinen ist. Abs. 2 Satz 1 und Abs. 4 gelten entsprechend.
- (4) Die Friedhofsverwaltung hat die Zulassung davon abhängig zu machen, dass der Antragsteller einen für die Ausführung seiner Tätigkeit ausreichenden Haftpflichtversicherungsschutz nachweist.
- (5) Die Gewerbetreibenden haften für alle Schäden, die sie oder ihre Mitarbeiter im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit auf dem Friedhof verursachen. Sie sind verpflichtet, die für den Friedhof geltenden Bestimmungen zu beachten.
- (6) Die für die Arbeiten erforderlichen Geräte und Materialien dürfen auf dem Friedhof nur vorübergehend und nur an Stellen gelagert werden, an denen sie nicht hinderlich sind. Die Arbeits- und Lagerplätze sind nach Beendigung der Tagesarbeit zu säubern und in einem ordnungsgemäßen Zustand zu verlassen, bei Unterbrechung der Tagesarbeit so herzurichten, dass eine Behinderung ausgeschlossen ist.

§ 6

Gebühren

Für die Benutzung des Friedhofs und seiner Einrichtungen – dazu gehört auch die Trauerhalle – werden Gebühren nach der Gebührensatzung der Gemeinde Wahlitz vom 28.10.2004 erhoben.

§ 7

Bestattungsvorschriften Anmeldung der Bestattung

- (1) Bestattungen sind unter Vorlage der gesetzlich vorgeschriebenen Unterlagen rechtzeitig anzumelden.
- (2) Vor einer Bestattung in einer Doppelgrabstätte, an der ein Nutzungsrecht verliehen ist, ist das Nutzungsrecht nachzuweisen.
- (3) Den Zeitpunkt der Bestattung legt die Friedhofsverwaltung im Einvernehmen mit den Angehörigen fest.

§ 8

Ausheben der Gräber

- (1) Die Gräber werden erst nach Zuweisung der Grabstelle und auf Veranlassung der Friedhofsverwaltung ausgehoben und wieder verfüllt.
- (2) Die Mindestdiefe des Grabes beträgt
 - von der Oberkante Sarg bis Erdoberfläche (ohne Grabhügel) 0,90 m
 - von der Oberkante Urne bis Erdoberfläche 0,50
- (3) Die Gräber von Erdbestattungen müssen voreinander durch mindestens 0,30 m starke Erdwände getrennt sein.
- (4) Die Gräber werden von dem jeweiligen Bestattungsunternehmen ausgehoben und wieder verfüllt.

§ 9

Belegung, Wiederbelegung, Graböffnung

- (1) In einem Sarg darf nur eine Leiche bestattet werden. Es ist jedoch zulässig, eine Mutter mit ihrem neugeborenen Kind oder zwei gleichzeitig verstorbene Geschwister im Alter bis zu einem Jahr in einem Sarg zu bestatten.
- (2) Vor Ablauf der Ruhezeit darf ein Grab nicht wieder belegt werden.
- (3) Wenn beim Ausheben eines Grabes zur Wiederherstellung Sargteile, Gebeine oder Urnenreste gefunden werden, sind diese unter der Sohle des neu aufgeworfenen Grabes zu versenken. Werden noch nicht verwesene Leichen gefunden, so ist das Grab sofort wieder zu verschließen und als Bestattungsstätte für Leichen für die erforderliche Zeit zu sperren.

§ 10

Ruhezeit

- (1) Die Ruhezeit für Leichen beträgt auf dem Friedhof **25 Jahre**, bei Verstorbenen bis zum vollendeten 5. Lebensjahr **15 Jahre**.
- (2) Die Ruhezeit für Aschen beträgt auf dem Friedhof **15 Jahre**.

§ 11

Umbettungen

- (1) Die Ruhe der Toten darf grundsätzlich nicht gestört werden.
- (2) Aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses können Leichen und Aschen in ein anderes Grab umgebettet werden.
- (3) Ausnahmsweise kann auch Angehörigen bei besonders wichtigen Gründen ein Recht auf Umbettung zustehen. Antragsberechtigt ist der Nutzungsberechtigte. Bei allen Umbettungen muss das Einverständnis der nächsten noch lebenden Angehörigen nachgewiesen werden. Die Kosten der Umbettung trägt der Antragsteller. Er hat sich außerdem schriftlich zu verpflichten, alle Kosten zu tragen, die bei der Umbettung durch Beschädigungen oder Wiederinstandsetzungen gärtnerischer oder baulicher Anlagen an Nachbargräbern oder Friedhofsanlagen etwa entstehen.
- (4) Umbettungen aus einer Grabstätte in eine andere Grabstätte sind innerhalb der Gemeinde Wahlitz nicht zulässig (§ 12 Abs. 3 bleibt unberührt).
- (5) Der Ablauf der Ruhe- und Nutzungszeit wird durch eine Umbettung nicht unterbrochen oder gehemmt.
- (6) Leichen und Aschen zu anderen als zu Umbettungszwecken wieder auszugraben, bedarf einer behördlichen oder einer richterlichen Anordnung.

§ 12

Außerdienststellung und Entwidmung

- (1) Der Friedhof oder ein Friedhofsteil kann aus wichtigem öffentlichen Grund ganz oder teilweise außer Dienst gestellt oder entwidmet werden. Dasselbe gilt entsprechend für einzelne Grabstätten.
- (2) Durch die Außerdienststellung wird nur die Möglichkeit weiterer Beisetzungen ausgeschlossen; durch die Entwidmung geht außerdem die Eigenschaft als Ruhestätte der Toten verloren.

Jede Außerdienststellung oder Entwidmung nach Abs. 1 Satz 1 und von einzelnen Grabstätten ist öffentlich bekannt zu machen.

- (3) Im Falle der Entwidmung sind die in Einzelgrabstätten Beigesetzten für die restliche Ruhezeit, die in Doppelgrabstätten Beigesetzten für die restliche Nutzungszeit auf Kosten der Gemeinde Wahlitz in andere Grabstätten umzubetten.

Im Falle der Außerdienststellung gilt Satz 1 entsprechend, soweit Umbettungen erforderlich werden. Der Umbettungstermin soll möglichst einem Angehörigen des Verstorbenen **einen Monat vorher** mitgeteilt werden.

- (4) Alle Ersatzgrabstätten nach Abs. 3 sind von der Gemeinde Wahlitz kostenfrei in ähnlicher Weise wie die außer Dienst gestellten oder entwidmeten Grabstätten herzurichten.
- (5) Die Schließung eines Teiles des Friedhofes kann nur nach Ablauf der Ruhefrist des zuletzt Bestatteten erfolgen. Damit erlöschen alle Nutzungsrechte ohne Anspruch auf Ersatz gezahlter Gebühren.

§ 13 Särge und Urnen

- (1) Särge für Erwachsene sollen im Allgemeinen nicht länger als 2,10 m, im Mittelmaß nicht breiter als 0,70 und am Kopfende einschließlich der Sargfüße nicht höher als 0,80 m sein.
- (2) Die Särge müssen fest gefügt und so abgedichtet werden, dass jedes Durchsickern von Feuchtigkeit ausgeschlossen ist. Särge, Sargausstattungen und Sargabdichtungen dürfen nicht aus Kunststoffen oder sonst schwer verrottbaren Materialien bestehen.
- (3) Die Urnenkapsel muss aus zersetzbarem Material sein, die Überurne bei unterirdischen Aschenbeisetzungen ebenfalls. Bei oberirdischen Aschenbeisetzungen sind Urnen aus Kunststoff nicht zulässig.

§ 14 Vergabebestimmungen für Grabstätten

- (1) Auf dem Friedhof stehen Einzel- und Doppelgrabstätten, Urnengrabstätten sowie eine Rasenfläche zu anonymen Urnenbestattung zur Verfügung.
- (2) Die Grabstätten sind Eigentum des Friedhofsträgers. Das Nutzungsrecht an Grabstätten kann nur nach dieser Friedhofssatzung vergeben werden.
- (3) Rechte an einer Grabstätte werden nur auf Antrag verliehen.
- (4) Aus dem Nutzungsrecht ergibt sich die Verpflichtung zur Anerkennung dieser Satzung sowie zur Anlage und Pflege der Grabstätte.

§ 15 Einzel- und Doppelgrabstätten

- (1) Einzelgrabstätten für Leichen oder Aschen sind Grabstätten, die im Bestattungsfall einzeln nach der Reihe für die Dauer der Ruhezeit vergeben werden.
- (2) Über die Vergabe eines Nutzungsrechts an einer Grabstätte wird eine schriftliche Bestätigung erteilt. In ihr wird die Lage und Dauer der Nutzungszeit angegeben.
- (3) In einer Grabstätte darf bei Erdbestattungen je Stelle nur eine Leiche bestattet werden. In einer mit Sarg belegten Grabstätte können zusätzlich bis zu zwei Urnen beigesetzt werden.
- (4) Bei Ablauf der Nutzungszeit kann das Nutzungsrecht auf Antrag und nur für die gesamte Grabstätte verlängert werden. Überschreitet bei einer Belegung oder Wiederbelegung von Doppelgrabstätten die neu begründete Ruhezeit die laufende Nutzungszeit, so ist das Nutzungsrecht mindestens für die zur Wahrung der Ruhezeit notwendigen Jahre für die gesamte Doppelgrabstätte zu verlängern.
- (5) Eine Verlängerung des Nutzungsrechts für Einzel- oder Doppelgrabstätten ist im Rahmen der Friedhofsplanung möglich.

§ 16 Herrichten und Instandhalten der Grabstätten

- (1) Zur gärtnerischen Anlage und Pflege ist der Nutzungsberechtigte verpflichtet. Er kann die Grabstätte entweder selbst anlegen und pflegen oder einen zugelassenen Friedhofsgärtner damit beauftragen.
- (2) Einzelgrabstätten und Doppelgrabstätten müssen innerhalb von 6 Monaten nach der Bestattung hergerichtet werden. Bei Erwerb eines Nutzungsrechts vor einem Todesfall ist die Grabstätte entsprechend dieser Satzung zu pflegen.
- (3) Wird eine Grabstätte nicht ordnungsgemäß hergerichtet oder gepflegt, hat der Nutzungsberechtigte auf schriftliche Aufforderung der Friedhofsverwaltung die Grabstätte innerhalb einer jeweils festzusetzenden angemessenen Frist in Ordnung zu bringen. Ist der Nutzungsberechtigte nicht bekannt oder nicht ohne weiteres zu ermitteln, genügt eine öffentliche Bekanntmachung und ein 6-wöchiger Hinweis auf der Grabstätte. Bleibt die Aufforderung oder der Hinweis auf der Grabstätte 3 Monate

unbeachtet, kann auf Kosten des Nutzungsberechtigten die Grabstätte abgeräumt und eingeebnet werden.

- (4) Alle Bäume und Sträucher werden mit der Anpflanzung kraft dieser Satzung Eigentum des Friedhofsträgers. Die Friedhofsverwaltung ist berechtigt, auf Kosten des Nutzungsberechtigten stark wuchernde oder absterbende Hecken, Bäume und Sträucher zu beschneiden oder zu beseitigen. Verwelkte Blumen, Kränze usw. sind von der Grabstätte zu entfernen und an den dafür vorgesehenen Plätzen abzulegen.

§ 17

Errichtung und Veränderung von Grabmalen

- (1) Grabmale und bauliche Anlagen dürfen nur nach schriftlicher Genehmigung durch die Friedhofsverwaltung errichtet oder verändert werden.
- (2) Dem Antrag ist eine Beschreibung beizufügen, auf der Angaben über Art der Bearbeitung des Materials, über Abmessung und Form des Steines sowie über Inhalt, Anordnung und Art der Schrift und der Symbole hervorgehen.
- (3) Grabmale dürfen nicht so gestaltet werden, dass sie eine Verunstaltung des Friedhofes bewirken oder Friedhofsbesucher in ihrer Andacht stören können.
- (4) Grabmale und sonstige bauliche Anlagen sind dauernd in ordnungsgemäßigem und verkehrssicherem Zustand zu halten. Verantwortlich ist der jeweils Nutzungsberechtigte.
- (5) Erscheint die Standsicherheit von Grabmalen, sonstigen baulichen Anlagen oder Teilen davon gefährdet, ist der Nutzungsberechtigte verpflichtet, unverzüglich Abhilfe durch zugelassene Bildhauer oder Steinmetze zu schaffen. Bei Nichteinhaltung dieser Bestimmungen haftet der Nutzungsberechtigte für den Schaden.
- (6) Bei Gefahr im Verzuge kann die Friedhofsverwaltung auf Kosten des Nutzungsberechtigten Sicherungsmaßnahmen treffen. Wird der Zustand trotz schriftlicher Anforderung der Friedhofsverwaltung nicht innerhalb einer jeweils festzusetzenden angemessenen Frist beseitigt, ist die Friedhofsverwaltung berechtigt, dieses auf Kosten des Nutzungsberechtigten zu tun oder das Grabmal, die sonstige bauliche Anlage oder Teile davon zu entfernen. Aufbewahrungspflicht besteht nicht. Ist der Nutzungsberechtigte nicht bekannt oder schwer zu ermitteln, genügt eine öffentliche Bekanntmachung und ein vierwöchiger Hinweis auf der Grabstätte. Bei unmittelbarer Gefahr im Verzuge ist der Friedhofsträger berechtigt, ohne vorherige unmittelbare Benachrichtigung des Nutzungsberechtigten geeignete Sicherungsmaßnahmen (Umlegen des Grabmales) zu treffen.
- (7) Auf Grabstätten von Erdbestattungen sind Grabmale bis 1 m Höhe zulässig. Bei Urnenbestattungen dürfen die Grabmale eine Ansichtsfläche bis 0,5 m² haben.

§ 18

Entfernen von Grabmalen

- (1) Nach Ablauf des Nutzungsrechts sind Grabmale und die sonstigen baulichen Anlagen durch den Nutzungsberechtigten zu entfernen. Geschieht dies nicht innerhalb von drei Monaten, ist der Friedhofsträger berechtigt, sie zu entfernen und darüber zu verfügen. Die der Friedhofsverwaltung entstehenden Kosten trägt der Nutzungsberechtigte.
- (2) Vor Ablauf des Nutzungsrechts dürfen Grabmale nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung der Friedhofsverwaltung entfernt werden.

§ 19

Übergang von Nutzungsrechten

- (1) Nutzungsberechtigte ist der/die Angehörige, welche/r die Bestattung veranlasst und die entstehenden Kosten trägt. Das kann auch im Auftrag durch Dritte Personen realisiert werden. In diesem Fall ist die Adresse des Nutzungsberechtigten mit anzugeben.
- (2) Schon bei Verleihung des Nutzungsrechts an einer Doppelgrabstelle soll der/die Erwerber/in für den Fall des eigenen Ablebens einen Nachfolger im Nutzungsrecht bestimmen. Wurde keine derartige Regelung getroffen, geht das Nutzungsrecht in nachstehender Reihenfolge auf die Angehörigen der/des verstorbenen Nutzungsberechtigten über:
 - a) auf den überlebenden Ehegatten (auch dann, wenn Kinder aus einer früheren Ehe vorhanden sind),
 - b) auf die ehelichen, nichtehelichen und Adoptivkinder,
 - c) auf die Stiefkinder,
 - d) auf die Enkel in der Reihenfolge der Berechtigung ihrer Mütter oder Väter,
 - e) auf die Eltern,
 - f) auf die gebürtigen Geschwister,

- g) auf die Stiefgeschwister
- h) auf die nicht unter a) bis g) fallenden Erben.

Innerhalb der einzelnen Gruppen b) bis d) und f) bis h) wird der/die Älteste nutzungsberechtigt. Sind keine Angehörigen der Gruppen a) bis h) vorhanden oder zu ermitteln, so kann das Nutzungsrecht mit Zustimmung der Friedhofsverwaltung auch von einer anderen Person übernommen werden.

- (3) Die Übertragung des Nutzungsrechts wird der/dem Nutzungsberechtigten schriftlich bestätigt. Solange dies nicht geschehen ist, können Bestattungen nicht verlangt werden.

§ 20 Alte Rechte

- (1) Für Grabstätten, über die der Friedhofsträger bei Inkrafttreten dieser Satzung bereits verfügt hat, richtet sich die Nutzungszeit auf die Gestaltung nach den bei der Vergabe gültig gewesenen Vorschriften.
- (2) Nutzungsrechte von unbestimmter Dauer, die vor Inkrafttreten dieser Satzung entstanden sein, werden auf eine Nutzungszeit nach § 10 dieser Satzung seit Erwerb begrenzt. Auf Antrag können dieses rückwirkend von 01.11.2004 verlängert werden.

§ 21 Trauerhalle

- (1) Die Trauerhalle dient der Aufnahme der Leichen bis zur Bestattung. Sie darf nur mit Erlaubnis der Friedhofsverwaltung und in Begleitung eines Angehörigen des Friedhofspersonals betreten werden.
- (2) Sofern keine gesundheitsaufsichtlichen oder sonstigen Bedenken bestehen, können die Angehörigen die/den Verstorbene/n während der festgesetzten Zeiten sehen. Der Sarg ist spätestens eine halbe Stunde vor Beginn der Trauerfeier oder Beisetzung endgültig zu schließen.
- (3) Für die Aufnahme von Särgen der an meldepflichtigen Krankheiten Verstorbenen ist die Zustimmung des Amtsarztes in Absprache mit der Friedhofsverwaltung erforderlich.

§ 22 Trauerfeiern

- (1) Die Trauerfeiern können in einem dafür bestimmten Raum, am Grabe oder an einer anderen im Freien vorgesehenen Stelle abgehalten werden.
- (2) Die Aufbewahrung des/der Verstorbenen in der Trauerhalle kann untersagt werden, wenn der/die Verstorbene an einer meldepflichtigen übertragbaren Krankheit gelitten hat oder Bedenken wegen des Zustandes der Leiche bestehen.
- (3) Die Trauerfeiern sollen jeweils nicht länger als 30 Minuten dauern. Ausnahmen bedürfen der Zustimmung der Friedhofsverwaltung.
- (4) Jede Musik- und Gesangsdarbietung auf dem Friedhof bedarf einer vorherigen Zustimmung der Friedhofsverwaltung.

§ 23 Haftung

Die Gemeinde Wahlitz haftet nicht für Schaden, die durch nichtsatzungsgemäße Benutzung des Friedhofes, seiner Anlagen und seiner Einrichtungen, durch dritte Personen oder durch Tiere entstehen.

§ 24 Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig im Sinne des § 6 Abs. 7 GO LSA handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig
 - a) entgegen § 4 Abs. 1 sich nicht entsprechend der Würde des Ortes verhält oder die Anordnungen der mit der Aufsicht beauftragten Personen nicht befolgt,
 - b) entgegen § 4 Abs. 4 Buchstabe a die Wege mit Fahrzeugen befährt, ausgenommen Kinderwagen und Rollstühle sowie Fahrzeuge der für den Friedhof zugelassenen Gewerbetreibenden,
 - c) entgegen § 4 Abs. 4 Buchstabe b Waren, insbesondere Blumen oder Kränze oder gewerbliche Dienste anbietet oder dafür wirbt,
 - d) entgegen § 4 Abs. 4 Buchstabe c an Sonn- und Feiertagen oder an Werktagen in der Nähe einer Bestattung störende Arbeiten durchführt,
 - e) entgegen § 4 Abs. 4 Buchstabe d gewerbsmäßig ohne Genehmigung fotografiert,

- f) entgegen § 4 Abs. 4 Buchstabe e Druckschriften ohne Genehmigung verteilt,
- g) entgegen § 4 Abs. 4 Buchstabe f verrottbare Abfälle außerhalb des dafür bestimmten Platzes ablegt oder unverrottbare Abfälle deponiert,
- h) entgegen § 4 Abs. 4 Buchstabe g den Friedhof oder seine Einrichtungen oder Anlagen verunreinigt oder beschädigt, Einfriedungen oder hecken übersteigt oder Rasenflächen, Grabstätten oder Grabeinfassungen unberechtigt betritt,
- i) entgegen § 4 Abs. 4 Buchstabe h lärmt oder spielt,
- j) entgegen § 4 Abs. 4 Buchstabe i Hunde ohne Leine laufen lässt oder Verschmutzungen nicht beseitigt oder
- k) entgegen § 4 Abs. 4 Buchstabe j Ansprachen oder musikalische Darbietungen außerhalb von Bestattungen ohne Genehmigung hält.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 2.500,00 € geahndet werden.

§ 25 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Friedhofsordnung der evangelischen Kirchengemeinde Wahlitz vom 19.04.2000 außer Kraft.

Wahlitz, den 28.10.2004

(Siegel)

gez. Rauls
Bürgermeister

514

Gemeinde Wahlitz
Der Bürgermeister

Satzung über die Gebühren für die Nutzung des Friedhofs (Friedhofsgebührensatzung)

Auf Grund des § 6 Abs. 1 Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt (GO LSA) vom 05.10.1993 (GVBl. LSA S. 568), in der zuletzt geltenden Fassung und des Kommunalabgabengesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KAG-LSA) §§ 1, 2 und 5 in der Fassung der Bekanntmachung vom 13.12.1996 (GVBl. LSA S. 405) sowie der zuletzt geltenden Fassung hat der Gemeinderat in seiner Sitzung am 28. Oktober 2004 folgende Friedhofsgebührensatzung beschlossen.

§ 1 Gebühren

- (1) Für die Kosten der Unterhaltung und Verwaltung des Friedhofes in Wahlitz einschließlich der Friedhofskapelle werden nachstehende Gebühren erhoben.
- (2) Für besondere zusätzliche Leistungen, die in dem Gebührentarif nicht vorgesehen sind, setzt die Friedhofsverwaltung die Entschädigung im Einzelfall nach dem tatsächlichen Aufwand fest.
- (3) Die Gebührensätze werden wie folgt festgesetzt:

A) Grabstättengebühren

1. Erdbestattungen	Grabstätte	Verwaltungs- und Unterhaltungsaufwand	Betrag gesamt
	in €	in €	in €
Einzelgrab	85,00	50,00	135,00
Doppelgrab	170,00	100,00	270,00
Kindergrab	50,00	30,00	80,00

2. Urnenbestattungen

Urne im Urnengrab	50,00	30,00	80,00
2. Urne im Urnengrab	30,00	20,00	50,00
Urne im Einzelgrab	30,00	20,00	50,00
Urne im Doppelgrab	30,00	20,00	50,00
Urne auf Rasenfläche	50,00	50,00	100,00

3. Verlängerung Nutzungsrecht			
Erdbestattungen je Grabstelle und Jahr			20,00
Urnenbestattungen je Grabstelle und Jahr			15,00

B) Sonstige Gebühren

Benutzung der Trauerhalle			40,00
Genehmigung zur Errichtung oder Veränderung eines Grabmals		5 % des Rechnungsbetrages	
	mindesten		25,00
	höchstens		150,00

Umbettungen

Die Kosten der Umbettung, die bei Leichen von einer Spezialfirma und bei Urnen vom Friedhofspersonal durchgeführt wird, trägt der Veranlasser.

a) Ausgrabungen einer Urne aus dem Urnengrab	61,00
b) Ausgrabungen einer Urne aus einem Erdgrab	82,00
c) bei Wiederbestattung auf dem Friedhof	65,00

Einebnungen

a) Einzelgrabstätte	31,00
b) Doppelgrabstätte	46,00
c) je weitere Stelle einer Grabstätte	20,00
d) Urnengräber	20,00

C) Verwaltungsgebühr bei Nutzungsrechtsverlängerung, Einebnungen, Nachforschungsaufträgen	10,00
Genehmigung der Umbettung von Leichen	92,00

§ 2 Veranlagung

- (1) Gebührenpflichtig ist derjenige, auf dessen Veranlassung die Friedhofsverwaltung tätig wird.
- (2) Die Gebühren werden zu den in den Gebührenbescheiden genannten Punkten fällig und sind daher zu diesem Zeitpunkt zu entrichten.
- (3) Gegen den Gebührenbescheid ist der Widerspruch zulässig, durch diesen entfällt jedoch nicht die Verpflichtung zur Zahlung der Gebühren. Der Widerspruch hat keine aufschiebende Wirkung.

§ 3 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt mit dem Tage der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft. Mit gleichem Tage tritt die Gebührenordnung der evangelischen Kirche Wahlitz vom 19.04.2000 außer Kraft.

Wahlitz, den 28.10.2004

(Siegel)

gez. Rauls
Bürgermeister

515

Zweite Nachtragshaushaltssatzung und Bekanntmachung der zweiten Nachtragshaushaltssatzung 2004 der Gemeinde Biederitz

1. Zweite Nachtragshaushaltssatzung 2004 der Gemeinde Biederitz

Auf Grund des § 95 der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt in der jetzt gültigen Fassung hat der Gemeinderat Biederitz in der Sitzung am 26.10.2004 folgende **2. Nachtragshaushaltssatzung** für das Haushaltsjahr 2004 beschlossen:

§ 1

Mit dem Nachtragshaushaltsplan werden

	erhöht um	vermindert um	und damit der Gesamtbetrag des Haushaltsplanes	
			gegenüber bisher	nunmehr festgesetzt auf
	€	€	€	€
a) im Verwaltungshaushalt				
die Einnahmen	389.600	395.700	4.615.400	4.609.300
die Ausgaben	201.600	207.700	4.615.400	4.609.300
b) im Vermögenshaushalt				
die Einnahmen	274.000	227.600	1.825.200	1.871.600
die Ausgaben	532.900	486.500	1.825.200	1.871.600

§ 2

Kredite für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen werden nicht veranschlagt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird gegenüber der bisherigen Festsetzung in Höhe von **Euro 310.000 um 210.000 vermindert** und damit auf **100.000 €** neu festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag, bis zu dem Kassenkredite im Haushaltsjahr zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird gegenüber dem bisherigen Höchstbetrag nicht verändert.

§ 5

Die Steuersätze (Hebesätze) für die Realsteuern werden nicht verändert.

Biederitz, 2004-10-26

gez. Dr. Sanftenberg
Bürgermeister

(Siegel)

2. Bekanntmachung der zweiten Nachtragshaushaltssatzung 2004 der Gemeinde Biederitz

Die vorstehende 2. Nachtragshaushaltssatzung der Gemeinde Biederitz für das Haushaltsjahr 2004 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Die Kommunalaufsicht des Landkreises Jerichower Land hat die 2. Nachtragshaushaltssatzung und den 2. Nachtragshaushaltsplan 2004 der Gemeinde Biederitz mit Schreiben vom 29.11.2004, Aktenzeichen 15 02 60-2/ 2004, zur Kenntnis genommen.

Die 2. Nachtragshaushaltssatzung und der Nachtragshaushaltsplan liegen gemäß § 94 Abs. 3 GO LSA

vom 30.12.2004 bis 17.01.2005

zur Einsichtnahme in der VGem Biederitz, Fachbereich 2, Zimmer 43, 39175 Heyrothsberge, Berliner Straße 25, aus.

Heyrothsberge, den 20.12.2004

Im Auftrag

gez. Jantz
Leiterin Fachbereich 1

516

Satzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen in der Gemeinde Gübs

Aufgrund des § 132 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 27.08.1997 (BGBl. I S. 2141) in Verbindung mit § 6 der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt vom 05.10.1993 (GVBl. S. 568), in den jeweils zurzeit geltenden Fassungen, hat der Rat der Gemeinde Gübs in seiner Sitzung vom 13.12.2004 folgende Satzung beschlossen:

§ 1 Erhebung des Erschließungsbeitrages

Zur Deckung ihres anderweitig nicht gedeckten Aufwandes für Erschließungsanlagen erhebt die Gemeinde Gübs entsprechend den Vorschriften des Baugesetzbuches Erschließungsbeiträge nach Maßgabe dieser Satzung.

§ 2 Art der Erschließungsanlagen

Erschließungsanlagen sind:

- (1) Die zum Anbau bestimmten oder die für entsprechend den baurechtlichen Vorschriften gewerblich zu nutzenden Flächen erforderlichen öffentlichen Straßen, Wege und Plätze;
- (2) die öffentlichen aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen mit Kraftfahrzeugen nicht befahrbaren Verkehrsanlagen innerhalb der Baugebiete (z. B. Fußwege, Wohnwege);
- (3) die zur Erschließung der Baugebiete notwendigen Sammelstraßen;
- (4) öffentliche Parkflächen für Fahrzeuge aller Art sowie Grünanlagen mit Ausnahme von Kinderspielflächen, soweit sie Bestandteil der in den Absätzen 1 bis 3 genannten Verkehrsanlagen oder nach städtebaulichen Grundsätzen innerhalb der Baugebiete zu deren Erschließung notwendig sind;
- (5) Anlagen zum Schutz von Baugebieten gegen schädliche Umwelteinwirkungen i. S. des Bundes-Immissionsschutzgesetzes, auch wenn sie nicht Bestandteil der Erschließungsanlagen sind.

§ 3 Umfang der Erschließungsanlagen

- (1) Beitragsfähig ist der Erschließungsaufwand für
 1. Straßen, Wege und Plätze zur Erschließung von Grundstücken in Baugebieten (Anlagen nach § 127 Abs. 2 Nr. 1 BauGB) mit einer zulässigen Bebauung von
 - a) bis zu zwei Geschossen bis zu einer Breite von 18 m,
 - b) über zwei Geschossen bis zu vier Geschossen bis zu einer Breite von 24 m,
 - c) über vier Geschossen bis zu einer Breite von 32 m,
 wenn sie beidseitig zum Anbau bestimmt sind;
 2. Straßen, Wege und Plätze zur Erschließung von Grundstücken in Baugebieten (Anlagen nach § 127 Abs. 2 Nr. 1 BauGB) mit einer zulässigen Bebauung von
 - a) bis zu zwei Geschossen bis zu einer Breite von 12 m,
 - b) über zwei Geschossen bis zu vier Geschossen bis zu einer Breite von 18 m,

- c) über vier Geschossen bis zu einer Breite von 24 m, wenn sie einseitig zum Anbau bestimmt sind;
 - 3. Straßen, Wege und Plätze im Kerngebiet, im Gewerbegebiet und im Industriegebiet (Anlagen nach § 127 Abs. 2 Nr. 1 BauGB) bis zu einer Breite von 24 m, wenn sie beidseitig und bis zu 18 m, wenn sie einseitig zum Anbau oder zur gewerblichen Nutzung bestimmt sind;
 - 4. Fußwege und Wohnwege (Anlagen nach § 127 Abs. 2 Nr. 2 BauGB) bis zu einer Breite von 5 m;
 - 5. Sammelstraßen (§ 127 Abs. 2 Nr. 3 BauGB) bis zu einer Breite von 21 m;
 - 6. Parkflächen und Grünanlagen, soweit sie zu Verkehrsanlagen im Sinne von Nr. 1 bis 3 und Nr. 5 gehören, bis zu einer Breite von 5 m und Grünanlagen bei Anlagen nach Nr. 4 bis zu einer Breite von 2 m;
 - 7. Parkflächen und Grünanlagen soweit sie nicht Bestandteil der in Nr. 1 bis 5 genannten Verkehrsanlagen sind, aber nach städtebaulichen Grundsätzen innerhalb der Baugebiete zu deren Erschließung notwendig sind, bis zu 20 v. H. der Summe der Grundstücksflächen der durch sie erschlossenen Grundstücke;
 - 8. Der Umfang von Anlagen nach § 2 Ziff. 5 wird durch eine ergänzende Satzung im Einzelfall geregelt.
- (2) Die in Abs. 1 Nr. 1 bis 3 und Nr. 5 genannten Breiten umfassen Fahr- und Standspuren, Moped-, Rad- und Gehwege, Schrammborde und Sicherheitsstreifen, nicht dagegen eventuelle Parkflächen und Grünanlagen.
 - (3) Die in Abs. 1 Nr. 4 genannte Breite umfasst nicht eventuelle Grünanlagen.
 - (4) Die in Abs. 1 genannten Breiten sind die Durchschnittsbreiten; sie werden ermittelt, indem die Fläche der gesamten Erschließungsanlage durch die Länge der Anlagenachse geteilt wird.
 - (5) Die in Abs. 1 genannten Breiten umfassen nicht die zu den Erschließungsanlagen gehörenden und zu ihrer Herstellung notwendigen Böschungen und Stützmauern sowie die Fahrbahnen der Ortsdurchfahrten von Bundes-, Landes- und Kreisstraßen in der Breite ihrer anschließenden freien Strecken.
 - (6) Ergeben sich aus der Nutzung der Grundstücke im Sinne von Abs. 1 unterschiedliche Breiten, so ist der Aufwand für die größte Breite beitragsfähig.
 - (7) Endet eine Straße mit einem Wendehammer, so vergrößern sich die in Abs. 1 bestimmten Breiten für den Bereich des Wendehammers um 50 v. H., mindestens aber um 8 m.

§ 4

Ermittlung des beitragsfähigen Erschließungsaufwandes

- (1) Zum beitragsfähigen Erschließungsaufwand gehören die Kosten für
 - 1. den Erwerb der Flächen für Erschließungsanlagen,
 - 2. die Freilegung,
 - 3. die erstmalige Herstellung des Straßenkörpers einschließlich des Unterbaues, der Befestigung der Oberfläche sowie notwendige Erhöhungen oder Vertiefungen,
 - 4. die Herstellung der Rinnen sowie der Randsteine,
 - 5. die Radfahrwege mit Schutzstreifen,
 - 6. die Mopedwege,
 - 7. die Gehwege,
 - 8. die Beleuchtungseinrichtungen,
 - 9. die Entwässerung der Erschließungsanlagen,
 - 10. die Herstellung von Böschungen, Schutz- und Stützmauern,
 - 11. den Anschluss an andere Erschließungsanlagen,
 - 12. die Übernahme von Anlagen als gemeindliche Erschließungsanlagen,
 - 13. die erstmalige Herstellung von Parkflächen,
 - 14. die Herrichtung der Grünanlagen,
 - 15. Anlagen zum Schutze von Baugebieten gegen Schall und Umwelteinwirkungen i. S. des Bundes-Immissionsschutzgesetzes.
- (2) Der beitragsfähige Erschließungsaufwand umfasst auch

1. den Wert der von der Gemeinde aus ihrem Vermögen bereitgestellten Flächen im Zeitpunkt der Bereitstellung,
 2. diejenigen Kosten, die für Fahrbahnen der Ortsdurchfahrten klassifizierter Straßen (Bundesfernstraßen, Landesstraßen und Kreisstraßen) insoweit entstehen, als sie gegenüber ihren anschließenden freien Strecken breiter hergestellt werden.
- (3) Zu den Kosten für den Erwerb der Flächen für Erschließungsanlagen gehört im Falle einer erschließungsbeitragspflichtigen Zuteilung i. S. des § 57 S. 4 BauGB und des § 58 Abs. 1 S. 1 BauGB auch der Wert nach § 68 Abs. 1 Nr. 4 BauGB.
- (4) Der beitragsfähige Aufwand wird nach den tatsächlich entstandenen Kosten ermittelt.

§ 5 Art der Ermittlung des beitragsfähigen Erschließungsaufwandes

Der beitragsfähige Erschließungsaufwand kann für die einzelne Erschließungsanlage oder für bestimmte Abschnitte einer Erschließungsanlage ermittelt werden. Für mehrere Erschließungsanlagen, die zur Erschließung von Grundstücken eine Einheit bilden, kann der Erschließungsaufwand insgesamt ermittelt werden.

§ 6 Anteil der Gemeinde am beitragsfähigen Erschließungsaufwand

Von dem ermittelten beitragsfähigen Erschließungsaufwand trägt die Gemeinde 20 v. H.

§ 7 Grundstück

- (1) Grundstück im Sinne dieser Satzung ist grundsätzlich das Grundstück im bürgerlich-rechtlichen Sinne.
- (2) Ist ein vermessenes und im Grundbuch eingetragenes bürgerlich-rechtliches Grundstück nicht vorhanden, so gilt die von dem Beitragspflichtigen zusammenhängend genutzte Fläche als Grundstück. Der Beitragspflichtige ist in diesem Fall verpflichtet, die Grundstücksgröße nachprüfbar, insbesondere durch amtliche Dokumente, nachzuweisen.

§ 8 Verteilung des beitragsfähigen Erschließungsaufwandes

- (1) Der nach § 4 ermittelte Erschließungsaufwand wird nach Abzug des Anteiles der Gemeinde (§ 6) auf die durch die einzelne Erschließungsanlage, durch bestimmte Abschnitte einer Erschließungsanlage oder im Falle der zusammengefassten Aufwandsermittlung durch die eine Erschließungseinheit bildenden Erschließungsanlagen erschlossenen Grundstücke unter Berücksichtigung der nachfolgenden Absätze nach dem Verhältnis verteilt, in dem die Grundstücksflächen zueinander stehen.
- (2) Als Grundstücksfläche gilt bei Grundstücken,
 1. die im Bereich eines Bebauungsplanes liegen, die gesamte Fläche, wenn für das Grundstück im Bebauungsplan bauliche oder gewerbliche Nutzung festgesetzt ist;
 2. die über die Grenzen des Bebauungsplanes hinausreichen, die Fläche im Bereich des Bebauungsplanes, wenn für diese darin bauliche oder gewerbliche Nutzung festgesetzt ist;
 3. die im Bereich einer Satzung nach § 34 Abs. 4 BauGB oder § 7 BauGB-MaßnahmenG liegen, und bei Grundstücken, die über die Grenzen einer solchen Satzung hinausreichen, die Fläche im Satzungsbereich;
 4. für die kein Bebauungsplan und keine Satzung nach § 34 Abs. 4 BauGB besteht und die nicht unter Nr. 6 fallen,
 - a) wenn sie insgesamt innerhalb des im Zusammenhang bebauten Ortsteiles (§ 34 BauGB) liegen, die Gesamtfläche des Grundstückes,
 - b) wenn sie mit ihrer Fläche teilweise im Innenbereich (§ 34 BauGB) und teilweise im Außenbereich (§ 35 BauGB) liegen, die Fläche zwischen der öffentlichen Einrichtung und einer Linie, die in einem gleichmäßigen Abstand von 50 m zu ihr verläuft;

- bei Grundstücken, die nicht an die öffentliche Einrichtung angrenzen oder lediglich durch einen zum Grundstück gehörenden Weg mit ihr verbunden sind, die Fläche zwischen der der öffentlichen Einrichtung zugewandten Grundstücksseite und einer Linie, die in einem gleichmäßigen Abstand von 50 m zu ihr verläuft;
5. die über die sich nach Nr. 1, Nr. 2 oder Nr. 4 ergebenden Grenzen hinaus bebaut oder gewerblich genutzt sind, die Fläche zwischen der Erschließungsanlage bzw. im Fall von Nr. 4 der der Erschließungsanlage zugewandten Grundstücksseite und einer Linie hierzu, die in dem gleichmäßigen Abstand verläuft, der der übergreifenden oder gewerblichen Nutzung entspricht;
 6. die nicht baulich oder gewerblich, sondern nur in vergleichbarer Weise (z. B. Friedhöfe, Sport- und Festplätze, Freibäder, Dauerkleingärten) nutzbar sind oder innerhalb des im Zusammenhang bebauten Ortsteils so genutzt werden, die Gesamtfläche des Grundstücks.
- (3) Bei den in Abs. 2 Nr. 6 genannten Grundstücken wird nur die Grundstücksfläche nach Abs. 2 berücksichtigt.
Im Übrigen wird bei bebauten oder bebaubaren und bei gewerblich genutzten oder gewerblich nutzbaren Grundstücken zu der nach Abs. 2 festgestellten Grundstücksfläche je Vollgeschoss 25 v. H. der Grundstücksfläche hinzugezählt.
Als Vollgeschoss gelten alle Geschosse, die nach landesrechtlichen Vorschriften Vollgeschosse sind. Ist ein Geschosszahl wegen der Besonderheiten des Bauwerks nicht feststellbar, werden bei gewerblich oder industriell genutzten Grundstücken je angefangene 3,50 m und bei allen in anderer Weise baulich genutzten Grundstücken je angefangene 2,30 m Höhe des Bauwerks als ein Vollgeschoss gerechnet.
- (4) Die nach Abs. 2 und Abs. 3 ermittelte Grundstücksfläche wird vervielfacht
1. mit 0,5, wenn das Grundstück nur in einer der baulichen oder gewerblichen Nutzung vergleichbaren Weise (z. B. Friedhöfe, Sport- und Festplätze, Freibäder, Dauerkleingärten) nutzbar ist oder innerhalb des im Zusammenhang bebauten Ortsteils tatsächlich so genutzt wird,
 2. mit 1,5, wenn das Grundstück innerhalb eines tatsächlich bestehenden (§ 34 BauGB) oder durch Bebauungsplan ausgewiesenen Wohngebietes (§ 3, § 4 und § 4 a BauNVO); Dorfgebietes (§ 5 BauNVO) oder Mischgebiet (§ 6 BauNVO) oder ohne ausdrückliche Gebietsfestsetzung innerhalb eines Bebauungsplangebietes überwiegend gewerblich oder überwiegend in einer der gewerblichen Nutzung ähnlichen Weise (z.B. Verwaltungs-, Schul-, Post- und Bahnhofsgebäude, Praxen für freie Berufe) genutzt wird;
 3. mit 2,0, wenn das Grundstück innerhalb eines tatsächlich bestehenden (§ 34 BauGB) oder durch Bebauungsplan ausgewiesenen Gewerbegebietes (§ 8 BauNVO), Industriegebietes (§ 9 BauNVO) oder Sondergebietes (§ 11 BauNVO) liegt.
 4. Die vorstehenden Regelungen zu Nr. 2 und Nr. 3 gelten nicht für die Abrechnung von selbständigen Grünanlagen.
- (5) Als Zahl der Vollgeschosse nach Abs. 3 S. 2 gilt bei Grundstücken,
1. die im Geltungsbereich eines Bebauungsplanes liegen, die darin festgesetzte höchstzulässige Zahl der Vollgeschosse;
 2. für die im Bebauungsplan statt der Zahl der Vollgeschosse die Höhe der baulichen Anlagen festgesetzt ist, in Gewerbe-, Industrie- und Sondergebieten i. S. von § 11 Abs. 3 BauNVO die durch 3,5 und in allen anderen Baugebieten die durch 2,3 geteilte höchstzulässige Gebäudehöhe auf ganze Zahlen aufgerundet,
 3. für die im Bebauungsplan weder die Zahl der Vollgeschosse noch die Höhe der baulichen Anlagen sondern nur eine Baumassenzahl festgesetzt ist, die durch 3,5 geteilte höchstzulässige Baumassenzahl auf ganze Zahlen aufgerundet,
 4. auf denen nur Garagen oder Stellplätze errichtet werden dürfen, die Zahl von einem Vollgeschoss je Nutzungsebene,
 5. für die im Bebauungsplan gewerbliche Nutzung ohne Bebauung festgesetzt ist, die Zahl von einem Vollgeschoss,
 6. für die im Bebauungsplan industrielle Nutzung ohne Bebauung festgesetzt ist, die Zahl von zwei Vollgeschossen,
 7. für die in einem Bebauungsplan weder die Zahl der Vollgeschosse noch die Höhe der baulichen Anlagen bzw. die Baumassenzahl bestimmt ist, der in der näheren Umgebung überwiegend festgesetzte und/oder tatsächlich vorhandene (§ 34 BauGB) Berechnungswert nach Nr. 1 bis 3;
 8. für die kein Bebauungsplan besteht und die innerhalb des im Zusammenhang bebauten Ortsteiles (§ 34 BauGB) liegen,

- a) bei bebauten Grundstücken die höchste Zahl der tatsächlich vorhandenen Vollgeschosse,
 - b) bei unbebauten Grundstücken die Zahl der in der näheren Umgebung überwiegend vorhandenen Vollgeschosse,
 - c) bei Grundstücken, die mit einem Kirchengebäude bebaut sind, wird das Kirchengebäude als eingeschossiges Gebäude behandelt;
9. auf denen die Zahl der Vollgeschosse nach Nr. 1, Nr. 4 bis Nr. 6 bzw. Nr. 8 oder die Höhe der baulichen Anlagen bzw. die Baumassenzahl nach Nr. 2 bzw. Nr. 3 überschritten wird, die tatsächlich vorhandene Zahl der Vollgeschosse bzw. die sich nach der tatsächlich vorhandenen Bebauung ergebenden Berechnungswerte nach Nr. 2 bzw. Nr. 3.

§ 9

Grundstück an mehreren Erschließungsanlagen

- (1) Grundstücke, die durch mehrere beitragsfähige Erschließungsanlagen i. S. von § 127 Abs. 2 Nr. 1 BauGB erschlossen werden, sind zu jeder Erschließungsanlage beitragspflichtig.
- (2) Werden solche Grundstücke nur für Wohnzwecke genutzt oder sind sie nur für Wohnzwecke bestimmt, so wird die nach § 8 Abs. 3 ermittelte und bei der Verteilung nach § 8 Abs. 1 zu berücksichtigende Grundstücksfläche bei jeder der beitragsfähigen Erschließungsanlagen nur zu 2/3 in Ansatz gebracht. Ist die nach § 8 Abs. 2 festgestellte Grundstücksfläche größer als 900 qm, so beschränkt sich diese Regelung auf die Teilfläche von 900 qm.
- (3) Die vorstehende Regelung gilt nicht, wenn ein Erschließungsbeitrag nur für eine Erschließungsanlage i. S. von § 127 Abs. 2 Nr. 1 BauGB erhoben wird und Erschließungsbeiträge für weitere Anlagen nach geltendem Recht nicht erhoben werden konnten und auch künftig nicht erhoben werden.
- (4) Werden Grundstücke durch Wohnwege (§ 127 Abs. 2 Nr. 2 BauGB) oder durch Grünanlagen (§ 127 Abs. 2 Nr. 4 BauGB) mehrfach erschlossen, so wird die nach § 8 Abs. 3 ermittelte und bei der Verteilung nach § 8 Abs. 1 zu berücksichtigende Grundstücksfläche bei der Abrechnung jedes Wohnweges bzw. jeder Grünanlage nur zu 2/3 in Ansatz gebracht.

§ 10

Kostenspaltung

Ohne Bindung an eine bestimmte Reihenfolge kann der Erschließungsbeitrag erhoben werden für

- 1. den Erwerb der Erschließungsflächen,
- 2. die Freilegung der Erschließungsflächen,
- 3. die Herstellung der Straßen und Wege ohne Rad- und Gehwege sowie ohne Entwässerungs- und Beleuchtungseinrichtungen,
- 4. die Herstellung der Gehwege oder eines von ihnen,
- 5. die Herstellung der Radwege mit Schutzstreifen oder eines von ihnen,
- 6. die Herstellung der Entwässerungseinrichtungen,
- 7. die Herstellung der Beleuchtungseinrichtungen,
- 8. die Herstellung der Parkflächen,
- 9. die Herstellung der Grünanlagen.

§ 11

Merkmale der endgültigen Herstellung von Erschließungsanlagen

- (1) Straßen, Wege und Plätze, Fußwege und Wohnwege sowie Sammelstraßen (Anlagen nach § 127 Abs. 2 Nr. 1 – 3 BauGB) sind endgültig hergestellt, wenn
 - 1. sie an eine dem öffentlichen Verkehr gewidmete Straße angeschlossen sind,
 - 2. die Gemeinde Eigentümerin ihrer Flächen ist,
 - 3. die Beleuchtungs- und Entwässerungseinrichtungen vorhanden sind.
- (2) Dabei sind hergestellt
 - 1. Fahrbahn, Geh- und Radwege sowie Mischflächen (Kombination aus Fahrbahn und Gehweg ohne Abgrenzung untereinander), wenn sie einen tragfähigen Unterbau und eine Decke aus Pflaster, Asphalt, Teer, Beton oder einem ähnlichen Material neuzeitlicher Bauweise aufweisen,

2. die Fußwege und Wohnwege, wenn sie eine Befestigung mit Platten, Pflaster, Asphalt, Teer, Beton oder einem ähnlichen Material neuzeitlicher Bauweise erhalten haben,
 3. die Entwässerungsanlagen, wenn die Straßenrinnen, die Straßeneinläufe und die zur Ableitung des Straßenoberflächenwassers erforderlichen Einrichtungen betriebsfertig hergestellt sind,
 4. die Beleuchtungseinrichtungen, wenn eine der Größe der Anlagen und den örtlichen Verhältnissen angepasste Anzahl von Beleuchtungskörpern hergestellt ist.
- (3) Park- und Grünflächen sind endgültig hergestellt, wenn sie eine Verbindung zum öffentlichen Straßennetz haben, die Gemeinde Eigentümerin ihrer Flächen ist und
1. die Parkflächen die in Abs. 2 Nr. 1, 3 und 4 aufgeführten Herstellungsmerkmale aufweisen,
 2. die Grünflächen gärtnerisch gestaltet sind.
- (4) Durch Sondersatzung können im Einzelfall die Bestandteile und Herstellungsmerkmale einer Erschließungsanlage abweichend von Abs. 1 – 3 festgelegt werden.

§ 12 Entstehung der Beitragspflicht

- (1) Die Beitragspflicht entsteht mit der endgültigen Herstellung der Erschließungsanlage (§ 133 Abs. 2 BauGB).
- (2) In den Fällen einer Kostenspaltung entsteht die Beitragspflicht mit Abschluss der Maßnahme, deren Aufwand durch den Teilbetrag gedeckt werden soll, frühestens jedoch mit dem Ausspruch der Kostenspaltung.
- (3) Bei der Abrechnung von bestimmten Abschnitten einer Erschließungsanlage entsteht die Beitragspflicht mit der endgültigen Herstellung der Abschnittsmaßnahme, frühestens jedoch mit dem Abschnittsbildungsbeschluss.

§ 13 Immissionsschutzanlagen

Art, Umfang und Herstellungsmerkmale von Anlagen gemäß § 2 Abs. 5 werden durch eine ergänzende Satzung im Einzelfall geregelt.

§ 14 Vorausleistungen auf den Erschließungsbeitrag

- (1) Für ein Grundstück, für das eine Beitragspflicht noch nicht oder nicht in vollem Umfang entstanden ist, kann die Gemeinde Vorausleistungen auf den Erschließungsbeitrag bis zur Höhe des voraussichtlichen endgültigen Erschließungsbeitrages verlangen, wenn ein Bauvorhaben auf dem Grundstück genehmigt wird oder wenn mit der Herstellung der Erschließungsanlagen begonnen worden ist und die endgültige Herstellung der Erschließungsanlage innerhalb von vier Jahren zu erwarten ist.
- (2) Die Vorausleistung ist mit der endgültigen Beitragsschuld zu verrechnen, auch wenn der Vorausleistende nicht beitragspflichtig ist.

§ 15 Ablösung des Erschließungsbeitrages

In Fällen, in denen die Beitragspflicht noch nicht entstanden ist, kann die Ablösung durch Vertrag vereinbart werden.

Zur Feststellung des Ablösungsbetrages ist der für die endgültige Herstellung der Erschließungsanlage entstehende Erschließungsaufwand anhand der Kosten für vergleichbare Erschließungsanlagen zu ermitteln und nach Maßgabe der §§ 8 und 9 auf die durch die Erschließungsanlage erschlossenen Grundstücke zu verteilen.

Durch Zahlung des Ablösungsbetrages wird die Beitragspflicht endgültig abgegolten.

§ 16 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Gübs, den 13.12.2004

gez. Latz
Bürgermeister

(Siegel)

517

Entschädigungssatzung der Gemeinde Zabakuck

Aufgrund der §§ 6 und 33 der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt (GO LSA) vom 05.10.1993 (GVBl. LSA S. 568), in der derzeit geltenden Fassung beschließt der Gemeinderat der Gemeinde Zabakuck in seiner Sitzung am 16.12.2004 folgende Entschädigungssatzung:

§ 1

Auslagenersatz und Aufwandsentschädigung

- (1) Gemäß § 33 GO-LSA haben ehrenamtlich Tätige Anspruch auf Ersatz ihrer Auslagen und ihres Verdienstausfalles.
- (2) Daneben erhalten ehrenamtlich tätige Bürger im Gemeinderat und der Freiwilligen Feuerwehr der Gemeinde eine Aufwandsentschädigung.

§ 2

Aufwandsentschädigung für Mitglieder des Gemeinderates

- (1) Die Mitglieder des Gemeinderates erhalten als pauschale Abgeltung ihres Aufwandes eine Aufwandsentschädigung von monatlich 26,00 €.
- (2) Entsteht oder entfällt der Anspruch während des Kalendermonats, so wird die Aufwandsentschädigung für jeden Tag, an dem kein Anspruch besteht, um ein Dreißigstel gekürzt.
- (3) Die Aufwandsentschädigung entfällt, wenn das Gemeinderatsmitglied ununterbrochen länger als 3 Monate verhindert ist, sein Mandat auszuüben.

§ 3

Aufwandsentschädigung für den ehrenamtlichen Bürgermeister

- (1) Der ehrenamtliche Bürgermeister erhält als Aufwandsentschädigung einen monatlichen Pauschalbetrag in Höhe von 358,00 €.
- (2) Im Falle der Verhinderung des ehrenamtlichen Bürgermeisters für einen zusammenhängenden Zeitraum von mehr als zwei Wochen erhält der vom Gemeinderat gewählte allgemeine Stellvertreter (§ 64 GO LSA) ab diesem Zeitpunkt eine Aufwandsentschädigung in der Höhe nach Absatz 1.
- (3) Die Regelung nach § 2 Absatz 2 gilt entsprechend.

§ 4

Aufwandsentschädigung ehrenamtlich Tätiger in der Freiwilligen Feuerwehr

- (1) Der ehrenamtliche Wehrleiter der Freiwilligen Feuerwehr erhält als pauschale Abgeltung seines Aufwandes eine Aufwandsentschädigung von monatlich 50,00 €.
- (2) Der stellvertretende Wehrleiter als organisatorischer Leiter für den Bereich Aus -und Weiterbildung erhält als pauschale Abgeltung seines Aufwandes eine Aufwandsentschädigung von monatlich 25,00 €.
- (3) Der Gerätewart erhält als pauschale Abgeltung seines Aufwandes eine Aufwandsentschädigung von monatlich 25,00 €.

§ 5

Fälligkeit der Aufwandsentschädigung und des Sitzungsgeldes

- (1) Die Aufwandsentschädigung des ehrenamtlichen Bürgermeisters, des Gemeinderates und der ehrenamtlichen Tätigen der Freiwilligen Feuerwehr wird zum ersten eines Monats im Voraus gezahlt.

§ 6

Erstattung der Fahrtkosten

Dem Personenkreis nach § 1 ist für Dienstreisen Reisekostenvergütung nach dem Bundesreisekostengesetz (BRKG) zu gewähren.

§ 7 Entgangener Arbeitsverdienst

- (1) Neben der Aufwandsentschädigung besteht Anspruch auf Ersatz des Verdienstaufalles. Nichtselbständigen wird der tatsächlich entstandene und nachgewiesene Verdienstaufall ersetzt.
- (2) Selbständigen, Hausfrauen usw. wird der Verdienstaufall in Form eines pauschalen Durchschnitts- bzw. Stundensatz ersetzt. Dieser darf 13,00 € nicht überschreiten.
- (3) Der auf den entgangenen Arbeitsverdienst entfallende Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung wird erstattet, soweit dieser zu Lasten des Entschädigungsberechtigten an den Sozialversicherungsträger abgeführt wird.

§ 8 Inkrafttreten

Die Entschädigungssatzung tritt am 01.01.2005 in Kraft.
Gleichzeitig tritt die Neufassung der Entschädigungssatzung vom 07.12.2000 der Gemeinde Zabakuck außer Kraft.

Zabakuck, den 20.12.2004

Bellin
Bürgermeister

518

1. Satzung zur Änderung der Entschädigungssatzung der Gemeinde Karow

Aufgrund der §§ 6 und 33 der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt (GO LSA) vom 05.10.1993 (GVBl. LSA S. 568) in der derzeit geltenden Fassung wird folgende 1. Satzung zur Änderung der Entschädigungssatzung der Gemeinde Karow erlassen:

§ 1

Der § 1 Satz 1 der Entschädigungssatzung der Gemeinde Karow vom 01.07.1994 wird wie folgt geändert:

Entschädigung und Auslagenersatz

- (1) Der ehrenamtliche Bürgermeister erhält monatlich eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 900,00 DM (460,16 €).
Das Sitzungsgeld entfällt.

§ 2

Die 1. Satzung zur Änderung der Entschädigungssatzung der Gemeinde Karow tritt rückwirkend zum 01.04.1996 in Kraft.

Franke
Bürgermeister

(Siegel)

519

2. Satzung zur Änderung der Entschädigungssatzung der Gemeinde Kade

Aufgrund der §§ 6 und 33 der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt (GO LSA) vom 05.10.1993 (GVBl. LSA S. 568) in der derzeit geltenden Fassung wird folgende 2. Satzung zur Änderung der Entschädigungssatzung der Gemeinde Kade erlassen:

§ 1

Der § 2 Satz 4 der Entschädigungssatzung der Gemeinde Kade vom 07.09.2000 wird wie folgt geändert:

Aufwandsentschädigung Sitzungsgeld für Mitglieder des Gemeinderates

- (4) Für die Teilnahme an den Sitzungen des Gemeinderates und dessen Ausschüsse erhalten die Mitglieder des Gemeinderates ein Sitzungsgeld von 20,00 DM (10,22 €).

§ 2

Die 2. Satzung zur Änderung der Entschädigungssatzung der Gemeinde Kade tritt rückwirkend zum 05.10.2000 in Kraft.

Beier
Bürgermeister

(Siegel)

520

3. Satzung zur Änderung der Entschädigungssatzung der Gemeinde Demsin

Aufgrund der §§ 6 und 33 der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt (GO LSA) vom 05.10.1993 (GVBl. LSA S. 568) in der derzeit geltenden Fassung wird folgende 3. Satzung zur Änderung der Entschädigungssatzung der Gemeinde Demsin erlassen:

§ 1

Der § 1 Satz 1 der Entschädigungssatzung der Gemeinde Demsin vom 05.10.1995 wird wie folgt geändert:

Entschädigung und Auslagenersatz

- (2) Der ehrenamtliche Bürgermeister erhält monatlich eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 1000,00 DM (511,29 €).

§ 2

Die 3. Satzung zur Änderung der Entschädigungssatzung der Gemeinde Demsin tritt rückwirkend zum 01.04.1996 in Kraft.

Staschull
Bürgermeister

(Siegel)

521

1. Satzung zur Änderung der Entschädigungssatzung der Gemeinde Brettin

Aufgrund der §§ 6 und 33 der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt (GO LSA) vom 05.10.1993 (GVBl. LSA S. 568) in der derzeit geltenden Fassung wird folgende 1. Satzung zur Änderung der Entschädigungssatzung der Gemeinde Brettin erlassen:

§ 1

Der § 2 Satz 4 der Entschädigungssatzung der Gemeinde Brettin vom 22.08.2001 wird wie folgt geändert:

Aufwandsentschädigung Sitzungsgeld für Mitglieder des Gemeinderates

- (5) Für die Teilnahme an den Sitzungen des Gemeinderates und dessen Ausschüsse erhalten die Mitglieder des Gemeinderates ein Sitzungsgeld von 25,00 DM (12,78 €).

§ 2

Die 1. Satzung zur Änderung der Entschädigungssatzung der Gemeinde Brettin tritt rückwirkend zum 01.07.2001 in Kraft.

Pamperin
Bürgermeister

(Siegel)

522

Entschädigungssatzung der Gemeinde Brettin

Aufgrund der §§ 6 und 33 der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt (GO LSA) vom 05.10.1993 (GVBl. LSA S. 568), in der derzeit geltenden Fassung beschließt der Gemeinderat der Gemeinde Brettin in seiner Sitzung am 02.12.2004 folgende Entschädigungssatzung:

§ 1

Auslagenersatz und Aufwandsentschädigung

- (1) Gemäß § 33 GO-LSA haben ehrenamtlich Tätige Anspruch auf Ersatz ihrer Auslagen und ihres Verdienstaufhalles.
- (2) Daneben erhalten ehrenamtlich tätige Bürger im Gemeinderat und der Freiwilligen Feuerwehr der Gemeinde eine Aufwandsentschädigung.

§ 2

Aufwandsentschädigung und Sitzungsgeld für Mitglieder des Gemeinderates

- (1) Die Mitglieder des Gemeinderates erhalten als pauschale Abgeltung ihres Aufwandes eine Aufwandsentschädigung von monatlich 21,00 €.
- (2) Entsteht oder entfällt der Anspruch während des Kalendermonats, so wird die Aufwandsentschädigung für jeden Tag, an dem kein Anspruch besteht, um ein Dreißigstel gekürzt.
- (3) Die Aufwandsentschädigung entfällt, wenn das Gemeinderatsmitglied ununterbrochen länger als 3 Monate verhindert ist, sein Mandat auszuüben.
- (4) Für die Teilnahme an den Sitzungen des Gemeinderates und dessen Ausschüsse erhalten die Mitglieder des Gemeinderates ein Sitzungsgeld von 13,00 €.

§ 3

Entschädigung und Sitzungsgeld für den ehrenamtlichen Bürgermeister

- (1) Der ehrenamtliche Bürgermeister erhält als Aufwandsentschädigung einen monatlichen Pauschalbetrag in Höhe von 665,00 €. Das Sitzungsgeld entfällt.
- (2) Im Falle der Verhinderung des ehrenamtlichen Bürgermeisters für einen zusammenhängenden Zeitraum von mehr als zwei Wochen erhält der vom Gemeinderat gewählte allgemeine Stellvertreter (§ 64 GO LSA) ab diesem Zeitpunkt eine Aufwandsentschädigung in der Höhe nach Absatz 1.
- (3) Die Regelung nach § 2 Absatz 2 gilt entsprechend.

§ 4

Entschädigung ehrenamtlich Tätiger in der Freiwilligen Feuerwehr

- (1) Der ehrenamtliche Wehrleiter der Freiwilligen Feuerwehr erhält als pauschale Abgeltung seines Aufwandes eine Aufwandsentschädigung von monatlich 35,00 €.

- (2) Der Gerätewart erhält als pauschale Abgeltung seines Aufwandes eine Aufwandsentschädigung von monatlich 30,00 €.
- (3) Der Jugendwart erhält als pauschale Abgeltung seines Aufwandes eine Aufwandsentschädigung von monatlich 35,00 €.

§ 5

Fälligkeit der Aufwandsentschädigung und des Sitzungsgeldes

- (1) Die Aufwandsentschädigung des ehrenamtlichen Bürgermeisters und der ehrenamtlichen Tätigen der Freiwilligen Feuerwehr wird zum ersten eines Monats im Voraus gezahlt.
- (2) Die Aufwandsentschädigung und das Sitzungsgeld für den Gemeinderat und dessen Ausschüsse werden am 15. eines jeden Monats für den Vormonat gezahlt.
- (3) Voraussetzung für die Zahlung des Sitzungsgeldes ist die Einreichung von Teilnahmenachweisen (Anwesenheitslisten) durch den Vorsitzenden des Gemeinderates.

§ 6

Erstattung der Fahrtkosten

Dem Personenkreis nach § 1 ist für Dienstreisen Reisekostenvergütung nach dem Bundesreisekostengesetz (BRKG) zu gewähren.

§ 7

Entgangener Arbeitsverdienst

- (1) Neben der Aufwandsentschädigung besteht Anspruch auf Ersatz des Verdienstaufalles. Nichtselbständigen wird der tatsächlich entstandene und nachgewiesene Verdienstaufall ersetzt.
- (2) Selbständigen, Hausfrauen usw. wird der Verdienstaufall in Form eines pauschalen Durchschnitts- bzw. Stundensatz ersetzt. Dieser darf 13,00 € nicht überschreiten.
- (3) Der auf den entgangenen Arbeitsverdienst entfallende Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung wird erstattet, soweit dieser zu Lasten des Entschädigungsberechtigten an den Sozialversicherungsträger abgeführt wird.

§ 8

Inkrafttreten

Die Entschädigungssatzung tritt am 01.01.2005 in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Entschädigungssatzung vom 22.08.2001 sowie die 1. Satzung zur Änderung der Entschädigungssatzung der Gemeinde Brettin vom 02.12.2004 außer Kraft.

Brettin, den 03.12.2004

Pamperin
Bürgermeister

523

Entschädigungssatzung der Gemeinde Demsin

Aufgrund der §§ 6 und 33 der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt (GO LSA) vom 05.10.1993 (GVBl. LSA S. 568), in der derzeit geltenden Fassung beschließt der Gemeinderat der Gemeinde Demsin in seiner Sitzung am 25.11.2004 folgende Entschädigungssatzung:

§ 1

Auslagenersatz und Aufwandsentschädigung

- (1) Gemäß § 33 GO-LSA haben ehrenamtlich Tätige Anspruch auf Ersatz ihrer Auslagen und ihres Verdienstaufalles.
- (2) Daneben erhalten ehrenamtlich tätige Bürger im Gemeinderat und der Freiwilligen Feuerwehr der Gemeinde eine Aufwandsentschädigung.

§ 2

Aufwandsentschädigung für Mitglieder des Gemeinderates

- (1) Die Mitglieder des Gemeinderates erhalten als pauschale Abgeltung ihres Aufwandes eine Aufwandsentschädigung von monatlich 26,00 €.
- (2) Entsteht oder entfällt der Anspruch während des Kalendermonats, so wird die Aufwandsentschädigung für jeden Tag, an dem kein Anspruch besteht, um ein Dreißigstel gekürzt.
- (3) Die Aufwandsentschädigung entfällt, wenn das Gemeinderatsmitglied ununterbrochen länger als 3 Monate verhindert ist, sein Mandat auszuüben.

§ 3

Entschädigung für den ehrenamtlichen Bürgermeister

- (1) Der ehrenamtliche Bürgermeister erhält als Aufwandsentschädigung einen monatlichen Pauschalbetrag in Höhe von 512,00 €.
- (2) Im Falle der Verhinderung des ehrenamtlichen Bürgermeisters für einen zusammenhängenden Zeitraum von mehr als zwei Wochen erhält der vom Gemeinderat gewählte allgemeine Stellvertreter (§ 64 GO LSA) ab diesem Zeitpunkt eine Aufwandsentschädigung in der Höhe nach Absatz 1.
- (3) Die Regelung nach § 2 Absatz 2 gilt entsprechend.

§ 4

Entschädigung ehrenamtlich Tätiger in der Freiwilligen Feuerwehr

- (1) Der ehrenamtliche Wehrleiter der Freiwilligen Feuerwehr erhält als pauschale Abgeltung seines Aufwandes eine Aufwandsentschädigung von monatlich 40,00 €.
- (2) Der stellvertretende Wehrleiter als organisatorischer Leiter für den Bereich Aus- und Weiterbildung erhält als pauschale Abgeltung seines Aufwandes eine Aufwandsentschädigung von monatlich 20,00 €.
- (3) Der Gerätewart erhält als pauschale Abgeltung seines Aufwandes eine Aufwandsentschädigung von monatlich 40,00 €.

§ 5

Fälligkeit der Aufwandsentschädigung

- (1) Die Aufwandsentschädigung des ehrenamtlichen Bürgermeisters, des Gemeinderates und der ehrenamtlichen Tätigen der Freiwilligen Feuerwehr wird zum ersten eines Monats im Voraus gezahlt.

§ 6

Erstattung der Fahrtkosten

Dem Personenkreis nach § 1 ist für Dienstreisen Reisekostenvergütung nach dem Bundesreisekostengesetz (BRKG) zu gewähren.

§ 7

Entgangener Arbeitsverdienst

- (1) Neben der Aufwandsentschädigung besteht Anspruch auf Ersatz des Verdienstaufalles. Nichtselbständigen wird der tatsächlich entstandene und nachgewiesene Verdienstaufall ersetzt.
- (2) Selbständigen, Hausfrauen usw. wird der Verdienstaufall in Form eines pauschalen Durchschnitts- bzw. Stundensatz ersetzt. Dieser darf 13,00 € nicht überschreiten.
- (3) Der auf den entgangenen Arbeitsverdienst entfallende Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung wird erstattet, soweit dieser zu Lasten des Entschädigungsberechtigten an den Sozialversicherungsträger abgeführt wird.

§ 8

Inkrafttreten

Die Entschädigungssatzung tritt am 01.01.2005 in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Entschädigungssatzung vom 05.10.1995, sowie die 1. Satzung zur Änderung der Entschädigungssatzung vom 01.04.1996, die 2. Satzung zur Änderung der Entschädigungssatzung vom 14.09.1999 und die 3. Satzung zur Änderung der Entschädigungssatzung der Gemeinde Demsin vom 25.11.2004 außer Kraft.

Demsin, den 26.11.2004

Staschull
Bürgermeister

524

Entschädigungssatzung der Gemeinde Kade

Aufgrund der §§ 6 und 33 der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt (GO LSA) vom 05.10.1993 (GVBl. LSA S. 568), in der derzeit geltenden Fassung beschließt der Gemeinderat der Gemeinde Kade in seiner Sitzung am 09.12.2004 folgende Entschädigungssatzung:

§ 1

Auslagenersatz und Aufwandsentschädigung

- (1) Gemäß § 33 GO-LSA haben ehrenamtlich Tätige Anspruch auf Ersatz ihrer Auslagen und ihres Verdienstaufalles.
- (2) Daneben erhalten ehrenamtlich tätige Bürger im Gemeinderat und der Freiwilligen Feuerwehr der Gemeinde eine Aufwandsentschädigung.

§ 2

Aufwandsentschädigung und Sitzungsgeld für Mitglieder des Gemeinderates

- (1) Die Mitglieder des Gemeinderates erhalten als pauschale Abgeltung ihres Aufwandes eine Aufwandsentschädigung von monatlich 16,00 €.
- (2) Entsteht oder entfällt der Anspruch während des Kalendermonats, so wird die Aufwandsentschädigung für jeden Tag, an dem kein Anspruch besteht, um ein Dreißigstel gekürzt.
- (3) Die Aufwandsentschädigung entfällt, wenn das Gemeinderatsmitglied ununterbrochen länger als 3 Monate verhindert ist, sein Mandat auszuüben.
- (4) Für die Teilnahme an den Sitzungen des Gemeinderates und dessen Ausschüsse erhalten die Mitglieder des Gemeinderates ein Sitzungsgeld von 11,00 €.

§ 3

Entschädigung und Sitzungsgeld für den ehrenamtlichen Bürgermeister

- (1) Der ehrenamtliche Bürgermeister erhält als Aufwandsentschädigung einen monatlichen Pauschalbetrag in Höhe von 614,00 €.
Das Sitzungsgeld entfällt.
- (2) Im Falle der Verhinderung des ehrenamtlichen Bürgermeisters für einen zusammenhängenden Zeitraum von mehr als zwei Wochen erhält der vom Gemeinderat gewählte allgemeine Stellvertreter (§ 64 GO LSA) ab diesem Zeitpunkt eine Aufwandsentschädigung in der Höhe nach Absatz 1.
- (3) Die Regelung nach § 2 Absatz 2 gilt entsprechend.

§ 4

Entschädigung ehrenamtlich Tätiger in der Freiwilligen Feuerwehr

- (1) Der ehrenamtliche Wehrleiter der Freiwilligen Feuerwehr erhält als pauschale Abgeltung seines Aufwandes eine Aufwandsentschädigung von monatlich 76,00 €.
- (2) Der organisatorische Leiter für den Bereich Ausbildung und Atemschutz erhält als pauschale Abgeltung seines Aufwandes eine Aufwandsentschädigung von monatlich 12,00 €.
- (3) Der organisatorische Leiter für den Bereich Einsatzplanung erhält als pauschale Abgeltung seines Aufwandes eine Aufwandsentschädigung von monatlich 12,00 €.

§ 5

Fälligkeit der Aufwandsentschädigung und des Sitzungsgeldes

- (1) Die Aufwandsentschädigung des ehrenamtlichen Bürgermeisters und der ehrenamtlichen Tätigen der Freiwilligen Feuerwehr wird zum ersten eines Monats im Voraus gezahlt.
- (2) Die Aufwandsentschädigung und das Sitzungsgeld für den Gemeinderat und dessen

Ausschüsse werden am 15. eines jeden Monats für den Vormonat gezahlt.

- (3) Voraussetzung für die Zahlung des Sitzungsgeldes ist die Einreichung von Teilnahmenachweisen (Anwesenheitslisten) durch den Vorsitzenden des Gemeinderates.

§ 6

Erstattung der Fahrtkosten

Dem Personenkreis nach § 1 ist für Dienstreisen Reisekostenvergütung nach dem Bundesreisekostengesetz (BRKG) zu gewähren.

§ 7

Entgangener Arbeitsverdienst

- (1) Neben der Aufwandsentschädigung besteht Anspruch auf Ersatz des Verdienstaufalles. Nichtselbständigen wird der tatsächlich entstandene und nachgewiesene Verdienstaufall ersetzt.
- (2) Selbständigen, Hausfrauen usw. wird der Verdienstaufall in Form eines pauschalen Durchschnitts- bzw. Stundensatz ersetzt. Dieser darf 13,00 € nicht überschreiten.
- (3) Der auf den entgangenen Arbeitsverdienst entfallende Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung wird erstattet, soweit dieser zu Lasten des Entschädigungsberechtigten an den Sozialversicherungsträger abgeführt wird.

§ 8

Inkrafttreten

Die Entschädigungssatzung tritt am 01.01.2005 in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Entschädigungssatzung vom 07.09.2000 in der Fassung der 1. Satzung zur Änderung der Entschädigungssatzung vom 22.08.2002 und 2. Satzung zur Änderung der Entschädigungssatzung vom 09.12.2004 außer Kraft.

Kade, den 10.12.2004

Beier

Bürgermeister

525

Entschädigungssatzung der Gemeinde Karow

Aufgrund der §§ 6 und 33 der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt (GO LSA) vom 05.10.1993 (GVBl. LSA S. 568), in der derzeit geltenden Fassung beschließt der Gemeinderat der Gemeinde Karow in seiner Sitzung am 18.11.2004 folgende Entschädigungssatzung:

§ 1

Auslagenersatz und Aufwandsentschädigung

- (1) Gemäß § 33 GO-LSA haben ehrenamtlich Tätige Anspruch auf Ersatz ihrer Auslagen und ihres Verdienstaufalles.
- (2) Daneben erhalten ehrenamtlich tätige Bürger im Gemeinderat und der Freiwilligen Feuerwehr der Gemeinde eine Aufwandsentschädigung.

§ 2

Aufwandsentschädigung für Mitglieder des Gemeinderates

- (1) Die Mitglieder des Gemeinderates erhalten als pauschale Abgeltung ihres Aufwandes eine Aufwandsentschädigung von monatlich 20,00 €.
- (2) Entsteht oder entfällt der Anspruch während des Kalendermonats, so wird die Aufwandsentschädigung für jeden Tag, an dem kein Anspruch besteht, um ein Dreißigstel gekürzt.
- (3) Die Aufwandsentschädigung entfällt, wenn das Gemeinderatsmitglied ununterbrochen länger als 3 Monate verhindert ist, sein Mandat auszuüben.

§ 3

Aufwandsentschädigung für den ehrenamtlichen Bürgermeister

- (1) Der ehrenamtliche Bürgermeister erhält als Aufwandsentschädigung einen monatlichen Pauschalbetrag in Höhe von 461,00 €.
- (2) Im Falle der Verhinderung des ehrenamtlichen Bürgermeisters für einen zusammenhängenden Zeitraum von mehr als zwei Wochen erhält der vom Gemeinderat gewählte allgemeine Stellvertreter (§ 64 GO LSA) ab diesem Zeitpunkt eine Aufwandsentschädigung in der Höhe nach Absatz 1.
- (3) Die Regelung nach § 2 Absatz 2 gilt entsprechend.

§ 4

Aufwandsentschädigung ehrenamtlich Tätiger in der Freiwilligen Feuerwehr

- (1) Der ehrenamtliche Wehrleiter der Freiwilligen Feuerwehr erhält als pauschale Abgeltung seines Aufwandes eine Aufwandsentschädigung von monatlich 50,00 €.
- (2) Der stellvertretende Wehrleiter als organisatorischer Leiter für den Bereich Aus- und Weiterbildung erhält als pauschale Abgeltung seines Aufwandes eine Aufwandsentschädigung von monatlich 25,00 €.
- (3) Der Jugendfeuerwehrwart erhält als pauschale Abgeltung seines Aufwandes eine Aufwandsentschädigung von monatlich 25,00 €.

§ 5

Fälligkeit der Aufwandsentschädigung und des Sitzungsgeldes

- (1) Die Aufwandsentschädigung des ehrenamtlichen Bürgermeisters, des Gemeinderates und der ehrenamtlichen Tätigen der Freiwilligen Feuerwehr wird zum ersten eines Monats im Voraus gezahlt.

§ 6

Erstattung der Fahrtkosten

Dem Personenkreis nach § 1 ist für Dienstreisen Reisekostenvergütung nach dem Bundesreisekostengesetz (BRKG) zu gewähren.

§ 7

Entgangener Arbeitsverdienst

- (1) Neben der Aufwandsentschädigung besteht Anspruch auf Ersatz des Verdienstaufalles. Nichtselbständigen wird der tatsächlich entstandene und nachgewiesene Verdienstaufall ersetzt.
- (2) Selbständigen, Hausfrauen usw. wird der Verdienstaufall in Form eines pauschalen Durchschnitts- bzw. Stundensatz ersetzt. Dieser darf 13,00 € nicht überschreiten.
- (3) Der auf den entgangenen Arbeitsverdienst entfallende Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung wird erstattet, soweit dieser zu Lasten des Entschädigungsberechtigten an den Sozialversicherungsträger abgeführt wird.

§ 8

Inkrafttreten

Die Entschädigungssatzung tritt am 01.01.2005 in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Entschädigungssatzung vom 01.07.1994 in der Fassung der 1. Satzung zur Änderung der Entschädigungssatzung der Gemeinde Karow vom 18.11.2004 außer Kraft.

Karow, den 19.11.2004

Franke
Bürgermeister

Aufgrund der §§ 6 und 33 der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt (GO LSA) vom 05.10.1993 (GVBl. LSA S. 568), in der derzeit geltenden Fassung beschließt der Gemeinderat der Gemeinde Klitsche in seiner Sitzung am 25.11.2004 folgende Entschädigungssatzung:

§ 1

Auslagenersatz und Aufwandsentschädigung

- (1) Gemäß § 33 GO-LSA haben ehrenamtlich Tätige Anspruch auf Ersatz ihrer Auslagen und ihres Verdienstausfalles.
- (2) Daneben erhalten ehrenamtlich tätige Bürger im Gemeinderat und der Freiwilligen Feuerwehr der Gemeinde eine Aufwandsentschädigung.

§ 2

Aufwandsentschädigung und Sitzungsgeld für Mitglieder des Gemeinderates

- (1) Die Mitglieder des Gemeinderates erhalten als pauschale Abgeltung ihres Aufwandes eine Aufwandsentschädigung von monatlich 11,00 €.
- (2) Entsteht oder entfällt der Anspruch während des Kalendermonats, so wird die Aufwandsentschädigung für jeden Tag, an dem kein Anspruch besteht, um ein Dreißigstel gekürzt.
- (3) Die Aufwandsentschädigung entfällt, wenn das Gemeinderatsmitglied ununterbrochen länger als 3 Monate verhindert ist, sein Mandat auszuüben.
- (4) Für die Teilnahme an den Sitzungen des Gemeinderates erhalten die Mitglieder des Gemeinderates ein Sitzungsgeld von 13,00 €.

§ 3

Entschädigung und Sitzungsgeld für den ehrenamtlichen Bürgermeister

- (1) Der ehrenamtliche Bürgermeister erhält als Aufwandsentschädigung einen monatlichen Pauschalbetrag in Höhe von 512,00 €. Das Sitzungsgeld entfällt.
- (2) Im Falle der Verhinderung des ehrenamtlichen Bürgermeisters für einen zusammenhängenden Zeitraum von mehr als zwei Wochen erhält der vom Gemeinderat gewählte allgemeine Stellvertreter (§ 64 GO LSA) ab diesem Zeitpunkt eine Aufwandsentschädigung in der Höhe nach Absatz 1.
- (3) Die Regelung nach § 2 Absatz 2 gilt entsprechend.

§ 4

Entschädigung ehrenamtlich Tätiger in der Freiwilligen Feuerwehr

- (1) Der ehrenamtliche Wehrleiter der Freiwilligen Feuerwehr Altenklitsche und Neuenklitsche erhält als pauschale Abgeltung seines Aufwandes eine Aufwandsentschädigung von monatlich 30,00 €.
- (2) Der stellvertretende Wehrleiter in Altenklitsche und Neuenklitsche als organisatorischer Leiter für den Bereich Aus -und Weiterbildung erhält als pauschale Abgeltung seines Aufwandes eine Aufwandsentschädigung von monatlich 20,00 €.

§ 5

Fälligkeit der Aufwandsentschädigung und des Sitzungsgeldes

- (1) Die Aufwandsentschädigung des ehrenamtlichen Bürgermeisters und der ehrenamtlichen Tätigen der Freiwilligen Feuerwehr wird zum ersten eines Monats im Voraus gezahlt.
- (2) Die Aufwandsentschädigung und das Sitzungsgeld für den Gemeinderat werden am 15. eines jeden Monats für den Vormonat gezahlt.
- (2) Voraussetzung für die Zahlung des Sitzungsgeldes ist die Einreichung von Teilnahmeachweisen (Anwesenheitslisten) durch den Vorsitzenden des Gemeinderates.

§ 6

Erstattung der Fahrtkosten

Dem Personenkreis nach § 1 ist für Dienstreisen Reisekostenvergütung nach dem Bundesreisekostengesetz (BRKG) zu gewähren.

§ 7

Entgangener Arbeitsverdienst

- (1) Neben der Aufwandsentschädigung besteht Anspruch auf Ersatz des Verdienstaufalles.
Nichtselbständigen wird der tatsächlich entstandene und nachgewiesene Verdienstaufall ersetzt.
- (2) Selbständigen, Hausfrauen usw. wird der Verdienstaufall in Form eines pauschalen Durchschnitts- bzw. Stundensatz ersetzt. Dieser darf 13,00 € nicht überschreiten.
- (3) Der auf den entgangenen Arbeitsverdienst entfallende Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung wird erstattet, soweit dieser zu Lasten des Entschädigungsberechtigten an den Sozialversicherungsträger abgeführt wird.

§ 8 Inkrafttreten

Die Entschädigungssatzung tritt am 01.01.2005 in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Entschädigungssatzung vom 01.11.1994 in der Fassung der 1. Satzung zur Änderung der Entschädigungssatzung vom 11.04.1996 und 2. Satzung zur Änderung der Entschädigungssatzung der Gemeinde Klitsche vom 24.02.1999 außer Kraft.

Klitsche, den 25.11.2004

Kiehnscherf
Bürgermeister

527

Entschädigungssatzung der Gemeinde Roßdorf

Aufgrund der §§ 6 und 33 der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt (GO LSA) vom 05.10.1993 (GVBl. LSA S. 568), in der derzeit geltenden Fassung beschließt der Gemeinderat der Gemeinde Roßdorf in seiner Sitzung am 09.12.2004 folgende Entschädigungssatzung:

§ 1 Auslagenersatz und Aufwandsentschädigung

- (1) Gemäß § 33 GO-LSA haben ehrenamtlich Tätige Anspruch auf Ersatz ihrer Auslagen und ihres Verdienstaufalles.
- (2) Daneben erhalten ehrenamtlich tätige Bürger im Gemeinderat und der Freiwilligen Feuerwehr der Gemeinde eine Aufwandsentschädigung.

§ 2 Aufwandsentschädigung für Mitglieder des Gemeinderates

- (1) Die Mitglieder des Gemeinderates erhalten als pauschale Abgeltung ihres Aufwandes eine Aufwandsentschädigung von monatlich 36,00 €.
- (2) Entsteht oder entfällt der Anspruch während des Kalendermonats, so wird die Aufwandsentschädigung für jeden Tag, an dem kein Anspruch besteht, um ein Dreißigstel gekürzt.
- (3) Die Aufwandsentschädigung entfällt, wenn das Gemeinderatsmitglied ununterbrochen länger als 3 Monate verhindert ist, sein Mandat auszuüben.

§ 3 Aufwandsentschädigung für den ehrenamtlichen Bürgermeister

- (1) Der ehrenamtliche Bürgermeister erhält als Aufwandsentschädigung einen monatlichen Pauschalbetrag in Höhe von 512,00 €.
- (2) Im Falle der Verhinderung des ehrenamtlichen Bürgermeisters für einen zusammenhängenden Zeitraum von mehr als zwei Wochen erhält der vom Gemeinderat gewählte allgemeine Stellvertreter (§ 64 GO LSA) ab diesem Zeitpunkt eine Aufwandsentschädigung in der Höhe nach Absatz 1.
- (3) Die Regelung nach § 2 Absatz 2 gilt entsprechend.

§ 4

Entschädigung ehrenamtlich Tätiger in der Freiwilligen Feuerwehr

- (1) Der ehrenamtliche Wehrleiter der Freiwilligen Feuerwehr erhält als pauschale Abgeltung seines Aufwandes eine Aufwandsentschädigung von monatlich 50,00 €.
- (2) Der stellvertretende Wehrleiter als organisatorischer Leiter für den Bereich Aus- und Weiterbildung erhält als pauschale Abgeltung seines Aufwandes eine Aufwandsentschädigung von monatlich 25,00 €.
- (3) Der Gerätewart erhält als pauschale Abgeltung seines Aufwandes eine Aufwandsentschädigung von monatlich 25,00 €.

§ 5

Fälligkeit der Aufwandsentschädigung

- (1) Die Aufwandsentschädigung des ehrenamtlichen Bürgermeisters, des Gemeinderates und der ehrenamtlichen Tätigen der Freiwilligen Feuerwehr wird zum ersten eines Monats im Voraus gezahlt.

§ 6

Erstattung der Fahrtkosten

Dem Personenkreis nach § 1 ist für Dienstreisen Reisekostenvergütung nach dem Bundesreisekostengesetz (BRKG) zu gewähren.

§ 7

Entgangener Arbeitsverdienst

- (1) Neben der Aufwandsentschädigung besteht Anspruch auf Ersatz des Verdienstaufalles. Nichtselbständigen wird der tatsächlich entstandene und nachgewiesene Verdienstaufall ersetzt.
- (2) Selbständigen, Hausfrauen usw. wird der Verdienstaufall in Form eines pauschalen Durchschnitts- bzw. Stundensatz ersetzt. Dieser darf 13,00 € nicht überschreiten.
- (3) Der auf den entgangenen Arbeitsverdienst entfallende Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung wird erstattet, soweit dieser zu Lasten des Entschädigungsberechtigten an den Sozialversicherungsträger abgeführt wird.

§ 8

Inkrafttreten

Die Entschädigungssatzung tritt am 01.01.2005 in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Entschädigungssatzung vom 10.02.2000 in der Fassung der 1. Satzung zur Änderung der Entschädigungssatzung der Gemeinde Roßdorf vom 02.11.2000 außer Kraft.

Roßdorf, den 09.12.2004

Dr. Drescher
Bürgermeister

528

Entschädigungssatzung der Gemeinde Schlagenthin

Aufgrund der §§ 6 und 33 der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt (GO LSA) vom 05.10.1993 (GVBl. LSA S. 568), in der derzeit geltenden Fassung beschließt der Gemeinderat der Gemeinde Schlagenthin in seiner Sitzung am 25.11.2004 folgende Entschädigungssatzung:

§ 1

Auslagenersatz und Aufwandsentschädigung

- (1) Gemäß § 33 GO-LSA haben ehrenamtlich Tätige Anspruch auf Ersatz ihrer Auslagen und ihres Verdienstaufalles.
- (2) Daneben erhalten ehrenamtlich tätige Bürger im Gemeinderat und der Freiwilligen

Feuerwehr der Gemeinde eine Aufwandsentschädigung.

§ 2

Aufwandsentschädigung und Sitzungsgeld für Mitglieder des Gemeinderates

- (1) Die Mitglieder des Gemeinderates erhalten als pauschale Abgeltung ihres Aufwandes eine Aufwandsentschädigung von monatlich 21,00 €.
- (2) Entsteht oder entfällt der Anspruch während des Kalendermonats, so wird die Aufwandsentschädigung für jeden Tag, an dem kein Anspruch besteht, um ein Dreißigstel gekürzt.
- (3) Die Aufwandsentschädigung entfällt, wenn das Gemeinderatsmitglied ununterbrochen länger als 3 Monate verhindert ist, sein Mandat auszuüben.
- (4) Für die Teilnahme an den Sitzungen des Gemeinderates und dessen Ausschüsse erhalten die Mitglieder des Gemeinderates ein Sitzungsgeld von 13,00 €.

§ 3

Entschädigung und Sitzungsgeld für den ehrenamtlichen Bürgermeister

- (1) Der ehrenamtliche Bürgermeister erhält als Aufwandsentschädigung einen monatlichen Pauschalbetrag in Höhe von 665,00 €. Das Sitzungsgeld entfällt.
- (2) Im Falle der Verhinderung des ehrenamtlichen Bürgermeisters für einen zusammenhängenden Zeitraum von mehr als zwei Wochen erhält der vom Gemeinderat gewählte allgemeine Stellvertreter (§ 64 GO LSA) ab diesem Zeitpunkt eine Aufwandsentschädigung in der Höhe nach Absatz 1.
- (3) Die Regelung nach § 2 Absatz 2 gilt entsprechend.

§ 4

Entschädigung ehrenamtlich Tätiger in der Freiwilligen Feuerwehr

- (1) Der ehrenamtliche Wehrleiter der Freiwilligen Feuerwehr erhält als pauschale Abgeltung seines Aufwandes eine Aufwandsentschädigung von monatlich 60,00 €.
- (2) Der stellvertretende Wehrleiter als organisatorischer Leiter für den Bereich Aus –und Weiterbildung erhält als pauschale Abgeltung seines Aufwandes eine Aufwandsentschädigung von monatlich 20,00 €.
- (3) Der Gerätewart erhält als pauschale Abgeltung seines Aufwandes eine Aufwandsentschädigung von monatlich 20,00 €.

§ 5

Fälligkeit der Aufwandsentschädigung und des Sitzungsgeldes

- (1) Die Aufwandsentschädigung des ehrenamtlichen Bürgermeisters und der ehrenamtlichen Tätigen der Freiwilligen Feuerwehr wird zum ersten eines Monats im Voraus gezahlt.
- (2) Die Aufwandsentschädigung und das Sitzungsgeld für den Gemeinderat und dessen Ausschüsse werden am 15. eines jeden Monats für den Vormonat gezahlt.
- (2) Voraussetzung für die Zahlung des Sitzungsgeldes ist die Einreichung von Teilnahmenachweisen (Anwesenheitslisten) durch den Vorsitzenden des Gemeinderates.

§ 6

Erstattung der Fahrtkosten

Dem Personenkreis nach § 1 ist für Dienstreisen Reisekostenvergütung nach dem Bundesreisekostengesetz (BRKG) zu gewähren.

§ 7

Entgangener Arbeitsverdienst

- (1) Neben der Aufwandsentschädigung besteht Anspruch auf Ersatz des Verdienstaufalles. Nichtselbständigen wird der tatsächlich entstandene und nachgewiesene Verdienstaufall ersetzt.
- (2) Selbständigen, Hausfrauen usw. wird der Verdienstaufall in Form eines pauschalen Durchschnitts- bzw. Stundensatz ersetzt. Dieser darf 13,00 € nicht überschreiten.
- (3) Der auf den entgangenen Arbeitsverdienst entfallende Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung wird erstattet, soweit dieser zu Lasten des Entschädigungsberechtigten an den Sozialversicherungsträger abgeführt wird.

§ 8 Inkrafttreten

Die Entschädigungssatzung tritt am 01.01.2005 in Kraft.
Gleichzeitig tritt die Entschädigungssatzung vom 16.12.1999 in der Fassung der 1. Satzung zur Änderung der Entschädigungssatzung vom 15.06.2000 außer Kraft.

Schlagenthin, den 25.11.2004

Blasius
Bürgermeister

529

Stadt Möckern

Satzung der Stadt Möckern für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen (Sondernutzungssatzung)

Aufgrund der § 44 Abs. 3 Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt (GO LSA), in der derzeit gültigen Fassung, § 8 Bundesfernstraßengesetz (FStrG), in der derzeit gültigen Fassung, §§ 18, 50 Abs. 1 Nr. 1 Straßengesetz für das Land Sachsen-Anhalt (StrG LSA), in der derzeit gültigen Fassung, hat der Stadtrat der Stadt Möckern in seiner Sitzung am 28.10.2004 folgende Satzung beschlossen:

§ 1 Geltungsbereich

- (1) Diese Satzung gilt für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen im Gebiet der Stadt Möckern.
- (2) Öffentliche Straßen sind Gemeindestraßen, Ortsdurchfahrten im Zuge von Bundes-, Landes- und Kreisstraßen, sowie alle sonstigen öffentlichen Straßen, Wege und Plätze in der Straßenbaulast der Stadt Möckern.
- (3) Zu den in Abs. 1, 2 genannten öffentlichen Straßen gehören auch alle Bestandteile dieser Straßen im Sinne des § 1 Abs. 4 Bundesfernstraßengesetz (FStrG).
- (4) Die Satzung gilt auch für die Wochen- und Sondermärkte.

§ 2 Allgemeine Bestimmungen

- (1) Soweit diese Satzung nichts anderes bestimmt, bedarf der Gebrauch der in § 1 genannten Straßen, Wege und Plätze (hier weiter: Straße) über den Gemeingebrauch hinaus (Sondernutzung) der Erlaubnis.
- (2) Sondernutzungen dürfen erst dann ausgeübt werden, wenn dafür eine Erlaubnis erteilt wurde.
- (3) Die Erlaubnis kann nicht auf Dritte übertragen werden.
- (4) Die Erlaubnis nach Abs. 1 ist widerruflich; sie kann durch Bedingungen und Auflagen im öffentlichen Interesse und aus Gründen der öffentlichen –Sicherheit und Ordnung beschränkt werden. Bauaufsichtliche Vorschriften bleiben unberührt.

§ 3 Erlaubnisfreie Sondernutzungen

Die folgenden aufgeführten Sondernutzungen sind erlaubnisfrei:

1. Bauaufsichtlich genehmigte Bauteile, wie Gebäudeteile, Erker, Eingangsstufen, Sonnenschutzdächer (Markisen), Vordächer, Kellerlichtschächte, Balkone; wenn durch die bauliche Anlage auf dem Gehweg noch ein öffentlicher Verkehrsraum von mindestens 1,50 m verbleibt bzw. sie im Luftraum über Gehwegen eine Mindesthöhe von 3,00 m einnehmen.
2. alle Anlagen der Außenwerbung (Werbeanlagen) u.a. Anlagen, die in den öffentlichen Straßenraum hineinragen, sofern sie die folgenden Maße einhalten:
 - a) im Luftraum über Gehwegen eine Mindesthöhe von 3,00 m, über Fahrbahnen von 4,50 m,
 - b) die Straßenbegrenzungslinie in höchstens 1,20 m überschreiten und
 - c) eine Fläche von höchstens 5 m² einnehmen.
3. Sondernutzungen an Gehwegen über einer Höhe von 2,50 m durch Anlagen der Außenwerbung, sind nur dann erlaubnisfrei im Sinne dieser Satzung, wenn sie nicht tiefer als 0,15 m in den Luftraum einwirken und auf dem Gehweg noch ein öffentlicher Verkehrsraum von mindestens 1,50 m Breite verbleibt (Schaukästen, Vitrinen, Warenautomaten u.ä.).
4. Bewegliche Sondernutzungen, wie ambulante Verkaufswagen- und stände oder Musikanten, benötigen keine besondere Erlaubnis nach § 4 Abs. 1, soweit der Standort spätestens nach einer Stunde verlagert wird. Ein Zurückkehren an den ursprünglichen Standort ist im Rahmen der Standortverlegung nicht zulässig.

§ 4 Erlaubnispflicht

- (1) Alle nicht in § 3 Nr. 1-4 aufgeführten Sondernutzungen bedürfen in jedem Einzelfall der Erlaubnis.
- (2) Erlaubnisansprüche sind in der Regel 10 Werktage vor Beginn der beabsichtigten Sondernutzung schriftlich zu stellen. In dem Antrag sind der Standort, die Art und Dauer der Sondernutzung und die Größe der benötigten Fläche anzugeben. Der Erlaubnisgeber kann dazu Erläuterungen durch Zeichnungen und textliche Beschreibungen oder in sonst geeigneter Weise verlangen.
- (3) Die Erlaubnis wird widerruflich und befristet erteilt. Es können Bedingungen und Auflagen festgesetzt werden, wenn dies für die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs oder zum Schutz der Straßen erforderlich ist.
- (4) Bei Vorlage mehrerer Anträge für den gleichen Standort und die gleiche Nutzungszeit erfolgt die Vergabe der Fläche nach Ermessen des Erlaubnisgebers. Einen Rechtsanspruch auf die Erteilung einer Erlaubnis besteht nicht.
- (5) Bei der Durchführung von Veranstaltungen / Festen haben die erteilten Sondernutzungserlaubnisse Bestand.

§ 5 Märkte, Schausteller, Zirkus, Verkaufswagen

- (1) Die Durchführung von Märkten, Schaustellerveranstaltungen, Zirkusvorstellungen, der Verkauf aus Verkaufswagen u.ä. richtet sich grundsätzlich nach den Bestimmungen dieser Sondernutzungssatzung.
- (2) Wochenmärkte können
 - in Möckern an jedem Dienstag, Freitag und Sonnabend auf dafür von der Stadt bestimmten Plätzen durchgeführt werden.
 - in Ziepel an jedem Mittwoch durchgeführt werden.
 - in Friedensau von Sonntag bis Freitag 15.00 Uhr durchgeführt werden.

Als Marktplätze gelten in der Regel für die

- | | |
|-------------------------|-----------------------------|
| - Ortschaft Büden: | wird kurzfristig festgelegt |
| - Ortschaft Friedensau: | - |
| - Ortschaft Hohenzitz: | - |
| - Ortschaft Lübars: | - |

- Ortschaft Möckern: Platz am Rathaus (Am Markt)
- Ortschaft Stegelitz: -
- Ortschaft Wörmilitz: Platz vor den Grundstücken H.-Heine Str. 14 und 16
- Ortschaft Ziepel: Platz vor der alten Bushaltestelle in der Dorfstraße

(3) Der Verkauf aus Verkaufswagen

- Möckern ist auch außerhalb der öffentlichen Märkte montags bis sonnabends auf einer in der Erlaubnis ausgewiesenen Stellfläche gestattet.
- Stegelitz Standort: Kleiner Dorfplatz
- Wörmilitz Standort: Platz vor den Grundstücken H.-Heine Str. 14 u. 16

(4) Schausteller- und Zirkusveranstaltungen

- Möckern sind an allen Tagen auf dem Festplatz „Lochower Weg“ oder an anderen von der Stadt zu bestimmenden Plätzen möglich.
- Büden wird kurzfristig festgelegt
- Ziepel sind auf dem Vorplatz des Sportplatzes möglich.

(5) Anträge auf Erlaubnis richten sich grundsätzlich nach § 4. Antrag auf Erlaubnis kann am Markttag direkt gestellt werden, sofern es sich um Dienstag oder Freitag handelt.

§ 6

Pflichten des Erlaubnisnehmers

- (1) Der Erlaubnisnehmer hat dem Erlaubnisgeber alle Kosten zu ersetzen, die diesem durch die Sondernutzung zusätzlich entstehen. Hierfür können bei Erteilung der Erlaubnis angemessene Vorschüsse und Sicherheiten verlangt werden.
- (2) Der Erlaubnisnehmer ist verpflichtet, die mit der Sondernutzung verbundenen Anlagen nach den gesetzlichen Vorschriften und den anerkannten Regeln der Technik zu errichten und zu unterhalten.
- (3) Die Sondernutzung ist so einzurichten, dass niemand gefährdet, geschädigt oder mehr als nach den Umständen unvermeidbar behindert oder belästigt wird.
- (4) Der Erlaubnisnehmer hat darauf zu achten, dass ein ungehinderter Zugang zu allen in die Straßendecke eingebauten Einrichtungen möglich ist. Wasserführung und Kanalschächte sind freizuhalten. Soweit beim Aufstellen, Anbringen und Entfernen von Gegenständen ein Aufgraben des Straßenkörpers erforderlich ist, muss die Arbeit so vorgenommen werden, dass jeder nachhaltige Schaden am Straßenkörper und an den Anlagen, insbesondere an den Wasserabzugsrinnen und den Versorgungs- und Kanalleitungen, sowie eine Änderung ihrer Lage vermieden wird.
- (5) Die Verpflichtung, andere beteiligte Behörden oder Stellen zu benachrichtigen oder deren Genehmigung einzuholen, bleibt unberührt.
- (6) Mit dem Erlöschen der Erlaubnis hat der Erlaubnisnehmer alle von ihm erstellten Einrichtungen zu entfernen, den früheren Zustand ordnungsgemäß wiederherzustellen und die benutzte Fläche in einem sauberen Zustand zu übergeben.
- (7) Kommt der Erlaubnisnehmer mit einer ihm obliegenden Pflicht in Verzug, so ist der Erlaubnisgeber nach Ablauf einer angemessenen Frist berechtigt, eine entsprechende Maßnahme auf Kosten des Erlaubnisnehmers vorzunehmen bzw. vornehmen zu lassen.
- (8) Der Erlaubnisnehmer hat gegenüber dem Erlaubnisgeber keinen Ersatzanspruch bei Widerruf der Erlaubnis oder bei Sperrung, Änderung oder Einziehung der Straße.

§ 7

Versagung und Widerruf

- (1) Die Erlaubnis nach § 4 kann versagt werden, wenn die Sondernutzung die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet oder anderen öffentlichen Interessen entgegensteht.

(2) Die Erlaubnis kann insbesondere aus folgenden Gründen widerrufen werden:

1. nachträglicher Wegfall der Voraussetzungen für die Erlaubnis,
2. Nichterfüllung von Bedingungen und Auflagen durch den Erlaubnisnehmer oder
3. Nichtzahlung der festgesetzten Gebühr für die Sondernutzung.

§ 8 Haftung

- (1) Der Erlaubnisgeber haftet dem Erlaubnisnehmer nicht für Schäden, die sich aus dem Zustand der Straßen und der darin eingebauten Leitungen und Einrichtungen für den Erlaubnisnehmer und die von ihm erstellten Anlagen ergeben. Mit der Einräumung der Sondernutzung übernimmt der Erlaubnisgeber keinerlei Haftung, insbesondere nicht für die Sicherheit der von Benutzern eingebrachten Sachen.
- (2) Der Erlaubnisnehmer haftet dem Erlaubnisgeber und Dritten für alle von ihm oder seinem Personal verursachten Schäden durch unbefugte, ordnungswidrig oder nicht rechtzeitig gemeldete Arbeiten. Er haftet für sämtliche Schäden, die sich aus der Vernachlässigung seiner Pflichten zur Beaufsichtigung des Personals oder der Anlagen ergeben.
- (3) Vor Erteilung der Sondernutzungserlaubnis kann vom Antragsteller zur Deckung sämtlicher Haftpflichtrisiken der Nachweis des Abschlusses einer ausreichenden Haftpflichtversicherung für die Dauer der Sondernutzung verlangt werden. Hierfür sind der Versicherungsschein und der letzte Beitragszahlungsnachweis vorzulegen.

§ 9 Gebühren

- (1) Für Sondernutzungen werden Gebühren nach Maßgabe der Sondernutzungsgebührensatzung der Stadt Möckern in der jeweils gültigen Fassung erhoben.
- (2) Die Erhebung von Verwaltungsgebühren nach der Verwaltungsgebührenordnung des Landes Sachsen-Anhalt in der jeweils gültigen Fassung und der Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Möckern bleiben unberührt.

§ 10 Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig im Sinne des § 48 Abs. 1 Straßengesetz des Landes Sachsen-Anhalt handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig:
 1. entgegen § 4 Abs. 1 eine Straße oder eine öffentliche Fläche ohne die erforderliche Erlaubnis benutzt,
 2. einer nach § 4 Abs. 3 erteilten Auflage oder Bedingung nicht nachkommt,
 3. entgegen § 5 Abs. 2 Anlagen nicht vorschriftsmäßig errichtet oder unterhält oder
 4. entgegen § 5 Abs. 4 den früheren Zustand der ihm überlassenen Fläche nicht ordnungsgemäß wiederherstellt.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 5000,- € geahndet werden.

§ 11 Inkrafttreten

- (1) Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft. Gleichzeitig treten folgende Satzungen außer Kraft: Satzung der Stadt Möckern über die Überlassung von Straßen, Flächen und örtlichen Plätzen zur Abhaltung von Markttagen, Volksfesten, Zirkusveranstaltungen, Vorführungen, Ausstellungen und sonstigen Veranstaltungen vom 30.10.1991, die Sondernutzungssatzung von Hohenziatz vom 22.05.1996, die Sondernutzungssatzung von Stegelitz vom 04.06.1996.

gez. Dr. Rönnecke
Bürgermeister der Stadt Möckern

530

Stadt Möckern

Gebührensatzung der Stadt Möckern für Sondernutzung von öffentlichen Straßen (Sondernutzungsgebührensatzung)

Aufgrund § 8 Bundesfernstraßengesetz (FStrG) in der derzeit gültigen Fassung, §§ 21, 50 Abs. 2 Straßen-gesetz des Landes Sachsen-Anhalt (StrG LSA) in der derzeit gültigen Fassung, § 44 Abs. 3 Nr. 1 Gemein-deordnung des Landes Sachsen-Anhalt in der derzeit gültigen Fassung, hat der Stadtrat der Stadt Möckern in seiner Sitzung am 28.10.2004 folgende Satzung beschlossen:

§ 1 Gebührenpflicht

Die Inanspruchnahme der öffentlichen Straßen und öffentlichen Grundstücksflächen über den Gemein-gebrauch hinaus ist gebührenpflichtig.

§ 2 Gebührenberechnung

- (1) Für erlaubnispflichtige Sondernutzungen werden Gebühren nach dem als Anlage 1 beigefügten Ta-rif erhoben.
- (2) Für die öffentlichen Marktveranstaltungen werden Gebühren nach dem als Anlage 1 beigefügten Tarif erhoben.
- (3) Als beanspruchte öffentliche Grundstücks- oder Straßenfläche im Sinne des Tarifes gilt bei festen Verkaufsständen, Gerüsten u.ä. die Grundfläche des Standes, Gerüstet usw., beim Verkauf im Um-herziehen und Abstellen von Werbewagen die Grundfläche des Fahrzeuges oder bei Personen oh-ne Fahrzeug 1 m²; entsprechendes gilt beim Umherfahren und Umhertragen von Plakaten o.ä. An-kündigungen.
- (4) Soweit die Gebühr nach Einheiten (m², lfd. Meter) bemessen wird, ist jede angefangene Einheit voll zu berechnen.
- (5) Gebühren werden in Tages-, Wochen-, Monats- und Jahresgebühren nach Maßgabe des Gebüh-renverzeichnisses festgesetzt.
- (6) Soweit Jahresgebühren festgesetzt sind, werden für jeden angefangenen Monat 1/12 der Jahresge-bühr erhoben, wenn die Nutzung für einen geringeren Zeitraum als ein Jahr erfolgt.
- (7) Sind Monatsgebühren festgesetzt, so wird bei zeitlich kürzerer Nutzung für jeden Tag 1/30 der Mo-natsgebühr erhoben.
- (8) Alle Gebühren werden auf volle €-Beträge abgerundet.
- (9) Zusätzlich zu den Gebühren werden die baren Auslagen der Stadt Möckern für die Platzreinigung und Müllabfuhr (bei Nichteinhaltung der vertraglichen Verpflichtungen) erhoben. Ebenso werden die Kosten der Stadt für die Wasser- und Stromzufuhr auf den Gebührenschuldner umgelegt.
- (10) Ist eine Sondernutzung im Gebührentarif nicht enthalten, richtet sich die Gebühr nach einer im Tarif enthaltenen vergleichbaren Sondernutzung.

§ 3 Gebührensschuldner

- (1) Gebührenschuldner ist
 1. der Antragsteller,

2. der Erlaubnisnehmer,
3. derjenige, der die Straße zu einer Sondernutzung ohne die nach § 3 der Sondernutzungssatzung erforderliche Erlaubnis in Anspruch nimmt,
4. derjenige, der die Sondernutzungssatzung in Anspruch nimmt.

(2) Mehrere Gebührenschuldner haften als Gesamtschuldner.

§ 4

Entstehung und Fälligkeit der Gebühr

- (1) Die Gebührenschuld entsteht mit Erteilung der Erlaubnis oder Inanspruchnahme der Sondernutzung, falls die Erlaubnis nachträglich erteilt wird, bei unerlaubter Sondernutzung mit deren Beginn.
- (2) Ist der Beginn der Nutzung nicht feststellbar, wird die Gebühr vom Beginn desjenigen Zeitraumes an erhoben, in dem die Nutzung erstmals festgestellt werden kann.
- (3) Die Gebühren sind fällig:
 1. für Sondernutzungen auf Zeit bis zu einem Jahr, für deren Dauer bei Erteilung der Erlaubnis;
 2. für Sondernutzungen auf Zeit über ein Jahr hinaus erstmalig bei Erteilung der Erlaubnis für das laufende Kalenderjahr, für die nachfolgenden Kalenderjahre jeweils am 15. Januar des Jahres;
 3. für unerlaubte Sondernutzungen mit deren Beginn.

§ 5

Gebührenerstattung

- (1) Wird eine auf Zeit erteilte Sondernutzung vorzeitig vom Berechtigten aufgegeben, besteht kein Anspruch auf Ermäßigung oder Erstattung entrichteter Gebühren.
- (2) Die entrichteten Gebühren werden anteilig erstattet, wenn die Sondernutzungserlaubnis aus Gründen widerrufen wird, die vom Erlaubnisnehmer/Gebührenschuldner nicht zu vertreten sind.

§ 6

Billigkeitsmaßnahmen

- (1) Von der Entrichtung der Gebühr sind befreit:
 1. die Bundesrepublik Deutschland
 2. die Länder,
 3. die Landkreise und
 4. die Gemeinden

für Sondernutzungen, die im öffentlichen Interesse liegen,

 5. die Religionsgemeinschaften

für Sondernutzungen, die aus Anlass oder zur Ankündigung religiöser Handlungen ausgeübt werden,

 6. die Veranstalter für Sondernutzungen mit politischem und sozialem Charakter,
 7. eingetragene gemeinnützige Vereine.
- (2) Die Stadt Möckern kann von der Erhebung der Gebühren ganz oder teilweise absehen oder sie ganz oder teilweise erlassen, wenn die Erhebung oder die Einziehung nach Lage des Einzelfalls unbillig ist.
- (3) Liegt die Ausübung der Sondernutzung im öffentlichen Interesse, so kann auf Antrag Gebührenermäßigung oder Gebührenbefreiung gewährt werden.

§ 7

Beitreibung

Die aufgrund dieser Satzung festgesetzten Gebühren unterliegen der Beitreibung im Verwaltungszwangverfahren.

§ 8 Schlussbestimmungen

- (1) Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig treten außer Kraft: Sondernutzungsgebührensatzung Hohenziatz vom 25.06.1996 und die Sondernutzungsgebührensatzung von Stegelitz vom 04.06.1996.

Möckern, den 28.10.2004

gez. Dr. Udo Rönnecke
Bürgermeister der Stadt Möckern

Siegel

Anlage zur Sondernutzungsgebührensatzung

GEBÜHRENTARIF FÜR SONDERNUTZUNGEN

Lfd. Nr.	Art der Sondernutzung	Bemessungsgrundlage	Zeiteinheit	Gebühren-Satz €	Mindest-Gebühr €
1.	Baubuden, Bauzäune, Gerüste, Schuttrutschen, Arbeitswagen, Baumaschinen und -geräte, Lagerung von Baustoffen und Bauschutt, Sperrmüll, Container	Je angefangene m ² beanspruchter Straßenfläche	Woche	0,50	15,00
2.	Lagerung von nicht unter Nr. 1 fallende Gegenständen wie Hausbrand, Kartoffeln und Umzugsgut für Zwecke der Anlieger über 24 Stunden hinaus	Je angefangene m ² beanspruchter Straßenfläche	Tag	0,20	10,00
3.	Imbissstände, Kioske und ähnliche ortsfeste Verkaufsstände	Dto.	Tag Woche	10,00 25,00	
4.	Verkaufswagen und ambulante Verkaufsfläche aller Art	Je Stand bis 10 m ² Verkaufsfläche Je Stand über 10 m ² Verkaufsfläche	bis 4 h 1 Tag bis 4 h 1 Tag	5,00 10,00 10,00 20,00	
5.	Schaustellereinrichtungen, Zirkus	Je Gesamteinrichtung	Tag	100,00	
6.	Geschäftlichen Zwecken dienende Tafeln zur Aufnahme von Plakaten und Werbeschriften, Werbeschilder, Anschlagssäulen		Monat	3,00	
7.	Tisch- und Stuhlaufstellungen (Gaststätten)	Pro Sitzplatz	Monat	0,20	
8.	Schaukästen mit Ausdehnung von über 30 cm	Pro Stück	Jahr	10,00	
9.	Beleuchtete Schilder	Pro Stück	Jahr	15,00	

531

Stadt Möckern

Satzung der Stadt Möckern über die Erhebung einer Hundesteuer

Aufgrund §§ 4, 6, 91 der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt vom 5. Oktober 1993 (GVBl. S. 568), in der zuletzt geänderten Fassung, und aufgrund der §§ 2, 3 des Kommunalabgabengesetz des Landes Sachsen-Anhalt in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Dezember 1996 (GVBl. S. 406), in der zuletzt geänderten Fassung, hat der Stadtrat der Stadt Möckern am 28.10.2004 folgende Satzung erlassen:

**§ 1
Steuergegenstand**

- (1) Die Stadt Möckern erhebt die Hundesteuer nach dieser Satzung.
- (2) Gegenstand der Steuer ist das Halten von mehr als drei Monate alten Hunden durch natürliche Personen in der Stadt Möckern.

**§ 2
Steuerschuldner**

- (1) Steuerschuldner ist der Halter eines Hundes.
- (2) Hundehalter ist, wer einen oder mehrere Hunde zu persönlichen Zwecken im eigenen Interesse oder im Interesse seiner Haushaltsangehörigen im eigenen Haushalt oder Wirtschaftsbetrieb aufgenommen hat.
- (3) Als Hundehalter gilt auch, wer einen Hund länger als zwei Monate im Jahr gepflegt, untergebracht oder auf Probe oder zum Anlernen gehalten hat, es sei denn er kann nachweisen, dass der Hund bereits in einer anderen Gemeinde in der Bundesrepublik Deutschland versteuert wird oder von der Steuer befreit ist.
- (4) Alle in einem Haushalt aufgenommenen Hunde gelten als von ihren Haltern gemeinsam gehalten. Halten mehrere Personen einen oder mehrere Hunde, so sind sie Gesamtschuldner.
- (5) Gesellschaften, Genossenschaften und Vereine haben eine natürliche Person als Halter eines oder mehrere Hunde zu bestimmen, die für die Steuer verantwortlich ist.

**§ 3
Entstehung und Ende der Steuerpflicht**

- (1) Die Steuerpflicht entsteht mit dem 1. des Monats, in dem ein Hund in einen Haushalt aufgenommen oder mit dem 1. des Monats, der dem Monat folgt, in dem der Hund drei Monate alt geworden ist. In den Fällen des § 2 Abs. 3 beginnt die Steuerpflicht mit dem 1. des Monats, der dem Monat folgt, in dem der Zeitraum von zwei Monaten überschritten worden ist.
- (2) Die Steuerpflicht endet mit Ablauf des Kalendermonats, in dem die Hundehaltung beendet wird oder in dem der Halter wegzieht. Die Hundehaltung ist beendet, wenn der Hund abgeschafft wird, abhandelt kommt oder verstirbt.

**§ 4
Erhebungszeitraum, Entstehung der Steuerschuld**

- (1) Die Steuer wird als Jahressteuer erhoben. Erhebungszeitraum ist das Kalenderjahr.
- (2) Entsteht oder endet die Steuerpflicht im Laufe eines Kalenderjahres, so ist die Steuer anteilmäßig auf volle Monate zu berechnen.
- (3) Die Jahressteuerschuld entsteht jeweils zu Beginn des Erhebungszeitraumes am 01.01. des jeweiligen Kalenderjahres. Beginnt die Steuerpflicht erst im Laufe des Erhebungszeitraumes, entsteht die Steuerschuld mit Beginn des Monats, in dem die Steuerpflicht beginnt (§ 3 Abs. 1).

§ 5 Festsetzung und Fälligkeit

- (1) Die Steuer wird für ein Kalenderjahr oder, wenn die Steuerpflicht erst während des Kalenderjahres beginnt, für den Rest des Kalenderjahres durch Bescheid festgesetzt.
- (2) Die Steuer ist mit dem Jahresbetrag am 01.07. eines jeden Jahres fällig.

§ 6 Steuersatz

- (1) Die Steuer beträgt jährlich

-	für den ersten Hund	35,00 €
-	für den zweiten Hund	55,00 €
-	für den dritten und jeden weiteren Hund	75,00 €.
- (2) Hunde, für die Steuerbefreiung nach § 8 gewährt wird, sind bei der Berechnung der Anzahl der Hunde nicht anzusetzen.
Hunde, für die Steuerermäßigung nach § 9 gewährt wird, gelten als erste Hunde.

§ 7 Allgemeine Voraussetzungen für Steuervergünstigungen

- (1) Die Gewährung von Steuervergünstigungen (Steuerbefreiungen, Steuerermäßigungen) nach den §§ 8 und 9 richtet sich nach den Verhältnissen zu Beginn des Kalenderjahres. In den Fällen des § 3 Abs. 1 sind die Verhältnisse bei Beginn der Steuerpflicht maßgeblich.
- (2) Steuervergünstigungen werden nur gewährt, wenn die Hunde, für welche die Vergünstigung in Anspruch genommen werden soll
 1. für den angegebenen Verwendungszweck hinlänglich geeignet sind
 2. entsprechend den Erfordernissen des Tierschutzes gehalten werden
 3. die in den Fällen des § 9 Nr. 3 und 4 geforderte Prüfung vor dem im Abs. 1 genannten Zeitpunkt mit Erfolg abgelegt haben
 4. und wenn der Halter des Hundes in den letzten fünf Jahren nicht rechtskräftig wegen Tierquälerei bestraft ist.
- (3) Anträge auf Gewährung einer Steuervergünstigung sollen bis zum Ablauf eines Monats nach Bekanntgabe des Steuerbescheides gestellt werden.

§ 8 Steuerbefreiungen

Steuerbefreiung wird auf Antrag gewährt für:

1. Hunde, die ausschließlich dem Schutz und der Hilfe blinder, tauber oder sonst hilfloser Personen dienen. Sonst hilflose Personen sind solche Personen, die einen Schwerbehindertenausweis mit dem Merkzeichen „B“, „BL“, „aG“ oder „H“ besitzen
2. Gebrauchshunde in der erforderlichen Anzahl, welche ausschließlich für die Bewachung von Herden verwendet werden
3. Jagdgebrauchshunde von Jagdausübungsberechtigten und bestätigten Jagdaufsehern, sofern diese Inhaber des Jagdscheines sind, und der Hund ausschließlich zum Zwecke der Jagd eingesetzt wird.
4. Hunde, die von ihrem Halter aus einem Tierheim erworben wurden, bis Ablauf von zwölf Monaten nach dem Erwerb.

§ 9 Steuerermäßigung

Die Steuer wird auf Antrag auf 50 v.H. ermäßigt für:

1. einen Hund, der der Bewachung von bewohnten Gebäuden dient, die von dem nächsten bewohnten Gebäude mehr als 200 m Luftlinie entfernt liegen
2. einen Hund, der der Bewachung von landwirtschaftlichen Anwesen dient, die von den nächsten bewohnten Gebäuden mehr als 200 m Luftlinie entfernt liegen
3. Hunde, die die für Melde-, Sanitäts- oder Schutzhunde vorgeschriebene Prüfung vor Leistungsprüfern der zuständigen Fachorganisation mit Erfolg abgelegt haben und für den Zivilschutz, Katastrophenschutz oder Rettungsdienst zur Verfügung stehen. Die Ablegung der Prüfung ist durch Vorlage eines Prüfungszeugnisses nachzuweisen und die Verwendung des Hundes in geeigneter Weise glaubhaft zu machen
4. Jagdgebrauchshunde, die eine Jagdeignungsprüfung abgelegt haben und neben persönlichen Zwecken auch der Jagd dienen
5. Hunde die von zugelassenen Unternehmungen des Bewachungsgewerbes oder von berufsmäßigen Einzelwächtern neben persönlichen Zwecken auch zur Ausübung des Wachdienstes dienen.

§ 10 Zwingersteuer

- (1) Von zuverlässigen Hundezüchtern, die mindestens zwei rassereine Hunde der gleichen Rasse, darunter eine Hündin im zuchtfähigen Alter, zu Zuchtzwecken halten, wird die Steuer auf Antrag in Form einer Zwingersteuer erhoben, soweit der Zwinger und die Zuchttiere in ein von einer anerkannten Hundezuchtvereinigung geführtes Zucht- oder Stammbuch eingetragen sind und der Hundezüchter sich schriftlich verpflichtet, später hinzukommende Tiere in gleicher Weise eintragen zu lassen.
- (2) Die Zwingersteuer beträgt für jeden Hund, der zu Zuchtzwecken gehalten wird, die Hälfte der Steuern nach § 6 Abs. 1, jedoch nicht mehr als die Steuer für zwei Hunde. Das Halten selbstgezogener Hunde ist steuerfrei, solange sie sich im Zwinger befinden und nicht älter als sechs Monate sind.

§ 11 Meldepflicht

- (1) Der Hundehalter ist verpflichtet, einen Hund innerhalb von 14 Tagen nach Aufnahme oder, wenn der Hund ihm durch Geburt von einer von ihm gehaltenen Hündin zugewachsen ist, innerhalb von 14 Tagen nach Ablauf des dritten Monats nach der Geburt bei der Stadt anzumelden. In den Fällen des § 2 Abs. 3 muss die Anmeldung innerhalb von 14 Tagen, an dem der Zeitraum von zwei Monaten überschritten worden ist, erfolgen.
- (2) Der Hundehalter ist verpflichtet, einen Hund innerhalb von 14 Tagen nach Beendigung der Hundehaltung bei der Stadt abzumelden. Im Falle einer Veräußerung sind bei der Abmeldung Name und Wohnung des Erwerbers anzugeben.
- (3) Entfallen die Voraussetzungen für eine Steuerermäßigung oder Steuerbefreiung, ist der Hundehalter verpflichtet, der Stadt dies innerhalb von 14 Tagen nach Eintritt des Grundes für den Wegfall der Vergünstigung anzuzeigen.

§ 12 Hundesteuermarken

- (1) Für jeden angemeldeten Hund, dessen Haltung im Stadtgebiet angezeigt wurde, wird eine Hundesteuermarke, die im Eigentum der Stadt verbleibt, ausgegeben.
- (2) Bis zur Ausgabe bzw. Übersendung einer neuen Steuermarke behält die bisherige Hundesteuermarke ihre Gültigkeit.

- (3) Der Hundehalter darf Hunde außerhalb seiner Wohnung oder seines umfriedeten Grundbesitzes nur mit der sichtbar befestigten gültigen Steuermarke umherlaufen lassen.
- (4) Endet die Hundehaltung, so ist die Steuermarke mit der Anzeige über die Beendigung der Hundehaltung innerhalb von 14 Tagen an die Stadt zurückzugeben.
- (5) Bei Verlust einer gültigen Hundesteuermarke wird dem Halter eine neue Marke gegen Ersatz der Kosten ausgehändigt. Dasselbe gilt für den Ersatz einer unbrauchbar gewordenen Hundesteuermarke; die unbrauchbar gewordene Hundesteuermarke ist zurückzugeben.

§ 13 Ordnungswidrigkeiten

Zu widerhandlungen gegen die §§ 11 und 12 Abs. 3 und 4 sind Ordnungswidrigkeiten nach § 16 Abs. 2 KAG LSA.

Die Ordnungswidrigkeit kann gemäß § 16 Abs. 3 KAG LSA mit einer Geldbuße geahndet werden.

§ 14 Billigkeitsmaßnahmen

In begründeten Einzelfällen, in denen die Einziehung der Steuer zur Fälligkeit eine erhebliche Härte für den Hundehalter bedeuten würde, kann die Steuer ganz oder teilweise gestundet werden, wenn der Anspruch durch die Stundung nicht gefährdet wird.

Ist die Einziehung der Steuer nach Lage des Einzelfalles unbillig, kann sie ganz oder zum Teil erlassen werden.

§ 15 Übergangsvorschrift

Die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Satzung bei der Stadt Möckern bereits angemeldeten Hunde gelten als angemeldet im Sinne des § 11 Abs. 1.

§ 16 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Gleichzeitig treten außer Kraft: die Satzung der Stadt Möckern vom 08.05.1991, die Satzung von Büden vom 20.02.1992, die Satzung von Hohenzitz vom 30.12.1991, die Satzung von Lübars vom 08.01.1991, die Satzung von Stegelitz vom 24.11.1992, die Satzung von Wörmnitz vom 01.02.1991, geändert § 3 Abs. 1 durch Beschluss 11/91 vom 23.03.1994 und die Satzung von Ziepel vom 20.01.1992

Möckern, den 28.10.2004

gez. Dr. Rönnecke
Bürgermeister der Stadt Möckern

Auf der Grundlage des § 94 der Gemeindeordnung Land Sachsen-Anhalt in der derzeit gültigen Fassung, hat der Gemeinderat der Gemeinde Möser in der Sitzung am 01.12.2004 folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2005 beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2005 wird

im Verwaltungshaushalt

- in den Einnahmen	2.711.600 €
- in den Ausgaben	2.711.600 €

im Vermögenshaushalt

- in den Einnahmen	1.108.600 €
- in den Ausgaben	1.108.600 €

festgesetzt.

§ 2

Kredite für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen werden nicht veranschlagt.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

§ 4

Der Höchstbetrag, bis zu dem Kassenkredite im Haushaltsjahr 2005 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 500.000 € festgesetzt.

§ 5

Die Steuerhebesätze für die Realsteuern werden für das Haushaltsjahr 2005 wie folgt festgesetzt:

Grundsteuer A	250 v.H.
Grundsteuer B	350 v.H.
Gewerbesteuer	250 v.H.

Möser, den 01.12.2004

gez. Bremer
Bürgermeister

2. Bekanntmachung der Haushaltssatzung

Die vorstehende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2005 wird hiermit öffentlich bekanntgemacht. Eine Genehmigung der Aufsichtsbehörde ist nicht erforderlich.

Der Haushaltsplan liegt nach § 94 der Gemeindeordnung Land Sachsen-Anhalt

vom 17.01.2005 bis 28.01.2005

zur Einsichtnahme im Verwaltungsamt Möser, Zimmer 02,
öffentlich aus.

Möser, 29.12.2004

gez. Bremer
Bürgermeister

2. Amtliche Bekanntmachungen

533

Gemeinde Möser

**Bekanntmachung
über den Satzungsbeschluss zur vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes
„Brunnenbreite II“, Möser, gem. § 13 BauGB**

Der Gemeinderat der Gemeinde Möser hat in seiner Sitzung am 01.12.2004 den Beschluss über die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes „Brunnenbreite II“ als Satzung beschlossen.

Die Satzung tritt mit dem Tag der Bekanntmachung in Kraft.

Der Bebauungsplan kann im Bauamt der Verwaltungsgemeinschaft Möser, Brunnenbreite 7/8, Zi. 45, täglich ab 9.00 Uhr während der Dienstzeiten oder nach Vereinbarung eingesehen werden.

Unbeachtlich werden eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften und nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägun

gez. Bremer
Bürgermeister

534

Gemeinde Möser

**Bekanntmachung
über die Verlängerung der Geltungsdauer der Satzung über die Veränderungssperre für den
Bereich des Bebauungsplanes „Am Fenn“**

Der Gemeinderat Möser hat in seiner Sitzung am 01.12.2004 die Verlängerung der Geltungsdauer der Satzung über die Veränderungssperre für den Bereich des Bebauungsplanes „Am Fenn“ beschlossen.

Die Geltungsdauer der o.g. Satzung über die Veränderungssperre tritt nach Ablauf von zwei Jahren außer Kraft.

Da noch keine rechtsverbindlichen Festsetzungen zur städtebaulichen Ordnung des künftigen Bebauungsplanes „Am Fenn“ getroffen wurden, kann die Gemeinde zur Sicherung der Planung in diesem Geltungsbereich die Frist der Verlängerungssperre um ein weiteres Jahr verlängern.

Der Beschluss wird hiermit bekannt gemacht.

gez. Bremer
Bürgermeister

535

Gemeinde Hohenwarthe

**Bekanntmachung
über die Auslegung der 2. Änderung des Flächennutzungsplanes
der Gemeinde Hohenwarthe (gem. § 3 Abs. 2 und § 4 BauGB)**

Der Gemeinderat Hohenwarthe hat in seiner Sitzung am 16.11.2004 die Auslegung der 2. Änderung des wirksamen Flächennutzungsplanes beschlossen.

Folgende Änderung soll durchgeführt werden:

Ein Teil der Waldfläche östlich des Sportplatzes soll in eine Gemeinbedarfsfläche Sportplatz umgewandelt werden.

Der zur Auslegung bestimmte Entwurf des geänderten Flächennutzungsplanes der Gemeinde Hohenwarthe, sowie der Erläuterungsbericht dazu liegen

vom 11.01.2005 bis 15.02.2005

im Bauamt der Verwaltungsgemeinschaft Möser, Brunnenbreite 7/8, Zi. 45, täglich ab 9.00 Uhr während der Dienstzeiten oder nach Vereinbarung zu jedermann Einsicht öffentlich aus.

Während dieser Auslegungsfrist können Anregungen und Bedenken schriftlich oder während der Dienststunden zur Niederschrift vorgebracht werden.

Bergmann
Bürgermeister

536

Gemeinde Lostau

**Bekanntmachung
der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanes „Grabenbruch“,
Gemeinde Lostau, (gem. § 3 Abs. 2 und § 4 BauGB)**

Der vom Gemeinderat Lostau in seiner Sitzung am 23.11.2004 gebilligte und zur Auslegung bestimmte Entwurf des Bebauungsplanes „Grabenbruch“, sowie die Begründung dazu liegen

vom 11.01.2005 bis 15.02.2005

im Bauamt der Verwaltungsgemeinschaft Möser, Brunnenbreite 7/8, Zi. 45, während der Dienstzeiten oder nach Vereinbarung zu jedermann Einsicht öffentlich aus.

Während dieser Auslegungsfrist können Anregungen und Bedenken schriftlich oder während der Dienststunden zur Niederschrift vorgebracht werden.

gez. Kreye
Bürgermeister

537

Gemeinde Schermen

**Bekanntmachung der öffentlichen Auslegung einer 2. vereinfachten Änderung des
Vorhaben- und Erschließungsplanes „Sandstücken“, Gemeinde Schermen,
(gem. § 13 BauGB)**

Der Gemeinderat Schermen hat in seiner Sitzung am 23.11.2004 den Beschluss zur Durchführung einer 2. vereinfachten Änderung des Vorhaben- und Erschließungsplanes „Sandstücken“ beschlossen.

Der geänderte VE-Plan liegt in der Zeit

vom 11.01.2005 bis 15.02.2005

im Bauamt der Verwaltungsgemeinschaft Möser, Brunnenbreite 7/8, Zi. 45, während der Dienstzeiten oder nach Vereinbarung zu jedermann Einsicht öffentlich aus.

Während dieser Auslegungsfrist können von betroffenen Bürgern Anregungen und Bedenken schriftlich oder während der Dienststunden zur Niederschrift vorgebracht werden.

gez. Bartels
Bürgermeister

538

Gemeinde Hohenwarthe

Bekanntmachung über die Aufhebung des Feststellungsbeschlusses zum geänderten Flächennutzungsplan der Gemeinde Hohenwarthe

Der Gemeinderat der Gemeinde Hohenwarthe hat in seiner Sitzung am 16.11.2004 die Aufhebung des Feststellungsbeschlusses zum geänderten Flächennutzungsplan der Gemeinde Hohenwarthe beschlossen.

Der Beschluss wird hiermit bekannt gemacht.

gez. Bergmann
Bürgermeister

539

Gemeinde Hohenwarthe

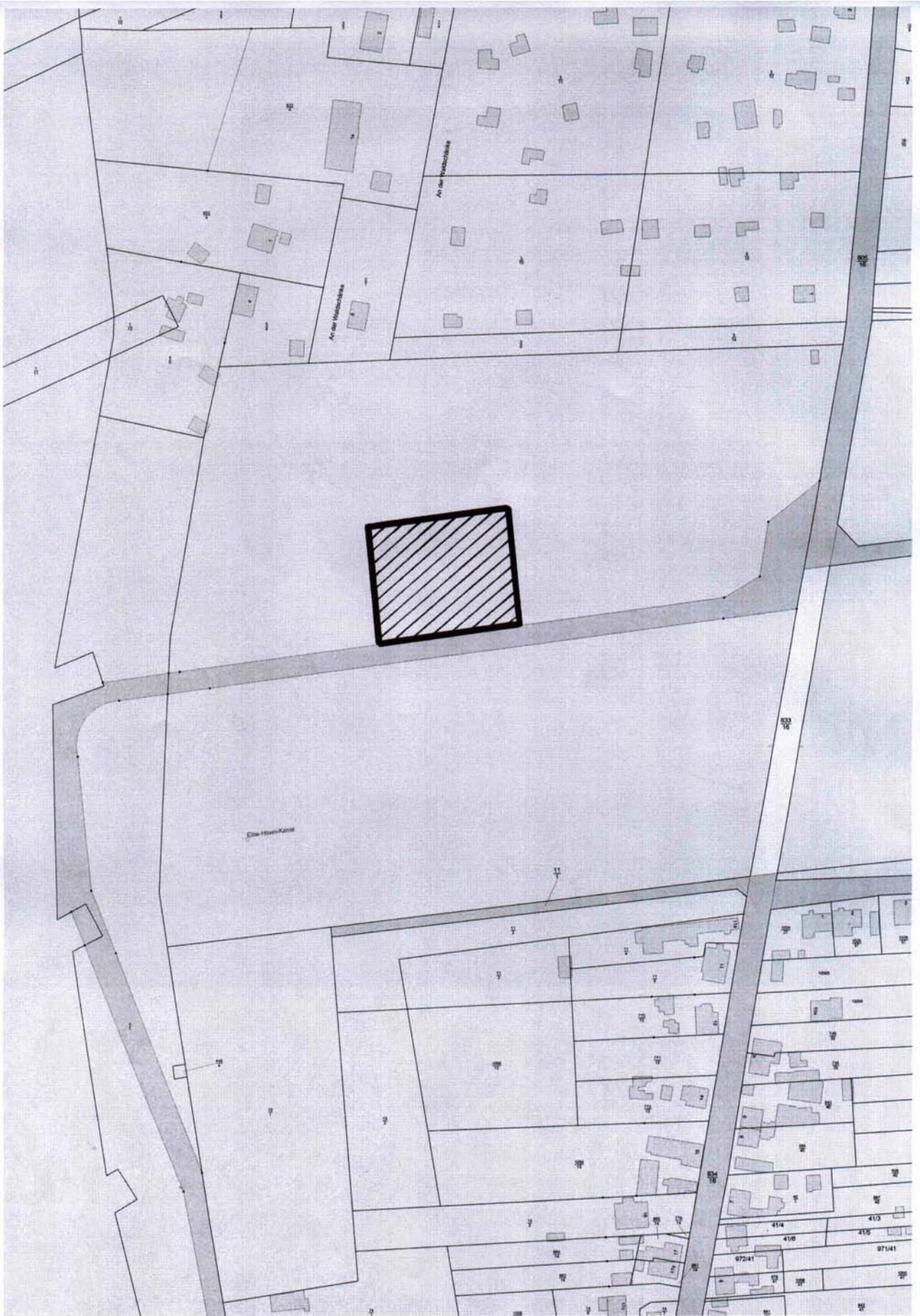
Bekanntmachung über den Aufstellungsbeschluss des Bebauungsplanes „Parkplatz an der Trogbrücke“, Gemeinde Hohenwarthe, gem. § 2 Abs.1 BauGB

Der Gemeinderat der Gemeinde Hohenwarthe hat in seiner Sitzung am 16.11.2004 die Aufstellung des Bebauungsplanes „Parkplatz an der Trogbrücke“ beschlossen.

Der Beschluss wird hiermit bekannt gemacht.

(Räumlicher Geltungsbereich siehe Skizze)

gez. Bergmann
Bürgermeister



540

Stadt Genthin /
Verwaltungsgemeinschaft Stremme-Nordfiener

**Bekanntmachung zur Auflösung der Zweckvereinbarung zwischen der Stadt Genthin
und der Verwaltungsgemeinschaft Stremme-Nordfiener**

Gemäß § 3 Abs. 5 des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit (GKG) wird bekannt gegeben,
dass

zum 31.12.2004

die Zweckvereinbarung zwischen der Stadt Genthin und der Verwaltungsgemeinschaft Stremme-Nordfiener zur Übertragung der Wahrnehmung gewerberechtlicher Aufgaben auf die Stadt Genthin vom 17.12.2002 aufgelöst wird.

Genthin, den 30.12.2004

gez. Bernicke
Bürgermeister
der Stadt Genthin

gez. Schwindack
Leiter des gemeinsamen
Verwaltungsamtes Stremme-Nordfiener

541

Stadt Genthin /
Verwaltungsgemeinschaft Stremme-Nordfiener

**Bekanntmachung zur Auflösung der Zweckvereinbarung zwischen der Stadt Genthin
und der Verwaltungsgemeinschaft Stremme-Nordfiener**

Gemäß § 3 Abs. 5 des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit (GKG) wird bekannt gegeben,
dass

zum 31.12.2004

die Zweckvereinbarung zwischen der Stadt Genthin und der Verwaltungsgemeinschaft Stremme-Nordfiener zur Übertragung der standesamtlichen Aufgaben auf die Stadt Genthin vom 19.12.2002 aufgelöst wird.

Genthin, den 30.12.2004

gez. Bernicke
Bürgermeister
der Stadt Genthin

gez. Schwindack
Leiter des gemeinsamen
Verwaltungsamtes Stremme-Nordfiener

542

**Bekanntmachung der Gemeinde Möser
Umbenennung eines Teilstückes der August- Bebel- Straße in „Winterseck“
Verwaltungsgemeinschaft Möser**

Laut Beschluss des Gemeinderates Möser vom 27.10.2004 wird das Teilstück der August-Bebel-Straße, bestehend aus dem Flurstück 5/5 der Flur 1, in „Winterseck“ umbenannt (siehe Lageplan, markiert).



Die Umbenennung des Eckweges zwischen dem Schermener Weg und August-Bebel-Straße ist zur besseren Orientierung erfolgt.

Möser, den 01.12.2004

gez. M. Bremer
Bürgermeister

543

Gemeinde Hohenwarthe

Bekanntmachung über die 3. Auslegung der 1. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Hohenwarthe (gem. § 3 Abs. 2 und § 4 BauGB)

Der Gemeinderat Hohenwarthe hat in seiner Sitzung am 16.11.2004 die 3. Auslegung der 1. Änderung des wirksamen Flächennutzungsplanes beschlossen.

Folgende Änderung soll durchgeführt werden:

Die nördlich und südlich an die Hauptsraße angrenzenden Mischbauflächen sollen in Wohnbauflächen umgewandelt werden.

Ein Teil der Waldfläche der Flur 2, Flurstück 60/7, nördlich des Mittellandkanals, die im Flächennutzungsplan als Vorbehaltsfläche für den Bau des Wasserstraßenkreuzes ausgewiesen wurde, soll in eine Verkehrsfläche (Zweckbestimmung öffentliche Parkfläche) umgewandelt werden.

Der zur Auslegung bestimmte Entwurf des geänderten Flächennutzungsplanes der Gemeinde Schermen, sowie der Erläuterungsbericht dazu liegen

vom 11.01.2005 bis 15.02.2005

im Bauamt der Verwaltungsgemeinschaft Möser, Brunnenbreite 7/8, Zi. 45, täglich ab 9.00 Uhr während der Dienstzeiten oder nach Vereinbarung zu jedermann Einsicht öffentlich aus.

Während dieser Auslegungsfrist können Anregungen und Bedenken schriftlich oder während der Dienststunden zur Niederschrift vorgebracht werden.

Bergmann

Bürgermeister

544

Abstimmungsbekanntmachung

1. **Am Sonntag, dem 23. Januar 2005, findet der**

Volksentscheid in Sachsen-Anhalt

statt.

Die Abstimmung dauert von 8 bis 18 Uhr.

2. **Die Gemeinde Wulkow
- bildet einen Abstimmungsbezirk**

In den Abstimmungsbenachrichtigungen, die den beteiligungsberechtigten Personen in der Zeit vom 20.12.2004 bis 23.12.2004 übersandt worden sind, sind der Abstimmungsbezirk und der Abstimmungsraum angegeben, in dem die beteiligungsberechtigten Personen abzustimmen haben.

3. Der Briefabstimmungsvorstand/Die Briefabstimmungsvorstände tritt/treten zur Ermittlung des Briefabstimmungsergebnisses am Abstimmungstag
um 17.00 Uhr

in **39288 Burg, In der Alten Kaserne** zusammen.

4. Jede beteiligungsberechtigte Person, die keinen Abstimmungsschein besitzt, kann nur in dem Abstimmungsraum des Abstimmungsbezirks abstimmen, in dessen Beteiligtenverzeichnis sie eingetragen ist.

Die beteiligungsberechtigten Personen haben zur Abstimmung ihre Abstimmungsbenachrichtigung mitzubringen und ihren amtlichen Personalausweis bereitzuhalten. Sie haben sich auf Verlangen des Abstimmungsvorstandes über ihre Person auszuweisen. Die Abstimmungsbenachrichtigung soll bei der Abstimmung abgegeben werden.

Abgestimmt wird mit amtlichen Stimmzetteln. Jede beteiligungsberechtigte Person erhält am Abstimmungstag im zuständigen Abstimmungsraum einen amtlichen Stimmzettel ausgehändigt. Jede beteiligungsberechtigte Person hat eine Stimme. Der Stimmzettel bezeichnet den der Abstimmung zugrunde liegenden Gesetzentwurf und beinhaltet die Abstimmungsfrage. Der Stimmzettel sieht die Möglichkeit vor, die Abstimmungsfrage mit "Ja" oder "Nein" durch Kennzeichnung eines Kreises zu beantworten. Bei mehreren Gesetzentwürfen, die denselben Gesetzgebungsgegenstand betreffen, gilt entsprechendes.

5. Die abstimmende Person gibt ihre Stimme in der Weise ab, dass sie durch ein in einen Kreis gesetztes Kreuz oder auf andere Weise eindeutig kenntlich macht ob die Frage mit "Ja" oder "Nein" beantwortet wurde.

Der Stimmzettel muss von der abstimmenden Person in einer Abstimmungszelle des Abstimmungsraumes oder in einem besonderen Nebenraum unbeobachtet gekennzeichnet und in gefaltetem Zustand so in die Abstimmungsurne gelegt werden, dass die Kennzeichnung von umstehenden Personen nicht erkannt werden kann.

6. Die Abstimmungshandlung sowie die im Anschluss an die Abstimmungshandlung erfolgende Ermittlung und Feststellung des Abstimmungsergebnisses im Abstimmungsbezirk sind öffentlich. Jeder hat Zutritt, soweit das ohne Beeinträchtigung des Abstimmungsgeschäfts möglich ist. Während der Abstimmungszeit sind in und an dem Gebäude, in dem sich der Abstimmungsraum befindet, sowie unmittelbar vor dem Zugang zu dem Gebäude jede Beeinflussung der abstimmenden Personen durch Ton, Schrift oder Bild sowie jede Sammlung von Unterschriften verboten.
7. Beteiligungsberechtigte Personen, die einen Abstimmungsschein haben, können an der Abstimmung im Abstimmungskreis, in dem der Abstimmungsschein ausgestellt ist,

- a) durch Stimmabgabe in einem beliebigen Abstimmungsbezirk dieses Abstimmungskreises oder
- b) durch Briefabstimmung teilnehmen.

Eine beteiligungsberechtigte Person, die sich durch Briefabstimmung beteiligen will, muss sich von der Gemeinde einen amtlichen Stimmzettel, einen amtlichen Stimmzettelumschlag sowie einen amtlichen Abstimmungsbriefumschlag beschaffen und den Abstimmungsbrief mit dem Stimmzettel (im verschlossenen Stimmzettelumschlag) und dem unterschriebenen Abstimmungsschein so rechtzeitig der auf dem Abstimmungsbriefumschlag angegebenen Stelle übersenden, dass er dort spätestens am Abstimmungstag bis 18 Uhr eingeht. Der Abstimmungsbrief kann auch bei der angegebenen Stelle abgegeben werden. Für die Briefabstimmung ist der abstimmenden Person ein Merkblatt zur Briefabstimmung zur Verfügung zu stellen.

- 8. Jede beteiligungsberechtigte Person kann das Abstimmungsrecht nur einmal und nur persönlich ausüben.

Wer unbefugt abstimmt oder sonst ein unrichtiges Ergebnis einer Abstimmung herbeiführt oder das Ergebnis verfälscht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu 5 Jahren oder mit Geldstrafe bestraft. Der Versuch ist strafbar (§ 107 a Abs. 1 und 3 des Strafgesetzbuches).

Wulkow, den 27.12.2004

gez. Schönefeld
(Handschriftliche Unterschrift)

(Dienstsiegel)

545

Abstimmungsbekanntmachung

- 1. **Am Sonntag, dem 23. Januar 2005, findet der**

Volksentscheid in Sachsen-Anhalt

statt.

Die Abstimmung dauert von 8 bis 18 Uhr.

- 2. **Die Stadt Jerichow**
- bildet einen Abstimmungsbezirk

In den Abstimmungsbenachrichtigungen, die den beteiligungsberechtigten Personen in der Zeit vom 20.12.2004 bis 23.12.2004 übersandt worden sind, sind der Abstimmungsbezirk und der Abstimmungsraum angegeben, in dem die beteiligungsberechtigten Personen abzustimmen haben.

- 3. Der Briefabstimmungsvorstand/Die Briefabstimmungsvorstände tritt/treten zur Ermittlung des Briefabstimmungsergebnisses am Abstimmungstag
um 17.00 Uhr

in **39288 Burg, In der Alten Kaserne** zusammen.

- 4. Jede beteiligungsberechtigte Person, die keinen Abstimmungsschein besitzt, kann nur in dem Abstimmungsraum des Abstimmungsbezirks abstimmen, in dessen Beteiligtenverzeichnis sie eingetragen ist.

Die beteiligungsberechtigten Personen haben zur Abstimmung ihre Abstimmungsbenachrichtigung mitzubringen und ihren amtlichen Personalausweis bereitzuhalten. Sie haben sich auf Verlangen des Ab-

stimmungsvorstandes über ihre Person auszuweisen. Die Abstimmungsbenachrichtigung soll bei der Abstimmung abgegeben werden.

Abgestimmt wird mit amtlichen Stimmzetteln. Jede beteiligungsberechtigte Person erhält am Abstimmungstag im zuständigen Abstimmungsraum einen amtlichen Stimmzettel ausgehändigt. Jede beteiligungsberechtigte Person hat eine Stimme. Der Stimmzettel bezeichnet den der Abstimmung zugrunde liegenden Gesetzentwurf und beinhaltet die Abstimmungsfrage. Der Stimmzettel sieht die Möglichkeit vor, die Abstimmungsfrage mit "Ja" oder "Nein" durch Kennzeichnung eines Kreises zu beantworten. Bei mehreren Gesetzentwürfen, die denselben Gesetzgebungsgegenstand betreffen, gilt entsprechendes.

5. Die abstimmende Person gibt ihre Stimme in der Weise ab, dass sie durch ein in einen Kreis gesetztes Kreuz oder auf andere Weise eindeutig kenntlich macht ob die Frage mit "Ja" oder "Nein" beantwortet wurde.

Der Stimmzettel muss von der abstimmenden Person in einer Abstimmungszelle des Abstimmungsraumes oder in einem besonderen Nebenraum unbeobachtet gekennzeichnet und in gefaltetem Zustand so in die Abstimmungsurne gelegt werden, dass die Kennzeichnung von umstehenden Personen nicht erkannt werden kann.

6. Die Abstimmungshandlung sowie die im Anschluss an die Abstimmungshandlung erfolgende Ermittlung und Feststellung des Abstimmungsergebnisses im Abstimmungsbezirk sind öffentlich. Jeder hat Zutritt, soweit das ohne Beeinträchtigung des Abstimmungsgeschäfts möglich ist. Während der Abstimmungszeit sind in und an dem Gebäude, in dem sich der Abstimmungsraum befindet, sowie unmittelbar vor dem Zugang zu dem Gebäude jede Beeinflussung der abstimmenden Personen durch Ton, Schrift oder Bild sowie jede Sammlung von Unterschriften verboten.

7. Beteiligungsberechtigte Personen, die einen Abstimmungsschein haben, können an der Abstimmung im Abstimmungskreis, in dem der Abstimmungsschein ausgestellt ist,

a) durch Stimmabgabe in einem beliebigen Abstimmungsbezirk dieses Abstimmungskreises oder

b) durch Briefabstimmung teilnehmen.

Eine beteiligungsberechtigte Person, die sich durch Briefabstimmung beteiligen will, muss sich von der Gemeinde einen amtlichen Stimmzettel, einen amtlichen Stimmzettelumschlag sowie einen amtlichen Abstimmungsbriefumschlag beschaffen und den Abstimmungsbrief mit dem Stimmzettel (im verschlossenen Stimmzettelumschlag) und dem unterschriebenen Abstimmungsschein so rechtzeitig der auf dem Abstimmungsbriefumschlag angegebenen Stelle übersenden, dass er dort spätestens am Abstimmungstag bis 18 Uhr eingeht. Der Abstimmungsbrief kann auch bei der angegebenen Stelle abgegeben werden. Für die Briefabstimmung ist der abstimmenden Person ein Merkblatt zur Briefabstimmung zur Verfügung zu stellen.

8. Jede beteiligungsberechtigte Person kann das Abstimmungsrecht nur einmal und nur persönlich ausüben.

Wer unbefugt abstimmt oder sonst ein unrichtiges Ergebnis einer Abstimmung herbeiführt oder das Ergebnis verfälscht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu 5 Jahren oder mit Geldstrafe bestraft. Der Versuch ist strafbar (§ 107 a Abs. 1 und 3 des Strafgesetzbuches).

Jerichow, den 27.12.2004

gez. Bothe
(Handschriftliche Unterschrift)

(Dienstsiegel)

Öffentliche Bekanntmachung der Gemeinde "Wulkow" über die Jahresrechnung 2003 und die Entlastung des Bürgermeisters für das Haushaltsjahr 2003

Gemäß § 108 der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt vom 05.10.1993 in der jeweils gültigen Fassung hat der Gemeinderat der Gemeinde "Wulkow" mit Beschluss-Nr.: 011/5-2004 vom 25.11.2004 über die Jahresrechnung 2003 beschlossen und zugleich dem Bürgermeister der Gemeinde Wulkow die Entlastung für das Haushaltsjahr 2003 erteilt.

Die Jahresrechnung 2003 und der Rechenschaftsbericht liegen in der Zeit vom

27.12.2004 bis 07.01.2005

im gemeinsamen Verwaltungsamt der Verwaltungsgemeinschaft Jerichow, in 39319 Jerichow, Karl-Liebnecht-Str. 10, zu den Dienstzeiten zur Einsichtnahme aus.

gez. Schönefeld
Bürgermeister

-Siegelabdruck-

547

Gemeinde Schermen

Bekanntmachung über die Auslegung der 2. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Schermen (gem. § 3 Abs. 2 und § 4 BauGB)

Der Gemeinderat Schermen hat in seiner Sitzung am 21.12.2004 die Auslegung der 2. Änderung des wirk-samen Flächennutzungsplanes beschlossen.

Folgende Änderung soll durchgeführt werden:

**Ein Teil der Grünfläche östlich des Tinselsees soll in eine Sonderbaufläche „Sport und Freizeit“
umgewandelt werden.**

**Ein Teil der gewerblichen Baufläche zwischen B 1 und Schermener Weg soll in eine Mischbaufläche
umgewandelt werden.**

Der zur Auslegung bestimmte Entwurf des geänderten Flächennutzungsplanes der Gemeinde Schermen , sowie der Erläuterungsbericht dazu liegen

vom 11.01.2005 bis 15.02.2005

im Bauamt der Verwaltungsgemeinschaft Möser, Brunnenbreite 7/8, Zi. 45, täglich ab 9.00 Uhr während der Dienstzeiten oder nach Vereinbarung zu jedermann Einsicht öffentlich aus.

Während dieser Auslegungsfrist können Anregungen und Bedenken schriftlich oder während der Dienst-stunden zur Niederschrift vorgebracht werden.

Bartels
Bürgermeister

548

Bekanntmachung der Gemeinde Lostau, Widmung eines Teils des Wirtschaftsweges 034_008, Verwaltungsgemeinschaft Möser

Laut Beschluss des Gemeinderates Lostau vom 14.12.2004 wird ein Teil des Wirtschaftsweges 034_008 (Teil des Elberadweges) mit sofortiger Wirkung gemäß § 6 des StrG LSA als Gemeindestraße für den öffentlichen Verkehr gewidmet.

Folgende **Widmungsbeschränkung** wird festgelegt:

Die Nutzung der im Lageplan gekennzeichneten Wegeflächen ist beschränkt auf Radfahrer und Fußgänger bzw. auf den in § 4 des Feld- und Forstordnungsgesetzes (FFOG) genannten Personenkreis.

Die Wegfläche besteht aus Teilflächen der Flurstücke 343/19 (808 m² von 2.739 m²), 133/30 (120 m² von 2.281 m²) und 29/6 (1.210 m² von 2.437 m²) der Flur 1 der Gemarkung Lostau.

Träger der Straßenbaulast ist die Gemeinde Lostau.

Gemäß § 1 der Nutzungsvereinbarung zwischen dem Land Sachsen-Anhalt (Grundstückseigentümer) und der Gemeinde Lostau (Nutzungsberechtigte) vom 17.08.2004, muss der Weg (bestehend aus den o.g. Flächen) bis zum 31.12.2004 gewidmet werden.

Die Widmung ist Bestandteil der Nutzungsvereinbarung.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen die Widmung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift bei der Verwaltungsgemeinschaft Möser, Bauamt, Brunnenbreite 7/8, 39291 Möser, einzulegen.

Der Lageplan kann im Bauamt der Verwaltungsgemeinschaft Möser, Zimmer 48, während der Dienstzeiten eingesehen werden.

Lostau, den 14.12.2004

gez. M. Kreye
Bürgermeister

549

Gemeinsame Abstimmungsbekanntmachung

1. Am Sonntag, dem 23. Januar 2005

findet in Sachsen-Anhalt ein

Volksentscheid

statt.

Die Abstimmung dauert von 8 bis 18 Uhr

2. Die Gemeinde **Brettin bildet einen Abstimmungsbezirk.**

Der Abstimmungsraum wird in der **Heinrich-Heine-Straße 72**, in **Brettin, Schulspeisung**, eingerichtet.

Die Gemeinde **Demsin** bildet einen Abstimmungsbezirk.

Der Abstimmungsraum wird in der **Genthiner Str. 39**, in **Kleinwusterwitz, Gemeindebüro**, eingerichtet.

Die Gemeinde **Kade** bildet einen Abstimmungsbezirk.

Der Abstimmungsraum wird in der **Genthiner Straße 22**, in **Kade, Gemeindehaus**, eingerichtet

Die Gemeinde **Karow** bildet einen Abstimmungsbezirk.

Der Abstimmungsraum wird in der **Friedenstraße 29**, in **Karow, Dorfgemeinschaftshaus**, eingerichtet.

Die Gemeinde **Klitsche** bildet einen Abstimmungsbezirk.

Der Abstimmungsraum wird in der **Dorfstraße 6**, in **Neuenklitsche, Dorfgemeinschaftshaus**, eingerichtet.

Die Gemeinde **Roßdorf** bildet einen Abstimmungsbezirk.

Der Abstimmungsraum wird in der **Fröbelstraße 23**, in **Roßdorf, Gemeindehaus**, eingerichtet.

Die Gemeinde **Schlagenthin** bildet einen Abstimmungsbezirk.

Der Abstimmungsraum wird in der **Schulstraße 12**, in **Schlagenthin, Grundschule**, eingerichtet.

Die Gemeinde **Zabakuck** bildet einen Abstimmungsbezirk.

Der Abstimmungsraum wird **Am Park 12**, in **Zabakuck, Dorfgemeinschaftshaus**, eingerichtet.

In den Abstimmungsbezirken kommen keine Wahlgeräte zum Einsatz.

Die Gemeinden sind jeweils in einen Abstimmungsbezirk eingeteilt.

In den jeweiligen Abstimmungsbenachrichtigungen, die den beteiligungsberechtigten Personen in der Zeit **vom 19.12.2004 bis 02.01.2005** übersandt worden sind, sind der jeweilige Abstimmungsbezirk und der jeweilige Abstimmungsraum angegeben, in dem die beteiligungsberechtigten Personen abzustimmen haben.

3. Die Briefabstimmungsvorstände treten zur Ermittlung des Briefabstimmungsergebnisses am Abstimmungstag um **17.00 Uhr in der Kreisverwaltung des Landkreises Jerichower Land, In der Alten Kaserne 4, 39288 Burg** zusammen.
4. Jede beteiligungsberechtigte Person, die keinen Abstimmungsschein besitzt, kann nur in dem Abstimmungsraum des Abstimmungsbezirkes abstimmen, in dessen Beteiligtenverzeichnis sie eingetragen ist. Die beteiligungsberechtigten Personen haben zur Abstimmung ihre Abstimmungsbenachrichtigung mitzubringen und ihren amtlichen Personalausweis bereitzuhalten. Sie haben sich auf Verlangen des Abstimmungsvorstandes über ihre Person auszuweisen.
Die Abstimmungsbenachrichtigung soll bei der Abstimmung abgegeben werden.
Abgestimmt wird mit amtlichen Stimmzetteln. Jede beteiligungsberechtigte Person erhält am Abstimmungstag im zuständigen Abstimmungsraum einen amtlichen Stimmzettel ausgehändigt.
Jede beteiligungsberechtigte Person hat eine Stimme.
Der Stimmzettel bezeichnet den der Abstimmung zugrunde liegenden Gesetzentwurf und beinhaltet die Abstimmungsfrage. Der Stimmzettel sieht die Möglichkeit vor, die Abstimmungsfrage mit „Ja“ oder „Nein“ durch Kennzeichnung eines Kreises zu beantworten. Bei mehreren Gesetzentwürfen, die denselben Gesetzgebungsgegenstand betreffen, gilt entsprechendes.
5. Die abstimmende Person gibt ihre Stimme in der Weise ab, dass sie durch ein in einen Kreis gesetztes Kreuz oder auf andere Weise eindeutig kenntlich macht, ob die Frage mit „Ja“ oder „Nein“ beantwortet wurde.
Der Stimmzettel muss von der abstimmenden Person in einer Abstimmungszelle des Abstimmungsraumes oder in einem besonderen Nebenraum unbeobachtet gekennzeichnet und in gefaltetem Zustand so in die Abstimmungsurne gelegt werden, dass die Kennzeichnung von umstehenden Personen nicht erkannt werden kann.
6. Die Abstimmungshandlung sowie die im Anschluss an die Abstimmungshandlung erfolgende Ermittlung und Feststellung des Abstimmungsergebnisses im Abstimmungsbezirk sind öffentlich. Jeder hat Zutritt, soweit das ohne Beeinträchtigung des Abstimmungsgeschäftes möglich ist. Während der Abstimmungszeit sind in und an dem Gebäude, in dem sich der Abstimmungsraum befindet, sowie unmittelbar vor dem Zugang zu dem Gebäude jede Beeinflussung der abstimmenden Personen durch Ton, Schrift oder Bild sowie jede Sammlung von Unterschriften verboten.
7. Beteiligungsberechtigte Personen, die einen Abstimmungsschein haben, können an der Abstimmung im Abstimmungskreis, in dem der Abstimmungsschein ausgestellt ist,

a) durch Stimmabgabe in einem beliebigen Abstimmungsbezirk dieses Abstimmungskreises oder

b) durch Briefabstimmung teilnehmen.

Eine beteiligungsberechtigte Person, die sich durch Briefabstimmung beteiligen will, muss sich von der Gemeinde (Einwohnermeldeamt der Verwaltungsgemeinschaft) einen amtlichen Stimmzettel, einen amtlichen Stimmzettelumschlag sowie einen amtlichen Abstimmungsbriefumschlag beschaffen und den Abstimmungsbrief mit dem Stimmzettel (im verschlossenen Stimmzettelumschlag) und dem unterschriebenen Abstimmungsschein so rechtzeitig der auf dem Abstimmungsbriefumschlag angegebenen Stelle übersenden, dass er dort spätestens am Abstimmungstag bis 18 Uhr eingeht. Der Abstimmungsbrief kann auch bei der angegebenen Stelle abgegeben werden. Für die Briefabstimmung ist der abstimmenden Person ein Merkblatt zur Briefabstimmung zur Verfügung zu stellen.

8. Jede beteiligungsberechtigte Person kann das Abstimmungsrecht nur einmal und nur persönlich ausüben.

Wer unbefugt abstimmt oder sonst ein unrichtiges Ergebnis einer Abstimmung herbeiführt oder das Ergebnis verfälscht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu 5 Jahren oder mit Geldstrafe bestraft. Der Versuch ist strafbar (§ 107 a Abs. 1 und 3 des Strafgesetzbuches).

Genthin, den 29.12.2004

im Auftrag

Schwindack
Leiter des gemeinsamen
Verwaltungsamtes
(gem. § 10 LWO LSA)

(Dienstsiegel)

550

**Berichtigung
zur gemeinsamen Bekanntmachung über die Auslegung der Beteiligtenverzeichnisse
und die Erteilung vom Abstimmungsscheinen für den Volksentscheid
am 23. Januar 2005**

In der Bekanntmachung gemäß §§ 16, 77 Landeswahlordnung vom 29.11.2004, veröffentlicht im Amtsblatt des Landkreises Jerichower Land Nr. 22 vom 30.11.2004 muss es unter Punkt 1 wie folgt lauten:

Die Beteiligtenverzeichnisse zum Volksentscheid für die Gemeinden

Brettin, Demsin, Kade, Karow, Klitsche, Roßdorf, Schlagenthin und Zabakuck

liegen in der Zeit vom 03.01.2005 bis 07.01.2005

während der Dienststunden

und am 08.01.2005 von 7.00 bis 12.00 Uhr

im

**Einwohnermeldeamt der
VGem Stremme-Nordfiener, Breitscheidstr. 3, Genthin
(ab 01.01.2005 VGem Elbe-Stremme-Fiener)**

zu jedermanns Einsicht aus.

Berichtigung zu Punkt 2.

Wer das Beteiligtenverzeichnis für unrichtig oder unvollständig hält, kann innerhalb der Auslegungsfrist spätestens am **08.01.2005 bis 12.00 Uhr**, beim Einwohnermeldeamt einen Antrag auf Berichtigung des Beteiligtenverzeichnisses stellen.

Genthin, den 30.12.2004

im Auftrag

Schwindack
Leiter des gemeinsamen
Verwaltungsamtes
(gem. § 10 LW0 LSA)

551

**Öffentlich-rechtliche Vereinbarung
zur Bildung der Verwaltungsgemeinschaft Möckern-Fläming
– Gemeinschaftsvereinbarung –**

PRÄAMBEL

1. Die Gemeinden Dörnitz, Drewitz, Grabow, Krüssau, Küsel, Magdeburgerforth, Reesdorf, Reesen, Rietzel, Schopsdorf, Stresow, Theeßen und Wüstenjerichow gehören der Verwaltungsgemeinschaft „Fläming-Fiener“ an, die zum 31.12.2004 aufgelöst wird.
2. Die Gemeinden Tryppehna, Wallwitz, Zeddenick und die Stadt Möckern gehören der Verwaltungsgemeinschaft Möckern an.
3. Auf der Grundlage der §§ 75 bis 85 der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt (GO LSA) vom 05.10.1993 (GVBl. LSA. S. 568) in der derzeit geltenden Fassung und auf der Grundlage rechtsgültiger Beschlüsse der Gemeinderäte von Dörnitz, Drewitz, Grabow, Krüssau, Küsel, Magdeburgerforth, Reesdorf, Reesen, Rietzel, Schopsdorf, Stresow, Theeßen, Wüstenjerichow, Tryppehna, Wallwitz, Zeddenick und des Stadtrates von Möckern schließen die unter Ziffer 1. und 2. namentlich genannten Gemeinden folgende Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft (Gemeinschaftsvereinbarung) auf dem Wege des Beitritts der unter 1. genannten Gemeinden zur Verwaltungsgemeinschaft Möckern.

§ 1

Mitglieder, Name, Trägergemeinde, Sitz

- (1) Die Gemeinden Dörnitz, Drewitz, Grabow, Krüssau, Küsel, Magdeburgerforth, Reesdorf, Reesen, Rietzel, Schopsdorf, Stresow, Theeßen, Tryppehna, Wallwitz, Wüstenjerichow, Zeddenick und die Stadt Möckern, im Folgenden Mitgliedsgemeinden genannt, bilden mit Wirkung vom 01.01.2005 eine Verwaltungsgemeinschaft.
- (2) Die Verwaltungsgemeinschaft führt den Namen Möckern-Fläming.
- (3) Die Aufgaben des gemeinsamen Verwaltungsamtes werden von der Stadt Möckern (Trägergemeinde) erfüllt.
- (4) Sitz der Verwaltungsgemeinschaft ist die Stadt Möckern als Trägergemeinde.
- (5) In der Gemeinde Küsel ist eine Verwaltungsstelle mit Bürgerservice auf Dauer einzurichten.
- (6) Die Auflösung dieser Verwaltungsstelle bei Wegfall des Bedarfs ist nur nach Zustimmung des Gemeinschaftsausschusses möglich.

§ 2

Aufgaben

- (1) Die Verwaltungsgemeinschaft nimmt die Aufgaben wahr, die ihr durch Rechtsvorschriften übertragen sind.
- (2) Alle Mitgliedsgemeinden übertragen der Verwaltungsgemeinschaft die folgende Aufgabe aus ihrem eigenen Wirkungskreis:

- die Schiedsstelle
- (3) Alle Mitgliedsgemeinden außer der Trägergemeinde Stadt Möckern übertragen der Verwaltungsgemeinschaft die folgenden Aufgaben aus ihrem eigenen Wirkungskreis zur Erfüllung gemäß § 77 (2) GO LSA:
 - die Schulträgerschaft
 - die Kindertageseinrichtungen und Horte
 - (4) Mit Ausnahme der Trägergemeinde umfasst die Besorgung der nicht zur Erfüllung übertragenen Aufgaben des eigenen Wirkungskreises der Mitgliedsgemeinden gemäß § 77 Abs. 1 und 7 Satz 2 GO LSA auch die Erledigung der Verwaltungsaufgaben der Betriebe, Einrichtungen, Stiftungen und Zweckverbände der Mitgliedsgemeinden, soweit bei diesen keine eigene Verwaltung eingerichtet ist.

§ 3 Gemeinschaftsausschuss

- (1) Der Gemeinschaftsausschuss besteht aus den Bürgermeistern der Mitgliedsgemeinden. Mitgliedsgemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern entsenden je weiterer angefangener 2000 Einwohner ein weiteres Mitglied aus der Mitte des Gemeinderates in den Gemeinschaftsausschuss. Maßgeblich für die Einwohnerzahl ist der 31.12. des vorletzten Jahres. Der Bürgermeister und die weiteren Mitglieder ergeben die Stimmzahl der Mitgliedsgemeinde. Anstelle des Bürgermeisters entsendet die Trägergemeinde ein Mitglied des Stadtrates in den Gemeinschaftsausschuss. Der Bürgermeister der Trägergemeinde als Leiter des gemeinsamen Verwaltungsamtes gehört dem Gemeinschaftsausschuss mit beratender Stimme an.
- (2) Im Falle der Verhinderung wird der Bürgermeister durch den stellvertretenden Bürgermeister vertreten. Das anstelle des Bürgermeisters der Trägergemeinde in den Gemeinschaftsausschuss entsandte Gemeinderatsmitglied wird durch ein vom Stadtrat der Trägergemeinde bestelltes Gemeinderatsmitglied vertreten. Für die in Abs. 1 genannten weiteren Mitglieder des Gemeinschaftsausschusses bestellt der Gemeinderat aus seiner Mitte für den Verhinderungsfall jeweils einen Vertreter.
- (3) Das anstelle des Bürgermeisters der Trägergemeinde in den Gemeinschaftsausschuss entsandte Mitglied, die weiteren Mitglieder und deren Stellvertreter werden durch den Stadtrat oder Gemeinderat in der ersten Sitzung nach erfolgter Kommunalwahl durch Beschluss für die Dauer der Wahlperiode in den Gemeinschaftsausschuss entsandt. Die bisherigen Amtsinhaber bleiben bis zu diesem Zeitpunkt tätig.
- (4) Scheidet ein in den Gemeinschaftsausschuss entsandtes Gemeinderatsmitglied aus, entsendet der Gemeinderat unverzüglich ein anderes Mitglied.
- (5) Der Verwaltungsgemeinschaftsausschuss entscheidet über die Angelegenheiten nach § 77 der GO LSA in Verbindung mit dem § 2 Abs. 2 und 3 dieser Gemeinschaftsvereinbarung.

§ 4 Vorsitzender des Gemeinschaftsausschusses

- (1) Der Gemeinschaftsausschuss wählt für die Dauer der Wahlperiode der Gemeinderäte aus den stimmberechtigten Vertretern der Mitgliedsgemeinden den Vorsitzenden und zwei Stellvertreter. Die Wahlen erfolgen in der ersten Sitzung des Gemeinschaftsausschusses nach einer Kommunalwahl in jeweils gesonderten Wahlgängen.
- (2) Der Vorsitzende bzw. seine Stellvertreter führen die Geschäfte bis zur ersten Sitzung des Gemeinschaftsausschusses nach einer Kommunalwahl fort.
- (3) Scheidet der Vorsitzende oder die Stellvertreter vorzeitig aus dem Gemeinschaftsausschuss aus, erfolgt eine Nachwahl für die Dauer der restlichen Wahlperiode der Gemeinderäte.

§ 5 Zusammenarbeit mit der Trägergemeinde, Haushaltswirtschaft

- (1) Die Ernennung, Einstellung und Entlassung von Bediensteten ist Angelegenheit der Trägergemeinde.
- (2) Für die Verwaltungsgemeinschaft wird eine Haushaltssatzung nicht erlassen. Die Aufstellung eines Haushaltsplanes entfällt.

- (3) Die Einnahmen und Ausgaben für die Erfüllung der Gemeinschaftsaufgaben des jeweiligen Haushaltsjahres werden in den Haushaltsplan der Trägergemeinde eingestellt. Für die zur Erfüllung übertragenen Aufgaben gemäß § 2 Abs. 2 und 3 werden die Haushaltsansätze im Gemeinschaftsausschuss beraten und sind danach in den Haushalt der Trägergemeinde einzustellen.

§ 6 Kostenerstattung

- (1) Die der Verwaltungsgemeinschaft durch die Wahrnehmung der in § 2 Abs. 3 genannten Aufgaben entstehenden Kosten sind außerhalb der Umlage nach § 7 von den betroffenen Mitgliedsgemeinden zu erstatten.
- (2) Die nach Abs. 1 anfallenden Kosten werden nach Abschluss des Haushaltsjahres ermittelt und festgesetzt. Die nicht direkt zurechenbaren persönlichen und sächlichen Kosten können durch Beschluss des Gemeinschaftsausschusses pauschalisiert werden. Die betroffenen Mitgliedsgemeinden zahlen hierauf im laufenden Haushaltsjahr einen Abschlag in Vorjahreshöhe zu je einem Viertel zum 1. März, 1. Juni, 1. September und 1. Dezember. Ein gegebenenfalls notwendiger Ausgleich erfolgt an dem Zahlungstermin, der der Kostenfestsetzung für das vorangegangene Haushaltsjahr folgt.

§ 7 Umlage

- (1) Soweit die sonstigen eigenen Einnahmen nicht ausreichen, erhebt die Verwaltungsgemeinschaft zur Deckung des Finanzbedarfes bei der Trägergemeinde, der durch die Wahrnehmung der Aufgaben nach § 2 entsteht, von den Mitgliedsgemeinden eine Umlage, deren Höhe im Einvernehmen mit der Trägergemeinde durch Beschluss des Gemeinschaftsausschusses festgelegt wird. Bei der Ermittlung des Finanzbedarfs bleiben diejenigen Kosten unberücksichtigt, die der Trägergemeinde für die Aufgabenwahrnehmung in ihrem Bereich entstehen. Die Umlage wird nach dem Verhältnis der Einwohnerzahlen der Mitgliedsgemeinden bemessen. Der Gemeinschaftsausschuss kann durch einstimmigen Beschluss eine andere Regelung treffen. Die Umlage wird gemäß § 5 Abs. 3 Satz 1 im Haushaltsplan der Trägergemeinde veranschlagt.
- (2) Die Zahlung der Umlage hat zu je einem Viertel zum 1. Februar, 1. Mai, 1. August und 1. November zu erfolgen. Soweit der Umlagesatz für das laufende Haushaltsjahr noch nicht festgesetzt ist, ist an den genannten Tagen ein Abschlag in Vorjahreshöhe zu zahlen. Der Ausgleich erfolgt am nächsten Zahlungstermin nach Inkrafttreten der Haushaltssatzung.

§ 8 Rechtsnachfolge

- (1) Bei der Auflösung der Verwaltungsgemeinschaft „Fläming-Fiener“ werden durch Vereinbarung gemeinsam eingegangene Verpflichtungen wie Mitgliedschaften in Verbänden und Vereinigungen, abgeschlossene öffentlich-rechtliche und privatrechtliche Verträge und daraus resultierende Verbindlichkeiten sowie Anteile an Kapitalgesellschaften anteilig auf die in der Präambel unter 1. genannten Gemeinden übertragen. Die Verwaltungsgemeinschaft Möckern-Fläming tritt die Rechtsnachfolge für diese Angelegenheiten an, übernimmt die damit verbundenen Aufgaben und Verbindlichkeiten.
- (2) Die Mitgliedschaften in Verbänden und Vereinigungen sowie die Verträge und Kapitalbeteiligungen ergeben sich aus der beigefügten Aufstellung.
- (3) Das auf die unter (1) genannten Gemeinden entfallende bewegliche und unbewegliche anteilige Eigentum der aufgelösten Verwaltungsgemeinschaft „Fläming-Fiener“ geht in das Eigentum der Verwaltungsgemeinschaft Möckern-Fläming über.

§ 9 Ortsrecht

- (1) Die Satzungen und Verordnungen (Ortsrecht) der Verwaltungsgemeinschaften gelten, soweit sie nicht durch die Neubildung der Verwaltungsgemeinschaft Möckern-Fläming gegenstandslos geworden sind,

für den jeweiligen ursprünglichen Geltungsbereich so lange fort, bis sie durch die Verwaltungsgemeinschaft Möckern-Fläming wirksam ersetzt werden.

- (2) Das Ortsrecht ist spätestens bis zum 31.12.2006 zu ersetzen. Die Hauptsatzung der neu gebildeten Verwaltungsgemeinschaft und die Geschäftsordnung des Gemeinschaftsausschusses sind im Rahmen der konstituierenden Sitzung des Gemeinschaftsausschusses zu erlassen.

§ 10 Personalübergang

- (1) Die auf die in der Präambel unter 1. namentlich genannten Mitgliedsgemeinden bei der Auflösung der Verwaltungsgemeinschaft Fläming-Fiener entfallenden Beamten gehen mit dem Zeitpunkt des Beitritts zur Verwaltungsgemeinschaft Möckern-Fläming in den Dienst der Stadt Möckern als Trägergemeinde über (§ 128 Abs. 4 Beamtenrechtsrahmengesetz – BRRG). Die Leiterin des gemeinsamen Verwaltungsamtes der ehemaligen Verwaltungsgemeinschaft Fläming-Fiener wird von der Stadt Möckern übernommen und entsprechend ihrer bisherigen Besoldung eingesetzt.
- (2) Die auf die in der Präambel unter 1. namentlich genannten Mitgliedsgemeinden bei der Auflösung der Verwaltungsgemeinschaft „Fläming-Fiener“ entfallenden Angestellten und Arbeiter werden mit dem Zeitpunkt der Neubildung nach § 73 a GO LSA durch die Stadt Möckern als Trägergemeinde übernommen.
- (3) Die Beamten, Angestellten und Arbeiter sind verpflichtet, die ihnen übertragenen Aufgaben wahrzunehmen. Einen Anspruch auf Übertragung einer bestimmten Funktion oder eines bestimmten Arbeitsplatzes in der Verwaltung der Trägergemeinde haben sie nicht.
- (4) Die in der Präambel namentlich genannten Mitgliedsgemeinden beider Verwaltungsgemeinschaften werden darauf hinwirken, dass vom Abschluss dieser Gemeinschaftsvereinbarung bis zum Zeitpunkt der Neubildung der Verwaltungsgemeinschaft keine Veränderung der Dienst- oder arbeitsrechtlichen Verhältnisse ihres Personals, insbesondere keine Neueinstellungen erfolgen.

§ 11 Sprachliche Gleichstellung

Personen- und Funktionsbezeichnungen gelten jeweils in weiblicher und männlicher Form.

§ 12 Inkrafttreten

Die Gemeinschaftsvereinbarung ist mit der Genehmigung des Landesverwaltungsamtes als obere Kommunalaufsichtsbehörde im amtlichen Verkündungsblatt des Landkreises Jerichower Land zu veröffentlichen. Sie tritt am 01. Januar 2005 in Kraft. Die Gemeinschaftsvereinbarungen der Verwaltungsgemeinschaft „Fläming-Fiener“ und Möckern treten gleichzeitig außer Kraft.

Die Gemeinderäte der Mitgliedsgemeinden haben durch die nachstehend aufgeführten Beschlüsse die Mitgliedschaft im der Verwaltungsgemeinschaft bestätigt und den Text der Gemeinschaftsvereinbarung beschlossen.

Gemeinde	Datum und Beschluss-Nr.
Dörnitz	06.12.2004, 02/08/04
Drewitz	03.12.2004, 01/07/04
Grabow	08.12.2004, 02/10/04
Krüssau	06.12.2004, 02/10/04
Küsel	30.11.2004, 01/0 6/04
Magdeburgerforth	29.11.2004, 01/06/04
Reesdorf	07.12.2004, 02/09/04
Reesen	25.11.2004, 01/09/04
Rietzel	24.11.2004, 01/06/04
Schoppsdorf	09.12.2004, 01/12/04 22.12.2004, 01/13/04

Stresow	08.12.2004, 02/08/04
Theeßen	08.12.2004, 02/11/04
Wüstenjerichow	06.12.2004, 57 – 04 (XIII) 2004
Möckern	06.12.2004, 57-04 (XIII) 2004
Tryppenhna	06.12.2004, 8 (06-12) 2004 XIII
Wallwitz	07.12.2004, 8 (07-12) 2004 XIII
Zeddenick	07.12.2004, 10 (07-12) 2004 XIII

Küsel, 09. Dezember 2004

Gemeinde/Stadt	Unterschrift Bürgermeister/in	Siegelabdruck
----------------	----------------------------------	---------------

Dörnitz gez. Kitschke Bürgermeisterin	
Drewitz gez. Volkmar Bürgermeister	
Grabow gez. Pöschl Bürgermeisterin	
Krüssau gez. Kohl Bürgermeister	
Küsel gez. Dr. Hildebrand Bürgermeister	
Magdeburgerforth gez. Werner Bürgermeisterin	
Reesdorf gez. Frank Bürgermeisterin	
Reesen gez. Kottler Bürgermeisterin	
Rietzel gez. Pötter Bürgermeister	
Schopsdorf gez. Barz 23.12.2004 Bürgermeister	
Stresow gez. Jarosch Bürgermeisterin	
Theeßen gez. Sommerfeldt Bürgermeisterin	
Wüstenjerichow gez. Wolter	

Bürgermeister

Möckern

.....
gez. Dr. Rönnecke
Bürgermeister

Tryppenhna

.....
gez. Krüger
Bürgermeisterin

Wallwitz

.....
gez. Sens
Bürgermeister

Zeddenick

.....
gez. Becker
Bürgermeister

Anlage

Mitgliedschaft der VWG „Fläming-Fiener“:

- Kommunaler Schadensausgleich KSA
- Städte- und Gemeindebund
- Kommunaler Arbeitgeberverband KAV
- Zusatzversorgungskasse
- Versorgungskasse – Beamten
- Studieninstitut – Sikosa
- Verband der Kommunalkassenverwalter
- Landesfachverband der Landesbeamten e. V.

Für die Gemeinden Dörnitz, Drewitz, Grabow, Krüssau, Küsel, Magdeburgerforth, Reesdorf, Reesen, Rietzel, Schopsdorf, Stresow, Theeßen, Tryppenhna, Wallwitz, Wüstenjerichow, Zeddenick und die Stadt Möckern ergeht folgender Bescheid:

Landesverwaltungsamt

Genehmigung der Gemeinschaftsvereinbarung zur Bildung der Verwaltungsgemeinschaft Möckern-Fläming

Auf Antrag der Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft Fläming-Fiener und der Verwaltungsgemeinschaft Möckern ergeht folgender

Bescheid

1. Die Genehmigung der Gemeinschaftsvereinbarung zur Bildung der Verwaltungsgemeinschaft Möckern-Fläming, bestehend aus den Gemeinden, Dörnitz, Drewitz, Grabow, Krüssau, Küsel, Magdeburgerforth, Reesdorf, Reesen, Rietzel, Schopsdorf, Stresow, Theeßen und Wüstenjerichow (Verwaltungsgemeinschaft „Fläming-Fiener“) und den Gemeinden Tryppenhna, Wallwitz, Zeddenick und der Stadt Möckern (Verwaltungsgemeinschaft Möckern) wird erteilt.
2. Für diese Entscheidung werden keine Kosten erhoben.

Begründung

Zu 1.)

Die Stadt- und Gemeinderäte der Mitgliedsgemeinden haben die Bildung der Verwaltungsgemeinschaft Möckern-Fläming wie folgt beschlossen:

Stadt bzw. Gemeinde:	Beschluss am:
Dörnitz	06.12.2004

Drewitz	03.12.2004
Grabow	08.12.2004
Krüssau	06.12.2004
Küsel	30.11.2004
Magdeburgerforth	29.11.2004
Reesdorf	07.12.2004
Rietzel	24.11.2004
Schopisdorf	22.12.2004
Stresow	08.12.2004
Theeßen	08.12.2004
Wüstenjerichow	06.12.2004
Möckern	06.12.2004
Tryppenhna	06.12.2004
Wallwitz	07.12.2004
Zeddenick	07.12.2004

Sitz der Verwaltungsgemeinschaft ist die Stadt Möckern als Trägergemeinde. In der Gemeinde Küsel soll eine Außenstelle eingerichtet werden.

Der Landkreis Jerichower Land legte die o.g. Gemeinschaftsvereinbarung zur Bildung der Verwaltungsgemeinschaft Möckern-Fläming auf dem Dienstweg zur Genehmigung vor.

Gemäß den §§ 76 Abs. 4, 134 Satz 2 GO LSA i.V.m. § 6 Abs. 1 Verwaltungsmodernisierungsgrundsatzgesetz (VerwModGrG) vom 27.02.2003 (GVBl. LSA S. 40 ff.) i.V.m. § 2 Abs. 1 Gesetz zur Neuordnung der Landesverwaltung vom 17.12.2003 (GVBl. LSA S. 352) bedarf die Gemeinschaftsvereinbarung der Genehmigung des Landesverwaltungsamtes als obere Kommunalaufsichtsbehörde.

Die formelle und materielle Prüfung der zur Genehmigung eingereichten Unterlagen hat ergeben, dass die Beschlüsse ordnungsgemäß gefasst wurden und die Vereinbarung nicht gegen materielles Recht verstößt.

Die Gemeinschaftsvereinbarung ist daher zu genehmigen.

Zu 2.)

Die Kostenentscheidung beruht auf § 2 Abs. 2 des Verwaltungskostengesetzes für das Land Sachsen-Anhalt (VwKostG LSA) vom 27.06.1991 (GVBl. LSA S. 154), zuletzt geändert am 19.03.2002 (GVBl. LSA S. 130).

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe schriftlich oder zur Niederschrift Widerspruch beim Landesverwaltungsamt in Halle (Saale) erhoben werden.

Halle, den 23.12.2004

Im Auftrag

gez. Bormann

Vereinbarung über die Bildung der Verwaltungsgemeinschaft Gemeinschaftsvereinbarung

Auf der Grundlage der §§ 75 bis 85 der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt (GO LSA) vom 5. Oktober 1993 (GVBl. LSA S. 568) in der derzeit geltenden Fassung schließen die Gemeinden folgende öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft (Gemeinschaftsvereinbarung):

§ 1 Mitglieder, Name, Sitz

- (1) Die Gemeinden Biederitz, Gerwisch, Gübs, Hohenwarthe, Königsborn, Körbelitz, Lostau, Möser, Pietzpuhl, Schermen und Woltersdorf bilden mit Wirkung vom 1. Januar 2005 eine Verwaltungsgemeinschaft.
- (2) Die Verwaltungsgemeinschaft führt den Namen Biederitz-Möser.
- (3) Die Verwaltungsgemeinschaft bildet ein gemeinsames Verwaltungsamt mit Sitz in der Gemeinde Möser. In der Gemeinde Biederitz wird befristet bis zum 1. Mai 2005 eine Außenstelle eingerichtet.

§ 2 Gemeinschaftsausschuss

- (1) Der Gemeinschaftsausschuss besteht aus den Bürgermeistern der Mitgliedsgemeinden. Der Leiter des gemeinsamen Verwaltungsamtes ist mit beratender Stimme Mitglied des Gemeinschaftsausschusses.
- (2) Im Falle der Verhinderung wird der Bürgermeister durch die stellvertretenden Bürgermeister in der Reihenfolge ihrer Vertretung vertreten.

§ 3 Vorsitzender des Gemeinschaftsausschusses

- (1) Der Gemeinschaftsausschuss wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen 1. und 2. Stellvertreter. Die Wahlen erfolgen in der ersten Sitzung des Gemeinschaftsausschusses nach der Bildung der Verwaltungsgemeinschaft in jeweils gesonderten Wahlgängen.
- (2) Die Amtszeit des Vorsitzenden und seiner Stellvertreter beträgt 3 Jahre.
- (3) Scheidet der Vorsitzende oder ein Stellvertreter vorzeitig aus dem Gemeinschaftsausschuss aus, erfolgt eine Nachwahl.

§ 4 Sprachliche Gleichstellung

Personen- und Funktionsbezeichnungen gelten jeweils in weiblicher und männlicher Form.

§ 5 Inkrafttreten

Die Gemeinschaftsvereinbarung ist mit der Genehmigung des Landesverwaltungsamtes als obere Kommunalaufsichtsbehörde im amtlichen Verkündungsblatt des Landkreises Jerichower Land zu veröffentlichen. Sie tritt am 1. Januar 2005 in Kraft.

Burg, den 28. Dezember 2004

Für die Gemeinden Biederitz, Gerwisch, Gübs, Hohenwarthe, Königsborn, Körbelitz, Lostau, Möser, Pietzpuhl, Schermen und Woltersdorf aufgrund meiner Verfügung vom 28. Dezember 2004:

gez. Lothar Finzelberg
Landrat

- gesiegelt -

Für die Gemeinden Biederitz, Gerwisch, Gübs, Hohenwarthe, Königsborn, Körbelitz, Lostau, Möser, Pietzpuhl, Schermen und Woltersdorf ergeht folgender Bescheid:

Landesverwaltungsamt

**Genehmigung der Gemeinschaftsvereinbarung zur Bildung der Verwaltungsgemeinschaft
Biederitz-Möser**

Auf der Grundlage der §§ 75, 76, 138 GO LSA i.V.m. Artikel 6 des Gesetzes zur Fortentwicklung der Verwaltungsgemeinschaften und zur Stärkung der gemeindlichen Verwaltungstätigkeit ergeht folgender

Bescheid:

1. Die Gemeinschaftsvereinbarung zur Bildung der Verwaltungsgemeinschaft Biederitz-Möser, bestehend aus den Gemeinden, Biederitz, Gerwisch, Gübs, Hohenwarthe, Königsborn, Körbelitz, Lostau, Möser, Pietzpuhl, Schermen und Woltersdorf, wird zum 01.01.2005 genehmigt.
2. Die sofortige Vollziehung der Ziffer 1 dieser Verfügung wird angeordnet.
3. Für diese Entscheidung werden keine Kosten erhoben.

Begründung :

Zu 1.)

Das Ministerium des Innern des Landes Sachsen- Anhalt hat mit der Verordnung über die Zuordnung von Gemeinden zu Verwaltungsgemeinschaften vom 10.12.2004 (GVBl. LSA, vö. am 15.12.2004) von seiner Verordnungskompetenz gem. § 76 Abs. 1a GO LSA Gebrauch gemacht und unter § 2 Nr. 8 der VO die Gemeinden Biederitz, Gerwisch, Gübs, Hohenwarthe, Königsborn, Körbelitz, Lostau, Möser, Pietzpuhl, Schermen und Woltersdorf zu einer Verwaltungsgemeinschaft zusammengeschlossen, weil ein freiwilliger Zusammenschluss auf der Grundlage eines öffentlich-rechtlichen Vertrages nicht zustande gekommen ist.

Durch Ersatzvornahme des zuständigen Landkreises gem. § 138 GO LSA, wurden die Beschlüsse zu der Gemeinschaftsvereinbarung zur Bildung der Verwaltungsgemeinschaft Biederitz-Möser für die im Tenorpunkt 1 genannten Gemeinden bzw. Städte ersetzt.

Die zur Genehmigung vorgelegte Gemeinschaftsvereinbarung ist formell und materiell nicht zu beanstanden. Die Bildung der Verwaltungsgemeinschaft Biederitz-Möser zum 01.01.2005 wird genehmigt.

Zu 2.)

Die Anordnung der sofortigen Vollziehung beruht auf § 80 Abs. 2 Nr. 4 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) vom 19.03.1991 (BGBl. I S. 686) in der derzeit gültigen Fassung. Danach kann die sofortige Vollziehung einer Verfügung angeordnet werden, wenn dies dem überwiegenden öffentlichen Interesse geboten ist. Dabei sind die Interessen der Allgemeinheit an einem Sofortvollzug gegenüber dem Interesse der Betroffenen an einer aufschiebenden Wirkung von Widerspruch und Klage abzuwägen.

Im vorliegenden Fall überwiegt das öffentliche Interesse an der sofortigen Vollziehung, da das Inkraftsetzen der Gemeinschaftsvereinbarung zum 01.01.2005 das einzige Mittel ist, um eine ordnungsgemäße Verwaltung der Mitgliedsgemeinden zu sichern. Die den Mitgliedsgemeinden und der Verwaltungsgemeinschaft obliegenden Aufgaben können ohne wirksame Ersetzung der Gemeinschaftsvereinbarung nicht erfüllt bzw. wahrgenommen werden.

Mit der Zuordnung einzelner Gemeinden scheiden diese aus einer Verwaltungsgemeinschaft aus. Da diese Mitgliedsgemeinden selbst keine arbeitsfähige Verwaltung vorhalten, ist eine ordnungsgemäße Verwaltung zum 01.01.2005 nicht gesichert. Die den Mitgliedsgemeinden sowie den Verwaltungsgemeinschaften obliegenden Aufgaben könnten ohne die Maßnahmen der Kommunalaufsicht und deren Genehmigung durch die obere Kommunalaufsicht nicht wahrgenommen werden. Dagegen muss das Interesse, die Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft in eigener Verantwortung zu regeln, zurück treten. Zum Einen stellt bereits das Interesse der Allgemeinheit an einer arbeitsfähigen Verwaltung ein nicht disponibles Rechtsgut dar. Zum Anderen kann ohne das Handeln der Kommunalaufsicht einschließlich der Genehmigung dessen durch die obere Kommunalaufsicht und der damit bezweckten Sicherstellung der Arbeitsfähigkeit der Verwaltung ab 01.01.2005 auch keine Regelung der Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft durch die Betroffenen erfolgen, da hierfür eine arbeitsfähige Verwaltung Voraussetzung ist.

Zu 3.)

Die Kostenentscheidung beruht auf § 2 Abs. 2 des Verwaltungskostengesetzes für das Land Sachsen-Anhalt (VwKostG LSA) vom 27.06.1991 (GVBl. LSA S. 154), in der derzeit gültigen Fassung.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe schriftlich oder zur Niederschrift Widerspruch beim Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt in Halle (Saale) erhoben werden.

Halle, den 28.12.2004

Im Auftrag

gez. Bormann

C. Kommunale Zweckverbände

1. Satzungen, Verordnungen und Richtlinien

553

1. Änderung zur Satzung über die Erhebung von Beiträgen und Gebühren für die Abwasserbeseitigung des Wasserverbandes Burg (Gebiet „Neu“) Abwasserbeseitigungsabgabensatzung

Präambel

Aufgrund der §§ 6 und 91 der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt vom 05.10.1993 (GVBl. LSA S. 568) zuletzt geändert durch Gesetz vom 26.03.2004 (GVBl. LSA S. 234), der §§ 9 und 16 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GKG-LSA) in der Fassung der Bekanntmachung vom 26.02.1998 (GVBl. LSA S. 81) zuletzt geändert durch Gesetz vom 25.02.2004 (GVBl. LSA S. 80), der §§ 5, 6 und 8 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Sachsen-Anhalt (KAG-LSA) in der Fassung der Bekanntmachung vom 13.12.1996 (GVBl. LSA S. 405) zuletzt geändert durch Gesetz vom 18.12.2003 (GVBl. LSA S. 370) und des § 7 Abs. 1 des Ausführungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt zum Abwasserabgabengesetz vom 25.06.1992 (GVBl. LSA S. 580) zuletzt geändert durch Gesetz vom 19.03.2002 (GVBl. LSA S. 130) hat die Verbandsversammlung in ihrer Sitzung vom 6. Dezember 2004 folgende Änderungssatzung beschlossen:

- I. Die Abwasserbeseitigungsabgabensatzung vom 8. Dezember 2003 wird wie folgt geändert:

§ 1

§ 1 Abs. 1 erhält folgenden Wortlaut:

„(1) Der Wasserverband Burg betreibt Kanalisations- und Abwasserreinigungsanlagen im Freigefälle- und Drucksystem (öffentliche Abwasseranlage) zur zentralen Schmutzwasserbeseitigung in den Gemeinden Stresow, Grabow, Theeßen und Küsel (Einrichtung „Stresow“) als eine einheitliche öffentliche Einrichtung nach Maßgabe der Satzung über die Abwasserbeseitigung (Abwasserbeseitigungssatzung) vom 20.09.2004.“

§ 2

§ 2 Abs. 2 erhält folgenden Wortlaut:

„(2) Der Abwasserbeitrag deckt nicht die Kosten für den Grundstücksanschluss (Anschlussleitung vom Hauptsammler bis zur Grenze des zu entwässernden Grundstücks bei der Niederschlagswasserbeseitigung; Anschlussleitung vom Hauptsammler bis einschließlich Grundstücksentwässerungsschacht auf dem zu entwässernden Grundstück bzw. bei Lage des Grundstücksanschlussschachtes außerhalb des Grundstücks bis zur Grenze des zu entwässernden Grundstücks bei der Schmutzwasserentsorgung im Freigefällesystem; Anschlussleitung von der Hauptdruckleitung bis zur Grundstücksgrenze bei der Schmutzwasserentsorgung im Drucksystem).“

§ 3

§ 4 Abs. 4 Nr. 1 lit. b) und lit. c) erhalten folgenden Wortlaut:

„b) für die im Bebauungsplan statt der Zahl der Vollgeschosse die Höhe der baulichen Anlagen festgesetzt ist, in Kern-, Gewerbe-, Industrie- und Sondergebieten i.S. von § 11 Abs. 3 BauNVO die durch 3,5 und in allen anderen Baugebieten die durch 2,3 geteilte höchstzulässige Gebäudehöhe, wobei bei Bruchzahlen bis 0,49 abgerundet und bei Bruchzahlen ab 0,5 auf ganze Zahlen aufgerundet wird;

c) für die im Bebauungsplan weder die Zahl der Vollgeschosse noch die Höhe der baulichen Anlagen sondern nur eine Baumassenzahl festgesetzt ist, die durch 3,5 geteilte höchstzulässige Baumassenzahl, wobei bei einer Bruchzahl bis 0,49 abgerundet und bei einer Bruchzahl ab 0,5 auf ganze Zahlen aufgerundet wird;“

§ 4

§ 5 Abs. 1 erhält folgenden Wortlaut:

„(1) Der Beitragssatz für die Herstellung der öffentlichen Abwasseranlage beträgt 7,51 EUR/Kubikmeter, rückwirkend ab 1. Januar 2004.“

§ 5

Die Nummerierung des § 11 erfolgte doppelt.

Die Korrektur erfolgt entsprechend: **§ 12 Entstehung des Erstattungsanspruchs**

§ 12 Abs. 1 erhält folgenden Wortlaut:

„(1) Die Aufwendungen für die Herstellung, Anschaffung, Verbesserung, Erneuerung, Veränderung oder Beseitigung sowie die Kosten für die Unterhaltung der Grundstücksanschlüsse an die zentrale öffentliche Abwasseranlage (Anschlussleitung vom Hauptsammler bis zur Grenze des zu entwässernden Grundstücks bei der Niederschlagswasserbeseitigung; Anschlussleitung vom Hauptsammler bis einschließlich Grundstücksentwässerungsschacht auf dem zu entwässernden Grundstück bzw. bei Lage des Grundstücksanschlusschachtes außerhalb des Grundstücks bis zur Grenze des zu entwässernden Grundstücks bei der Schmutzwasserentsorgung im Freigefällesystem; Anschlussleitung von der Hauptdruckleitung bis zur Grundstücksgrenze bei der Schmutzwasserentsorgung im Drucksystem) – vgl. § 2 Abs. 4 der Abwasserbeseitigungssatzung – sind dem Verband in der tatsächlich entstandenen Höhe zu erstatten.“

§ 6

§ 15 wird wie folgt ergänzt:

„(6) Über den Antrag auf Absetzung der Schmutzwassermengen wird entsprechend der ‚Richtlinie zur Absetzung der Wassermengen, die nicht in die zentrale öffentliche Abwasseranlage gelangen‘ (Anlage 1) entschieden.

Von der Absetzung sind die Wassermengen ausgenommen, die für die Befüllung von Schwimmbecken/Poolen verwendet werden.“

§ 7

Die Nummerierung des § 22 erfolgte doppelt.

Die Korrektur erfolgt entsprechend: **§ 23 Datenverarbeitung**

II. In-Kraft-Treten

Diese Änderungssatzung tritt zum 1. Januar 2005 in Kraft. Gleichzeitig treten die entsprechenden Vorschriften der Abwasserbeseitigungsabgabensatzung vom 8. Dezember 2003 außer Kraft.

Burg, den 6. Dezember 2004

(Siegel)

gez. Sterz
Verbandsvorsitzender

Anlage 1

Richtlinie zur Absetzung der Wassermengen, die nicht in die zentrale öffentliche Abwasseranlage gelangen

Die antragsgemäß abzusetzenden Schmutzwassermengen sind mit einer der nachfolgend genannten Möglichkeiten nachzuweisen:

1. Der Einbau einer Schmutzwasserzähleinrichtung

- Die Gesamtkosten für den Bau einer Schmutzwasser-Zähleinrichtung trägt der Antragsteller.
- Der Antragsteller ist verpflichtet die Abnahme der Schmutzwasserzähleinrichtung durch den Wasserverband durchführen zu lassen.
- Pflege und Wartung der Zähleinrichtung sind vom Grundstückseigentümer durchzuführen.
- Bei auftretenden Schäden durch Nichtbeachtung der vorgegebenen Richtlinie hat der Antragsteller die Kosten der Reparatur und Instandsetzung zu tragen.
- Der Wasserverband oder dessen Beauftragte sind befugt, jederzeit die Zähleinrichtung zu kontrollieren.
- Der Missbrauch einer Zähleinrichtung sowie Ordnungswidrigkeiten nach § 22 der Abwasserbeseitigungssatzung können mit einer Geldbuße bis zu 2.500 Euro geahndet werden.

2. Die Absetzung und Minderung nach ATV-„Arbeitsbericht des ATV-Fachausschusses 7.4-Technisch-wissenschaftliche Grundlagen der Gebührenermittlung für industrielle Benutzer öffentlicher Abwasseranlagen“.

Der Antragsteller hat dem Antrag die für die Ermittlung der Absetzung und Minderung erforderlichen prüfbaren Unterlagen beizulegen.

3. Der Einbau einer Trinkwasser-Zählereinrichtung zum Absetzen von Schmutzwassermengen

- Die Gesamtkosten für den Bau einer Trinkwasser-Zählereinrichtung zum Absetzen von Schmutzwassermengen werden wie folgt aufgeteilt: Der Trinkwasserzähler wird vom Wasserverband auf seine Kosten gestellt, die Kosten für den Einbau der Armaturen sind vom Antragsteller zu übernehmen.
- Der Einbau der Armaturen darf nur durch ein eingetragenes Vertragsinstallationsunternehmen erfolgen.
- Der Antragsteller ist verpflichtet, die Abnahme der Trinkwasser-Zählereinrichtung zum Absetzen von Schmutzwassermengen durch den Wasserverband durchführen zu lassen.
- Pflege und Wartung der Zählereinrichtung sind (bis auf den vom Wasserverband gestellten Trinkwasserzähler) vom Grundstückseigentümer durchzuführen.
- Entscheidet sich der Wasserverband für den Einbau eines Schmutzwasserzählers bzw. einer Trinkwasser-Zählereinrichtung zum Absetzen von Schmutzwassermengen, dann bestimmt der Wasserverband, wo die Zählereinrichtung installiert wird. Der Antragsteller kann dazu gehört werden.
- Bei auftretenden Schäden durch Nichtbeachtung der vorgegebenen Richtlinie, hat der Antragsteller die Kosten der Reparatur und Instandsetzung zu tragen.
- Die Kosten für die zweite Trinkwasser-Zählereinrichtung betragen:

Mietgebühr:	5,11 EURO je Monat zzgl. 7% MwSt.
Einbau der Messeinrichtung:	40,90 EURO je Einbau zzgl. 16% MwSt.
Ausbau der Messeinrichtung:	40,90 EURO je Ausbau zzgl. 16% MwSt.

- Der Wasserverband oder dessen Beauftragte sind befugt, jederzeit die Zähleinrichtung zu kontrollieren.
- Die Ablesung erfolgt durch den Wasserverband oder dessen Beauftragten.
- Der Missbrauch einer Zähleinrichtung sowie Ordnungswidrigkeiten nach §22 der Abwasserbeseitigungssatzung können mit einer Geldbuße bis zu 2.500 Euro geahndet werden.
- Bereits vor Inkrafttreten der Anlage 1 vorhandene Trinkwasser-Zählereinrichtung zum Absetzen von Schmutzwassermengen, die nicht durch den Wasserverband Burg gestellt wurden, sind bis Ende 2005 durch Trinkwasserzähler des Wasserverbandes zu ersetzen. Der Ersatz ist zu beantragen. Ab 2006 werden Wassermengen, die nicht durch Trinkwasserzähler des Wasserverbandes ermittelt wurden, nicht mehr von der Schmutzwassermenge abgesetzt.

Der Wasserverband unterscheidet bei den Anträgen nach den Bereichen:

- a) gewerbliche Anschlussnehmer:
 - Einbau einer Schmutzwasserzähleinrichtung,
 - Absetzung nach ATV-Arbeitsbericht 7.4,
 - Einbau eines zweiten Trinkwasserzählers
- b) private Anschlussnehmer:
 - Einbau einer Schmutzwasserzähleinrichtung,
 - Einbau eines zweiten Trinkwasserzählers

554

3. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die dezentrale Abwasserbeseitigung im Wasserverband Burg (Gebiet „Alt“)

Präambel

Aufgrund der §§ 6 und 91 der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt vom 05.10.1993 (GVBl. LSA S. 568) zuletzt geändert durch Gesetz vom 26.03.2004 (GVBl. LSA S. 234), der §§ 9 und 16 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GKG-LSA) in der Fassung der Bekanntmachung vom 26.02.1998 (GVBl. LSA S. 81) zuletzt geändert durch Gesetz vom 25.02.2004 (GVBl. LSA S. 80), des § 5 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Sachsen-Anhalt (KAG-LSA) in der Fassung der Bekanntmachung vom 13.12.1996 (GVBl. LSA S. 405) zuletzt geändert durch Gesetz vom 18.12.2003 (GVBl. LSA S. 370) und des § 7 Abs. 1 des Ausführungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt zum Abwasserabgabengesetz vom 25.06.1992 (GVBl. LSA S. 580) zuletzt geändert durch Gesetz vom 19.03.2002 (GVBl. LSA S. 130) hat die Verbandsversammlung in ihrer Sitzung vom 6. Dezember 2004 folgende Änderungssatzung beschlossen:

I. In der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die dezentrale Abwasserbeseitigung vom 23.11.1998, zuletzt geändert durch Änderungssatzung vom 18.12.2001, erhält **§ 3 Abs. 2** folgenden Wortlaut:

- „(2) Die Abwasserleistungsgebühr beträgt für die Abwasserbeseitigung aus
- | | |
|------------------------------|--|
| a) Hauskläranlagen | 24,78 EUR/m³ Abwasser und Fäkalschlamm |
| b) abflusslosen Sammelgruben | 12,66 EUR/m³ Abwasser.“ |

II. In-Kraft-Treten

Diese Änderungssatzung tritt am 01.01.2005 in Kraft. Gleichzeitig treten die entsprechenden Vorschriften der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die dezentrale Abwasserbeseitigung im Wasserverband Burg vom 23. November 1998, zuletzt geändert durch Änderungssatzung vom 18.12.2001, außer Kraft.

Burg, den 6. Dezember 2004

(Siegel)

gez. Sterz
Verbandsvorsitzender

555

4. Änderung zur Satzung über die Erhebung von Beiträgen und Gebühren für die Abwasserbeseitigung (Schmutzwasser) des Wasserverbandes Burg (Gebiet „Alt“) Abwasserbeseitigungsabgabensatzung

Präambel

Aufgrund der §§ 6 und 91 der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt vom 05.10.1993 (GVBl. LSA S. 568) zuletzt geändert durch Gesetz vom 26.03.2004 (GVBl. LSA S. 234), der §§ 9 und 16 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GKG-LSA) in der Fassung der Bekanntmachung vom 26.02.1998 (GVBl. LSA S. 81) zuletzt geändert durch Gesetz vom 25.02.2004 (GVBl. LSA S. 80), der §§ 5, 6 und 8 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Sachsen-Anhalt (KAG-LSA) in der Fassung der Bekanntmachung vom 13.12.1996 (GVBl. LSA S. 405) zuletzt geändert durch Gesetz vom 18.12.2003 (GVBl. LSA S. 370) und des § 7 Abs. 1 des Ausführungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt zum Abwasserabgabengesetz vom 25.06.1992 (GVBl. LSA S. 580) zuletzt geändert durch Gesetz vom 19.03.2002 (GVBl. LSA S. 130) hat die Versammlung in ihrer Sitzung vom 6. Dezember 2004 folgende Änderungssatzung beschlossen:

- III. Die Abwasserbeseitigungsabgabensatzung vom 23. 11. 1998 in der Fassung vom 10.12.2001 wird wie folgt geändert:

§ 1

§ 1 Abs. 1 erhält folgenden Wortlaut:

„(1) Der Wasserverband Burg betreibt Kanalisations- und Abwasserreinigungsanlagen im Freigefälle- und Drucksystem (öffentliche Abwasseranlage) zur zentralen Schmutzwasserbeseitigung nach Maßgabe der Satzung über die Abwasserbeseitigung (Abwasserbeseitigungssatzung) vom 20.09.2004.“

§ 2

§ 2 Abs. 2 erhält folgenden Wortlaut:

„(2) Der Abwasserbeitrag deckt nicht die Kosten für den Grundstücksanschluss (Anschlussleitung vom Hauptsammler bis zur Grenze des zu entwässernden Grundstücks bei der Niederschlagswasserbeseitigung; Anschlussleitung vom Hauptsammler bis einschließlich Grundstücksentwässerungsschacht auf dem zu entwässernden Grundstück bzw. bei Lage des Grundstücksanschlussschachtes außerhalb des Grundstücks bis zur Grenze des zu entwässernden Grundstücks bei der Schmutzwasserentsorgung im Freigefällesystem; Anschlussleitung von der Hauptdruckleitung bis zur Grundstücksgrenze bei der Schmutzwasserentsorgung im Drucksystem).“

§ 3

§ 4 Abs. 4 Nr. 2 und Nr. 3 erhalten folgenden Wortlaut:

„2. für die im Bebauungsplan statt der Zahl der Vollgeschosse die Höhe der baulichen Anlagen festgesetzt ist, in Kern-, Gewerbe-, Industrie- und Sondergebieten i.S. von § 11 Abs. 3 BauNVO die durch 3,5 und in allen anderen Baugebieten die durch 2,3 geteilte höchstzulässige Gebäudehöhe, wobei bei Bruchzahlen bis 0,49 abgerundet und bei Bruchzahlen ab 0,5 auf ganze Zahlen aufgerundet wird;

3. für die im Bebauungsplan weder die Zahl der Vollgeschosse noch die Höhe der baulichen Anlagen sondern nur eine Baumassenzahl festgesetzt ist, die durch 3,5 geteilte höchstzulässige Baumassenzahl, wobei bei einer Bruchzahl bis 0,49 abgerundet und bei einer Bruchzahl ab 0,5 auf ganze Zahlen aufgerundet wird;“

§ 4

§ 12 Abs. 1 erhält folgenden Wortlaut:

„(1) Die Aufwendungen für die Herstellung, Anschaffung, Verbesserung, Erneuerung, Veränderung oder Beseitigung sowie die Kosten für die Unterhaltung der Grundstücksanschlüsse an die zentrale öffentliche Abwasseranlage (Anschlussleitung vom Hauptsammler bis zur Grenze des zu entwässernden Grundstücks bei der Niederschlagswasserbeseitigung; Anschlussleitung vom Hauptsammler bis einschließlich Grundstücksentwässerungsschacht auf dem zu entwässernden Grundstück bzw. bei Lage des Grundstücksanschlusssschachtes außerhalb des Grundstücks bis zur Grenze des zu entwässernden Grundstücks bei der Schmutzwasserentsorgung im Freigefällesystem; Anschlussleitung von der Hauptdruckleitung bis zur Grundstücksgrenze bei der Schmutzwasserentsorgung im Drucksystem) – vgl. § 2 Abs. 4 der Abwasserbeseitigungssatzung – sind dem Verband in der tatsächlich entstandenen Höhe zu erstatten.“

§ 5

§ 15 Abs. 8 erhält folgenden Wortlaut:

„(8) Über den Antrag auf Absetzung der Schmutzwassermengen wird entsprechend der ‚Richtlinie zur Absetzung der Wassermengen, die nicht in die öffentliche Abwasseranlage gelangen (Anlage 1)‘ entschieden. Von der Absetzung sind die Wassermengen ausgenommen, die für die Befüllung von Schwimmbecken/ Pools verwendet werden.“

§ 6

§ 16 Abs. 2 erhält folgenden Wortlaut:

„(2) Die Leistungsgebühr beträgt 4,14 EUR/Kubikmeter.“

IV. In-Kraft-Treten

Diese Änderungssatzung tritt zum 1. Januar 2005 in Kraft. Gleichzeitig treten die entsprechenden Vorschriften der Abwasserbeseitigungsabgabensatzung vom 23.11.1998 in der Fassung vom 10. Dezember 2001 außer Kraft.

Burg, den 6. Dezember 2004

(Siegel)

gez. Sterz
Verbandsvorsitzender

556

Trinkwasser- und
Abwasserverband Genthin

Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die öffentliche Wasserversorgung des Trinkwasser- und Abwasserverbandes Genthin (TAV) -Wassergebührensatzung-

Präambel

Aufgrund der §§ 1, 2 und 5 des Kommunalabgabengesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KAG-LSA) in der Fassung der Bekanntmachung vom 13.12.1996 (GVBl. LSA S. 405), zuletzt geändert am 18.12.2003 (GVBl. LSA S. 370), des Gesetzes über Kommunale Gemeinschaftsarbeit (GKG-LSA) in der Fassung der Bekanntmachung vom 26.02.1998 (GVBl. LSA S. 81), zuletzt geändert am 25.02.2004 (GVBl. LSA S. 80), der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt (GO-LSA) in der Fassung vom 05.10.1993 (GVBl. LSA S. 568),

zuletzt geändert am 26.03.2004 (GVBl. LSA S. 234) sowie des § 28 der Wasserversorgungssatzung des TAV Genthin in der Fassung vom 24.06.2003 hat die Verbandsversammlung in der Sitzung am **14.12.2004** folgende Änderungssatzung beschlossen:

Artikel 1

Die Satzung über die Erhebung von Gebühren für die öffentliche Wasserversorgung des Trinkwasser- und Abwasserverbandes Genthin (TAV) -Wassergebührensatzung- in der Fassung vom 30.03.2004 wird durch Beschluss der Verbandsversammlung vom 14.12.2004 wie folgt geändert:

1. Präambel

Aufgrund der §§ 1, 2 und 5 des Kommunalabgabengesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KAG-LSA) in der Fassung der Bekanntmachung vom 13.12.1996 (GVBl. LSA S. 405), zuletzt geändert am 18.12.2003 (GVBl. LSA S. 370), des Gesetzes über Kommunale Gemeinschaftsarbeit (GKG-LSA) in der Fassung der Bekanntmachung vom 26.02.1998 (GVBl. LSA S. 81), zuletzt geändert am 25.02.2004 (GVBl. LSA S. 80), der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt (GO-LSA) in der Fassung vom 05.10.1993 (GVBl. LSA S. 568), zuletzt geändert am 26.03.2004 (GVBl. LSA S. 234) sowie des § 28 der Wasserversorgungssatzung des TAV Genthin in der Fassung vom 24.06.2003 hat die Verbandsversammlung in der Sitzung am **08.12.1993** (Volksstimme vom 16.12.1993; Generalanzeiger vom 22.12.1993), einschließlich Satzungsänderungen vom **06.10.1994** (Volksstimme vom 18.10.1994), **27.09.1995** (Amtsblatt Nr. 9 vom 16.10.1995, Gesamttext), **28.02.1996** (Amtsblatt Nr. 4 vom 04.04.1996), **23.10.1996** (Amtsblatt Nr. 12 vom 19.11.1996), **25.11.1997** (Amtsblatt Nr. 14 vom 22.12.1997), **17.12.1997** (Amtsblatt Nr. 14 vom 22.12.1997; Amtsblatt Nr. 1 vom 22.01.1998: Gesamttext), **12.04.2000** (Amtsblatt Nr. 8 vom 27.04.2000), **19.06.2001** (Amtsblatt Nr. 12 vom 05.07.2001), **16.10.2001** (Amtsblatt Nr. 21 vom 09.11.2001, Euro-Anpassungssatzung), **22.01.2002** (Amtsblatt Nr. 3 vom 01.02.2002), **17.12.2002** (Amtsblatt Nr. 32 vom 19.12.2002), **24.06.2003** (Amtsblatt Nr. 16 vom 11.07.2003) und **16.12.2003** (Amtsblatt Nr. 28 vom 22.12.2003), **30.03.2004** (Amtsblatt Nr. 8 vom 08.04.2004) und **14.12.2004** folgende Satzung beschlossen.

2. § 4 Messgebühr

- (1) unverändert
- (2) Die Messgebühr wird berechnet in Abhängigkeit von der Größe und der Bauart des Wasserzählers:

Zählergrößen [m³]	Messgebühr [€/Zähler/Monat] Netto	Messgebühr [€/Zähler/Monat] incl. 7 % Mwst.
Zähler-Größe nach m³/h		
bis 5	1,11	1,19
über 5 bis 6	1,28	1,37
über 6 bis 10	1,70	1,82
über 10 bis 15	7,27	7,78
über 15 bis 40	8,83	9,45
VWZ bis 15	20,41	21,84
VWZ bis 60	28,58	30,58
VWZ bis 150	45,07	48,23
<u>Wohnungswasserzähler</u>		
WWZ kalt	1,18	1,26
WWZ Einheit (kalt und warm)	2,40	2,57

- (3) unverändert

Artikel 2 Inkrafttreten

Die Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die öffentliche Wasserversorgung des Trinkwasser- und Abwasserverbandes Genthin (TAV) – Wassergebührensatzung – tritt am 01.01.2005 in Kraft.

Artikel 3 Neubekanntmachung

Die Geschäftsführung des TAV Genthin wird ermächtigt, den nach Inkrafttreten dieser Satzung geltenden Wortlaut der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die öffentliche Wasserversorgung des Trinkwasser- und Abwasserverbandes Genthin (TAV) – Wassergebührensatzung – neu bekannt zu machen.

Genthin, den 14.12.2004

gez. Bernicke
Verbandsvorsitzender

Siegel

2. Amtliche Bekanntmachungen

557

Bekanntmachung des Beschlusses der Versammlung des Wasserversorgungsverbandes "Im Bürger Land" zum Wirtschaftsplan 2005

Die Versammlung des Wasserverbandes „Im Bürger Land“ beschließt den Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2005 wie folgt:

Es werden festgesetzt:

- | | | | |
|-----|------------------------|--|------------|
| 1.1 | Im Erfolgsplan | | |
| | - die Erträge auf | | 23.500 €; |
| | - die Aufwendungen auf | | 23.500 €; |
| 1.2 | Im Vermögensplan | | |
| | - die Einnahmen auf | | 102.000 €; |
| | - und die Ausgaben auf | | 102.000 €. |

Der Wirtschaftsplan ist in seinen Teilen ausgeglichen.

2. Es ist vorgesehen, im Wirtschaftsjahr 2005
- keine Verbandsumlage von den Verbandsmitgliedern zu erheben,
 - keine Kredite aufzunehmen und
 - Verpflichtungsermächtigungen nicht festzusetzen.

Möckern, den 23.11.2004

gez. Dr. Rönnecke
Verbandsvorsitzender

- Siegel -

558

Bekanntmachung des Beschlusses zum Jahresabschluss 2003 des Trinkwasser- und Abwasserverbandes Genthin

Der Trinkwasser- und Abwasserverband Genthin gibt gemäß § 18 (5) des Eigenbetriebsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (EigBG) den Beschluss der Versammlung über die Feststellung des Jahresabschlusses auf den 31.12.2003 bekannt.

Der Beschluss lautet wie folgt:

Die Verbandsversammlung des Trinkwasser- und Abwasserverbandes Genthin stellt den Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2003 mit folgenden Daten fest:

1.1	<u>Bilanzsumme</u>	63.064.991,54 €
1.1.1	Aktiva	
	- Anlagevermögen	58.706.278,32 €
	- Umlaufvermögen	4.352.477,10 €
	- Rechnungsabgrenzungsposten	6.236,12 €
1.1.2	Passiva	
	- Eigenkapital	30.197.279,66 €
	- Sonderposten Finanzierung	
	Sachanlagevermögen	5.309.895,74 €
	- empfangene Zuschüsse	9.136.624,41 €
	- Rückstellungen	606.908,76 €
	- Verbindlichkeiten	17.814.282,97 €
1.2	<u>Jahresverlust</u>	382.478,53 €
1.2.1	Umsatzerlöse/Erträge	6.830.655,95 €
1.2.2	Aufwendungen	7.213.134,48 €

2. Der Jahresverlust von 382.478,53 € ist in Höhe von 81.670,83 € aus dem Gewinnvortrag zu tilgen und in Höhe von 300.807,70 € auf neue Rechnung vorzutragen.

3. Dem Verbandsvorsitzenden wird die Entlastung für das Wirtschaftsjahr 2003 erteilt.

Der Bestätigungsvermerk des mit der Rechnungsprüfung beauftragten Abschlussprüfers lautet wie folgt:

Wir haben den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht des Trinkwasser- und Abwasserverbandes Genthin, Genthin, für das Wirtschaftsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2003 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter des Verbandes. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Einrichtung sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Überzeugung vermittelt der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Verbandes. Der Lagebericht gibt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage des Verbandes und stellt die Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.

Bielefeld, den 23. September 2004

DR. RÖHRICHT – DR. SCHILLEN
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Cebulla Kampen
Wirtschaftsprüfer Wirtschaftsprüfer

Der Feststellungsvermerk des Rechnungs- und Kommunalprüfungsamtes des Landkreises Jerichower Land zur Prüfung des Jahresabschlusses 2003 des Trinkwasser- und Abwasserverbandes Genthin lautet wie folgt:

Es wird festgestellt, dass nach pflichtgemäßer, am 23. Sept. 2004 abgeschlossener Prüfung durch die mit der Prüfung beauftragten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Röhricht – Dr. Schillen, Bielefeld, die Buchführung und der Jahresabschluss 2003 des Trinkwasser- und Abwasserverbandes Genthin den gesetzlichen Vorschriften und der Verbandssatzung entsprechen. Der Jahresabschluss vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Wirtschaftsführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragssituation des Verbandes. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss. Die wirtschaftlichen Verhältnisse geben zu Beanstandungen keinen Anlass.

Genthin, 20. Dezember 2004

Drewes

Der Jahresabschluss, der Lagebericht und die Erfolgsübersicht sind in der Zeit

vom 03.01. bis 12.01.2005

in den Räumen der Geschäftsführung des Trinkwasser- und Abwasserverbandes Genthin, Rathenower Heerstraße 25, 39307 Genthin, öffentlich ausgelegt.

Genthin, 27.12.2004

Bernicke
Verbandsvorsitzender

D Regionale Behörden und Einrichtungen

1.. Satzungen, Verordnungen, Richtlinien

559

Bekanntmachung

des Zweckverbandes der Regionalen Planungsgemeinschaft Magdeburg,

Haushaltssatzung des Zweckverbandes „Regionale Planungsgemeinschaft Magdeburg“ **2005**

**Haushaltssatzung
des Zweckverbandes „Regionale Planungsgemeinschaft Magdeburg“ 2005**

Auf der Grundlage des § 17 Abs. 1, Abs. 2 Nr. 2 Landesplanungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (LPIG LSA) vom 28. April 1998 (GVBl. LSA S.255), zuletzt geändert durch Art. 10 des Gesetzes zur Erleichterung von Investitionen vom 16.07.2003 (GVBl. LSA Nr. 26) in Verbindung mit §§ 13 und 16 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GKG – LSA), in der Fassung der Bekanntmachung vom 26.02.1998 (GVBl.

LSA S. 81) zuletzt geändert durch das zweite Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Kommunale Gemeinschaftsarbeit vom 25. Februar 2004 (GVBl. LSA S. 80), und §§ 92 bis 94 der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt vom 05. Oktober 1993 (GVBl. LSA S. 568), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes zur Neuordnung der Finanzkontrolle vom 28. April 2004 (GVBl. LSA S. 246)* hat die Verbandsversammlung des Zweckverbandes „Regionale Planungsgemeinschaft Magdeburg“ in ihrer Sitzung am 18.11.2004 folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2005 beschlossen.

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2005 wird

im Verwaltungshaushalt

in den Einnahmen auf	403 000,00 €
in den Ausgaben auf	403 000,00 €

im Vermögenshaushalt

in den Einnahmen auf	143 200,00 €
in den Ausgaben auf	143 200,00 €

festgesetzt.

* Das Gesetz tritt am 1. Januar 2005 in Kraft

§ 2

Kredite für Investitionen und für Investitionsfördermaßnahmen werden nicht veranschlagt.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

§ 4

Der Höchstbetrag bis zu dem Kassenkredite im Haushaltsjahr 2004 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen wird auf **50.000,- €** festgesetzt.

§ 5

Es wird eine Verbandsumlage für das Haushaltsjahr 2004 in Höhe von **0,21 €** pro Einwohner erhoben.

	Betrag	Einwohner
LK Bördekreis	16.200,- €	77.372
LK Jerichower Land	20.500,- €	97.733
LH Magdeburg	47.700,- €	227.318
LK Ohrekreis	24.400,- €	116.593
LK Schönebeck	15.500,- €	74.256
Summe	124.300,- €	

Die Verbandsumlage wird von den Verbandsmitgliedern in zwei Raten zum **01.04.2005** und **01.08. 2005** fällig.

Magdeburg, 19.11.2004

gez:
Dr. Trümper
Verbandsvorsitzender

Der Haushaltsplan und die dazugehörigen Bestandteile sind vom 17.01. – 25.01.2005 während der Dienstzeit in den Räumen der Geschäftsstelle des Zweckverbandes, Halberstädter Straße 39a , Raum 530, einzusehen.

2. Amtliche Bekanntmachungen

560

Landesamt für Vermessung und
Geoinformation Sachsen-Anhalt
Scharnhorststraße 89
39 576 Stendal

Stendal, den 03.12.2004

Telefon 03931 / 570 000

Offenlegung

gemäß § 12 Abs. 3 des
Vermessungs- und Geoinformationsgesetzes Sachsen-Anhalt in der Fassung der Bekanntgabe
vom 15. September 2004 (GVBl. LSA S. 716)

Für den Bereich der Gemarkung **Gommern, Flur 1-5, 7-13; Lostau, Flur 1-10 und Woltersdorf, Flur 1-5** wurden die Nachweise des Liegenschaftskatasters verändert.

Das Landesamt für Vermessung und Geoinformation Sachsen-Anhalt hat die tatsächliche Nutzung aktualisiert und in das Liegenschaftskataster übernommen. In der Liegenschaftskarte wurden die in der Örtlichkeit nicht mehr vorhandenen Gebäude gelöscht.

Das Gebiet ist in der beigefügten Übersichtskarte gekennzeichnet.

Allen beteiligten Eigentümern, Erbbauberechtigten und Nutzungsberechtigten werden die Veränderungen auf diesem Wege durch Offenlegung bekannt gemacht.

Das Liegenschaftsbuch und die Liegenschaftskarte werden in der Zeit

vom 1. Januar 2005 bis 31. Januar 2005

in den Diensträumen des Landesamtes für Vermessung und Geoinformation Sachsen-Anhalt am Standort Stendal während der Sprechzeiten,

Mo, Mi	08.00 - 13.00 Uhr
Di, Do	08.00 - 18.00 Uhr
Fr	08.00 - 12.00 Uhr,

zur Einsicht ausgelegt.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen die Angaben, welche durch die Veränderung in die Liegenschaftskarte und in das Liegenschaftsbuch durch das Landesamt für Vermessung und Geoinformation Sachsen-Anhalt übernommen worden sind, kann innerhalb eines Monats nach Ablauf der oben angegebenen Offenlegungsfrist Klage erhoben werden. Die Klage ist beim Verwaltungsgericht Magdeburg, Schönebecker Straße 67a, 39104 Magdeburg schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle einzulegen.

Im Auftrag

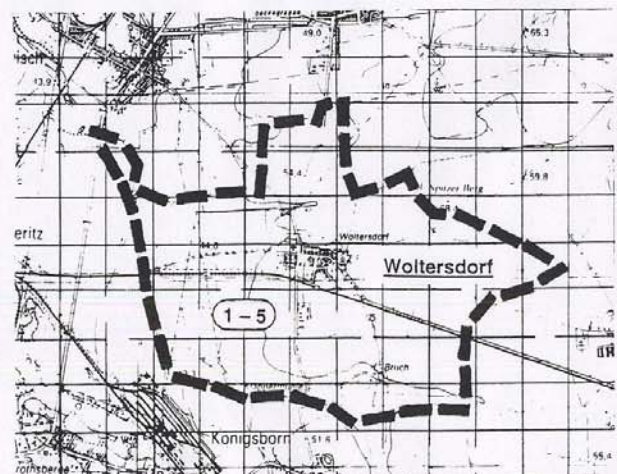
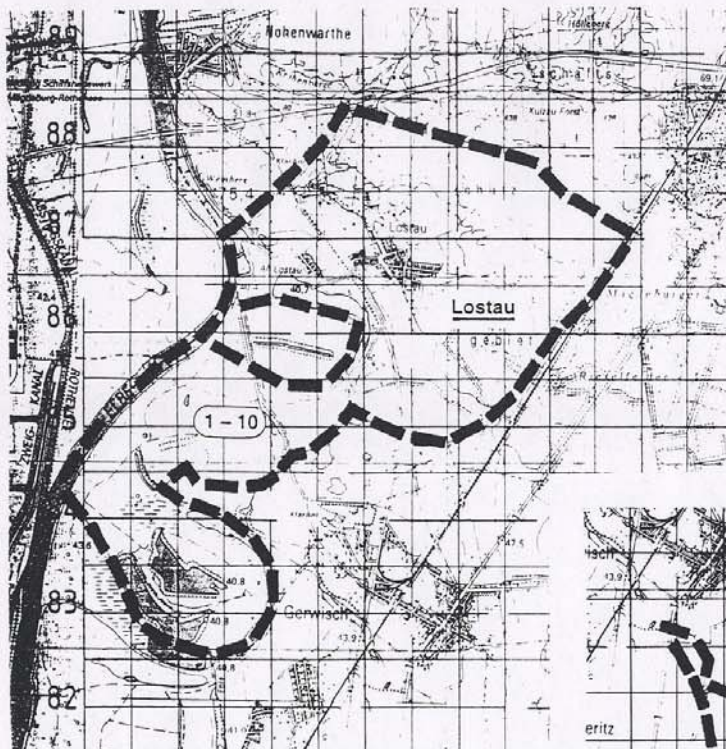
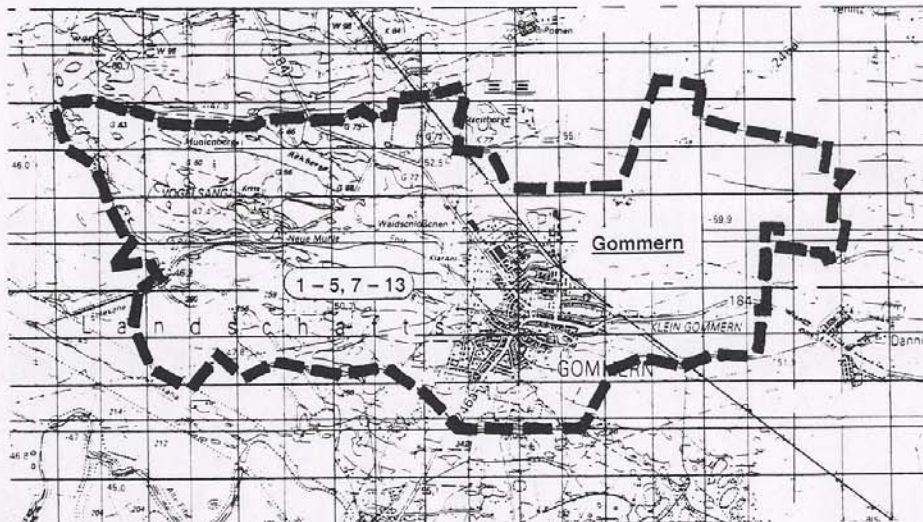
gez. Heinz Münnekhoff

Anlage

Übersichtskarte zur Offenlegung

Gemarkungen: Gommern, Lostau, Woltersdorf

----- Offenlegungsgebiete



Impressum:

Herausgeber:

Landkreis Jerichower Land
PF 1131

39281 Burg

Redaktion:

Kreistagsbüro

Telefon: 03921 949-1701

Telefax: 03921 949-1099

Internet: www.lkjl.de

E-Mail: Kreistagsbuero@lkjl.de

Redaktionsschluss: 20./bzw. 21. des Monats

Erscheinungstermin: letzter Arbeitstag des Monats

Das Amtsblatt kann im Internet unter www.lkjl.de Kreisverwaltung > Amtsblätter 2004 oder in der Kreisverwaltung des Landkreises Jerichower Land, Kreistagsbüro und in den Verwaltungen der Städte und Gemeinden eingesehen werden. Gegen Kostenerstattung ist ein Versand möglich.